Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen historischen Veränderungen und Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft geschoben.

Rosa Luxemburg

übermäch lichen
storischer ft ges
/eränderu ı. Die
nd Verlage en Le
der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgesc
nde der bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke ware
ı Gesellschaft geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stet
eschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfig
e sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von übe
enker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen his
schicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen historischen Veränder
nal, wie stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen historischen Veränderungen und Verlager
nur Schachfiguren, von übermächtigen historischen Veränderungen und Verlagerungen in der E
iguren, von übermächtigen historischen Veränderungen und Verlagerungen in der Erdrinde der
mächtigen historischen Veränderungen und Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerlichen Ge
storischen Veränderungen und Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft ges
/eränderungen und Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Die
nd Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Die sogenannten Le
der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgesc
nde der bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke ware
ı Gesellschaft geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stet
eschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfig
e sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von übe
enker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen his
schicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen historischen Veränder
nal, wie stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen historischen Veränderungen und Verlager
nur Schachfiguren, von übermächtigen historischen Veränderungen und Verlagerungen in der E
iguren, von übermächtigen historischen Veränderungen und Verlagerungen in der Erdrinde der
mächtigen historischen Veränderungen und Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerlichen Ge

zeitschrift für linke theorie & debatte
nummer 04 2002 preis euro 4.80

grundrisse

Inhaltsverzeichnis

Die offenen Redaktionstreffen der grundrisse finden jeden 2. und 4. Montag im Monat im "Cafe Kafka", 1060 Wien, Capistrangasse 8, ab 19 Uhr, statt.

Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen.

Ein Abo kostet für 4 Nummern Euro 18,-. Bestellungen bitte entweder an grundrisse@gmx.net oder an K. Reitter, Antonigasse 100/8, A - 1180 Wien

Bankverbindungen:
Österreich: (K. Reitter), BAWAG Konto Nr. 03010 324 172, Bankleitzahl 14000.
Deutschland: (K. Reitter), Deutsche Bank 24, Konto Nr. 5057 120,
Bankleitzahl 100 700 24

Impressum:

Medieninhaberin: Partei "grundrisse" Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion "grundrisse" (Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Marcus Gassner, Klaus Kindler, Franz Naetar, Karl Reitter),
MitarbeiterInnen dieser Nummer: Evi Genetti, Johanna Klages, Roland Atzmüller
Graphikkonzept: Harald Mahrer
Erscheinungsort: Wien; Herstellerin: Telekopie, Westbahnstraße 18, 1070 Wien
Offenlegung: Die Partei „grundrisse" ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift grundrisse.
Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Ein Ziel der grundrisse-Redaktion ist es, nicht nur schriftlich die Debatte um wesentliche Fragen gesellschaftskritischen Handelns und Denkens zu führen, sondern auch konkret Veranstaltungen durchzuführen, bzw. sich an solchen zu beteiligen. Papier ist oft sehr geduldig, und eine mündliche Diskussion kann oft rascher zur Klärung unklarer Punkte beitragen. In dieser Hinsicht ist einiges geschehen: Am Volksstimme-Fest organisierten wir ein sehr gut besuchtes Diskussionsforum mit Michael Heinrich zum Thema „Subjekt: Wer macht die Revolution?"; die Debatte wurde am nächsten Tag auf einem grundrisse-Seminar weiter geführt. Im November organisierten wir eine ebenfalls äußerst gut besuchte Podiumsdiskussion zum Thema „Schwarzblau war die Haselnuß? Widerstand ist nicht wählbar!" auf der verschiedene Aktive aus der Widerstandbewegung diese hinsichtlich unterschiedlichster Aspekte thematisierten - und nicht zuletzt im Hinblick auf die mittlerweile erbärmlich ausgegangene Wahl. Ebenfalls im November debattierte Robert Foltin mit der Bruchlinien-Redaktion über die Aktualität der Empire-Analyse von Negri/Hardt sowie Martin Birkner auf einer KPÖ-Veranstaltung über Bilanz und Zukunft des Europäischen Sozialforums. Natürlich wäre es sinnvoll, diese Debatten hier rückblickend zu reflektieren; dass dies nicht geschieht und wir hier euch keine Berichte vorlegen können hat einen simplen Grund: wir schafften es arbeitsmäßig einfach nicht.

Das soll sich jedoch beim kommenden grundrisse-Seminar, zu dem wir alle LeserInnen der grundrisse herzlich einladen, ändern: Das Seminar soll das in dieser Nummer begonnene und in der Nr. 5 fortgeführte Thema „Staatstheorie und -kritik" zum Gegenstand haben. Zeit und Ort stehen fest: Freitag, den 10. Jänner 2003 von 15 bis 21 Uhr in der Martinstraße 46, 1180 Wien. Weitere Informationen sowie das genaue Pogramm findet ihr in Kürze auf unserer Homepage: www.grundrisse.net. In der Nr. 5 der grundrisse werdet ihr dann einen Bericht über diese Veranstaltung finden, versprochen!

Geschafft haben es hingegen Martin Birkner und Bernhard Dorfer zum Europäischen Sozialforum in Florenz. Ihre Eindrücke und Erfahrungen findet ihr im Anschluss an dieses Editorial.

Eingelöst konnte bis dato unser Anspruch werden, alle Artikel mit den AutorInnen genau zu diskutieren. Daran wollen wir entschieden festhalten, da diese Debatten für alle Beteiligten sehr fruchtbar und erhellend sind. Wie formulierte doch Spinoza? „Die Geisteskraft der Menschen ist zu schwach, um alles auf einmal durchdringen zu können; durch Sichberaten, Zuhören und Diskutieren wird sie aber geschärft, und indem sie alle möglichen Lösungen erprobt, findet sie endlich diejenigen, die sie will, die dann alle Menschen gutheißen und woran vorher niemand gedacht hätte." (Politischer Traktat, Kapitel IV, § 14) Üblicherweise werden diese Diskussionen mündlich geführt, im Falle von Stefan Gandler, der eine Professur in Mexiko ausübt, musste auf den Austausch von e-mails zurückgegriffen werden. Dies hatte allerdings den Vorteil, dass diese Debatte leicht exemplarisch dargestellt werden kann. Hier einige Auszüge aus den Stellungnahmen einiger grundrisse-Redaktionsmitglieder zum ursprünglichen Artikelentwurf: „*Der Artikel weicht aber gleichzeitig dem Thema der Produktivkraft der Arbeit aus. Diese findet ja - unter anderem - ihren Ausdruck in der Menge der Gebrauchswerte, die menschliche Tätigkeit in einem bestimmten Zeitraum produzieren kann. Das heißt ja überhaupt nicht, dass produzierte Gebrauchswerte „höherwertiger" sind, weil sie in einer Gesellschaft produziert wurden, die eine größere Produktivkraft der Arbeit hat.*", so Franz Naetar. Und Robert Foltin wandte ein: „*Ich habe ein Problem mit der ‚Gebrauchswert-Sichtweise'. Erinnert mich ein bisschen an eine antiimperialistisch-befreiungsnationalistische Sichtweise, die meiner Ansicht nach entsteht, wenn der Kapitalismus andere (nicht nur, aber auch vorkapitalistische) Produktionsweisen unterworfen hat, aber über Handel und Markt ausbeutet (nur unter formeller, nicht unter reeller Subsumtion). Es entsteht die Sichtweise, das ursprüngliche System müsste nur vom Tauschwert, vom Kapitalismus befreit werden, dann wäre alles gut.*" Und Bernhard Dorfer schrieb: „*Was die vorgestellten theoretischen Konzepte Echeverrías betrifft: Gebrauchswert/Naturalform der gesellschaftlichen Reproduktion, erweiterter Kulturbegriff (4 Ethen) sowie den Versuch einer produktiven Nutzung der Semiotik respektive Saussurescher Ansätze: Markt- und Wertvergesellschaftung ist nicht ohne kapitalistisch organisierte und kontrollierte Produktion zu denken. Theoretiker in der Nachfolge der Frankfurter Schule neigen dazu, diesen letzteren Bereich auszu-*

blenden, da sich wohl nur so die von ihnen behauptete Totalität der Verdinglichung konstruieren lässt.“ Karl Reitter: „*Überlegen wir uns die Konsequenzen der Aussagen Stefan Gandlers: Macht der Begriff des Fortschritts überhaupt noch Sinn? Müssen nicht alle Kulturen strikt als gleichwertig, wie etwa die Sprachen, angesehen werden? Zwei Kriterien, nämlich die „Produktivkräfte und ihre technisch-industrielle Perfektion“ werden als Kandidatin für Fortschritt klar zurückgewiesen. Gut, aber bedeutet das, dass es deswegen überhaupt keine Kriterien mehr gibt? Die Antwort bleibt eigentlich offen.“* Nun, all diese Einwände beziehen sich auf die ursprüngliche Version des Artikels. Unsere LeserInnen mögen selbst beurteilen, ob die hier skizzierten Einwände - so sie überhaupt geteilt werden - auf die aktuelle Version noch zutreffen.

In diesem Sinne wünschen wir euch allen eine anregende Lektüre und euren FreundInnen und Bekannten ein grundrisse-Abo unterm Lichterbaum!

grundrisse a Firenze

Bericht vom ESF sowie einige Anmerkungen und Fragen zu einem „Österreichischen Sozialforum“. ~ Von Martin Birkner und Bernhard Dorfer.

Das ESF in Florenz brachte zigtausend AktivistInnen der globalisierungskritischen Bewegung zusammen. Hunderte Seminare, Diskussionen und Workshops, kulturelle Veranstaltungen u.v.a.m. brachten die Größe, Breite, Vielfalt und Stärke der Bewegung zum Ausdruck. Es müssen jedoch einige Aspekte des ESF kritisch beleuchtet werden:

Der Nationalismus und die Dominanz der Organisationen

Ob baskische, katalonische, schottische, sardische oder palästinensische Fahnen: Nationalfahnen überall. Die Nation - und somit in letzter Instanz der Kapitalismus - scheint nach wie vor ein zentraler Bezugspunkt vieler Bewegungen zu sein. So nahm beispielsweise eine weitgehend undifferenzierte Auseinandersetzung mit dem Israel/Palästina-Konflikt breiten Raum ein. Zu mehr als „Freiheit für Palästina!“ und „Nein zum Krieg“ reichte es - zumindest in den von uns besuchten Veranstaltungen - nicht. Alleine die „Disobbedienti“ („Ungehorsamen“, u.a. aus „Ya basta! bzw. „Tute Bianche“ hervorgegangene Bewegung des „sozialen Ungehorsams“) fielen durch eine differenziertere - antinationale, nichtsektiererische & antibellizistische - Haltung positiv aus dem Rahmen. Auch organisatorisch waren die Disobbedienti sowohl innerhalb (wenngleich auch kaum sichtbar) als auch außerhalb des ESF präsent, was auch ihr „Nicht-Einverstanden-Sein“ mit den herrschenden Macht- und Repräsentationsstrukturen innerhalb des ESF zum Ausdruck brachte.

Da - naturgemäß - (Groß-)Organisationen alleine durch ihre Präsenz über unorganisierte TeilnehmerInnen dominieren (Infotische, Fahnen, Sprechchöre, etc.), konnte von einer kritischen Auseinandersetzung mit der Scheindichotomie Nationalstaat-Globalisierung kaum die Rede sein. Dies lässt für die Zukunft der globalisierungskritischen Bewegung nicht das Beste erhoffen, obwohl natürlich das Lippenbekenntnis der internationalen Solidarität, na sagen wir zumindest der europäischen, kaum vergessen wurde. Die Frage nach Staat und Nation muss wohl auch in Zukunft neben der „Gewaltfrage“ und jener nach einer radikal anderen ökonomischen Ordnung im Zentrum kritischer Interventionen bleiben. Es soll auch nicht ausgeschlossen (wohl aber bekämpft) werden, dass das ESF weniger die regionale Ebene einer globalen Bewegung (oder halt des WSF) ist bzw. wird als viel mehr der Versuch, irgendwelche „europäischen“ Werte gegen die US-amerikanische Hegemonie stark zu machen. Solche Tendenzen gibt es jedenfalls und genau deshalb ist auch innerhalb dieser breiteren Bewegungen einen Kampf gegen eine verkürzte Kapitalismuskritik zu führen.

Die Art der Veranstaltungen

war sehr „aktivistisch“ orientiert. Dies soll keine Abqualifizierung sein, aber die Tatsache dass theoretische Entwicklungen der Bewegung nur auf Kleinveranstaltungen (oft weitab der Fortezza) zu finden waren, ist eine problematische. Dement-

sprechend konnten wir nur von einer (von 5 besuchten) Veranstaltungen „neue Erkenntnisse“ mitnehmen. Da, so zumindest die Gerüchte, anstatt auf professionelle ÜbersetzerInnen hauptsächlich auf Freiwillige zurückgegriffen wurde, war die Qualität der Übersetzungen oft schlecht, was den oft „platten“ Charakter von Wortmeldungen noch verstärkte. Andererseits steht natürlich bei Veranstaltungen dieser Größenordnung ohnedies der Happening-Charakter im Vordergrund und insofern war die Leistung der OrganisatorInnen zumindest eine beachtenswerte.

Die Demonstration

hingegen war ein voller Erfolg. Ein Schlag ins Gesicht all der PanikmacherInnen in Regierung und Medien, vernagelte Geschäfte ohne Grund, keine Gewalt da keine sichtbare Polizeipräsenz... Tausende und Abertausende von PolizistInnen und Carabinieri hielten sich zwar in der Stadt auf, aber auch zurück. Nicht zuletzt da wir in Florenz nicht gegen etwas, sondern für etwas zusammen kamen (obwohl die Demo eigentlich gegen den Krieg war - aber in dieser Beziehung gab es auch nicht viel zum „angreifen“), dürfte die Wirkung einer friedlichen, aber lautstarken und riesengroßen Demo wohl nicht die schlechteste sein. Sogar der „österreichische“ Block gestaltete sich trotz? - nein auch wegen(!) der Teilnahme des ÖGB als äußerst bunt & lautstark, was zugegebener Maßen wohl hauptsächlich auf den fast schon manischen Elan der Linkswende zurückzuführen war. Von vergrämten FlorentinerInnen keine Spur, dafür jubelnde Massen (ja Massen!) am Straßenrand und auf den Balkonen. Der anwesenden ÖGB-Bürokratie dürfte diese Übung zumindest nicht geschadet haben, irgendwann haben wir mal so was mit „...wenn dein starker Arm es will!“ gehört....na ja, kam wohl eher von der Linkswende.

Austrian Social Forum?

Aus Österreich war ein Sonderzug mit rund 500 vornehmlich aus Wien stammenden TeilnehmerInnen angereist. Hauptträgerinnen der Mobilisierung waren ATTAC, die ÖH, Teile des ÖGB (GPA, GdE, GdCh), die Linkswende, die SJ und die KPÖ. Im Zug befanden sich auch (in Summe rund 100)TeilnehmerInnen aus Polen, Tschechien und der Slowakei. Bei einer äußerst gut besuchten (ca. 300 TeilnehmerInnen) Veranstaltung wurde neben organisatorischen Fragen des ESF bzw. der Rückfahrt auch das Thema „Österreichisches Sozialforum“ verhandelt. Unsere Sicht der Dinge, die Organisationen betreffend: Leo Gabriel, SP-LinksblinkerInnen aus Partei und Gewerkschaft (letztere wollen jedoch neuerdings „klare Ziele“), die ÖH und die Linkswende stehen einem ÖSF positiv gegenüber, in der KPÖ dürfte es tendenziell Uneinigkeit geben, was vor allem mit der (in letzter Zeit?) abwartenden / ablehnenden Haltung von ATTAC! zu tun haben dürfte. ATTAC! ist die einzige der am ESF beteiligten österreichischen Gruppen, die in der letzten Periode massiv gestärkt wurde und befürchtet wohl, dass das ESF quasi als „Trittbrettfahrerin“ die Erfolge von ATTAC! ausnützen wolle. Offensichtlich gibt es also auch seitens ATTAC! so etwas wie einen „Alleinvertretungsanspruch“ der globalisierungskritischen Kräfte in Österreich. Auch in der wöchentlichen ATTAC!-Aussendung nach dem ESF wurde die Diskussion um ein Austrian Social Forum (ASF) konsequent verschwiegen. Dass bei der Rückreise aus Florenz sowohl die KPÖ als auch die Linkswende eigene Veranstaltungen - noch vor der ESF-Nachbesprechung am 13.12. in Wien - zum ESF bewarben, lässt ebenfalls auf Hegemonisierungsversuche durch Organisationen rückschließen. Doch zurück zur Veranstaltung in Florenz. Walter Baier von der KPÖ hat zumindest einige wunde Punkte eines eventuellen Austrian Socialforums ausgesprochen: weder nicht organisierte AktivistInnen noch MigrantInnen oder feministische Organisationen sind am Konstituierungsprozess des ASF beteiligt.

Wir würden noch hinzufügen, dass es auch nicht gelungen ist, den Restelan der Antiregierungsbewegung aufzunehmen und die „WiderständlerInnen“ für das Projekt ASF zu interessieren. Unseres Erachtens ist das Projekt ASF als vorläufig gescheitert anzusehen und seine Gründung würde nicht vorhandene soziale Bewegungen substituieren. Sollte es nicht zu einem wirklich offenen Diskurs zwischen AktivistInnen kommen, wären die Befürchtungen von ATTAC! durchaus gerechtfertigt.

Dabei müsste genau diese Diskussion auch um Themenkomplexe geführt werden, die sowohl von ATTAC! als auch bei den Diskussionen zur Konstituierung eines ASF ausgeklammert wurden: Wie breit kann und soll ein ASF sein? Bleibt ein ASF strikt dem bürgerlich-demokratischen Rahmen verhaftet oder können zumindest offene Diskussionen über die Rolle von Staat, Nation oder auch „Gewalt“ geführt werden? Gibt es Bereitschaft für eine Öffnung nach links? Soll ein ASF mehr sein als eine reine Kommunikationsplattform, und wenn ja: was? Was unterscheidet ein ASF von ATTAC!? Wie ist die Kommunikation zwischen Wien und den Bundesländern zu gestalten? Wie kann das Verhältnis zwischen AktivistInnen und RepräsentantInnen aussehen, wer hat wie viel Gewicht? Wie können Einzelpersonen oder kleine Organisationen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden?

Evi Genetti
Staat, Kapital und Geschlecht. Eine Bestandsaufnahme feministischer Staatskritik

Gerade vor dem Hintergrund der neoliberalen Rede vom Bedeutungsverlust staatlicher Macht ist es nach wie vor von zentraler Bedeutung, die ungebrochene Wirkungsmacht von staatlichen Institutionen und Prozessen zu begreifen. Aus gesellschaftskritischer Sicht gilt es, die veränderten Formen und Funktionen von Staatlichkeit im gesellschaftlichen Transformationsprozess der letzten Jahre in den Blick zu nehmen.

Transformation von Staatlichkeit

Im Zuge der Globalisierung der kapitalistischen Produktion und Zirkulation kommt es zu einer grundlegenden Veränderung von Staatlichkeit bzw. der politischen Konstitution. Michael Hardt und Antonio Negri sprechen in diesem Zusammenhang gar von einem Übergang nationalstaatlicher Souveränität hin zum „Empire“ als den neuen konstitutionellen Rahmen der globalen Weltordnung: „Mit dem globalen Markt und mit globalen Produktionsabläufen entstand eine globale Ordnung, eine neue Logik und Struktur der Herrschaft - kurz, eine neue Form der Souveränität. Das Empire ist das politische Subjekt, das diesen globalen Austausch tatsächlich reguliert, die souveräne Macht, welche die Welt regiert.“ (Hardt/Negri 2002; 9)

Im Prozess der globalen Krise und Umstrukturierung des fordistischen Entwicklungsmodells, das in den westlichen kapitalistischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg bis etwa Mitte der 70er Jahre vorherrschte, kam es zu einer tiefgreifenden Veränderung der Rolle und Funktion des Staates im kapitalistischen Verwertungsprozess. Die neo-marxistischen Staatstheoretiker Bob Jessop und Joachim Hirsch bezeichnen diese Entwicklung als einen Wandel vom „keynesianischen Wohlfahrtsstaat“ (Jessop 1994) bzw. „fordistischen Sicherheitsstaat“ (Hirsch 1995) hin zum so genannten „Schumpeterschen Workfare State“ (Jessop) bzw. zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ (Hirsch).

Zu den wesentlichen Merkmalen des keynesianischen Staates im Fordismus zählten ein relativ hoher Grad an ökonomisch-sozialer Staatsintervention, eine nachfrageorientierte Wachstums-, Einkommensverteilungs- und Beschäftigungspolitik sowie der Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Systeme (vgl. Hirsch 1998). Der neue Staatstypus des nationalen Wettbewerbsstaates hingegen ist entscheidend von den Zwängen und Bedingungen der internationalen Standortkonkurrenz geprägt. „Sein vorrangiges Ziel ist nun vielmehr die Optimierung der Kapitalverwertungsbedingungen auf nationaler Ebene in bezug auf den globalisierten Akkumulationsprozeß in fortwährender Konkurrenz mit anderen nationalen ‘Standorten’ „. (Hirsch 1998; 33) Die Deregulierung und Flexibilisierung der internationalen Kapital- und Finanzmärkte im Zuge der neolibera-

len Globalisierung haben ein absolutes Primat der „Standortpolitik" zur Folge. Abgesehen von dieser Veränderung auf der nationalstaatlichen Ebene lassen sich jedoch grundlegende Transformationsprozesse der politischen Organisation bzw. Konstitution im globalen Kontext festmachen, die zunehmend an Bedeutung gewinnen. Jessop und Hirsch streichen dabei insgesamt drei zentrale Aspekte heraus: die Entnationalisierung der Staatlichkeit, die Entstaatlichung der politischen Regime und die Internationalisierung der Politikregime (vgl. u.a. Jessop 1997; Hirsch 2001). Diese real konstatierbare Veränderung des Staates und des Staatensystems bedeutet aber keineswegs - wie oft fälschlicherweise angenommen -, dass Staatlichkeit selbst damit erodiert oder bedeutungslos wird. Es handelt sich vielmehr um einen grundlegenden Form- und Funktionswandel der politischen Konstitution. Staatliche Funktionen und konstitutionelle Elemente sind nach wie vor notwendig und wirksam, jedoch verschoben auf andere Ebenen und Felder (vgl. Hardt/Negri 2002; 10, 318).

Auf der anderen Seite ist auch der nationale Wettbewerbsstaat entgegen mancher neoliberalismuskritischen Analysen kein „schwacher" Staat, sondern ein durchaus starker intervenierender Staat (vgl. Hirsch 1995; 113; Hirsch 1998; 36; Pirker 1999). Denn der Abbau von sozialstaatlichen Regulierungen geht gleichzeitig einher mit einem Ausbau staatlicher Sicherheits- und Standortpolitik. Es gilt also, diese beiden Ebenen (nationalstaatliche und supranationale) der Transformation von Staatlichkeit in den Blick zu nehmen.

Geschlechtsblinde neuere Staatsdebatte

In den Sozialwissenschaften lässt sich seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine Renaissance der Staatsdebatte beobachten. Bemerkenswert in dieser „wiederbelebten" Staatsdebatte ist jedoch, dass die Frage nach dem Zusammenhang von Staat und Geschlecht und mithin die geschlechtsspezifischen Auswirkungen staatlicher Umstrukturierungsprozesse erneut systematisch aus den Analysen ausgeklammert werden. Dabei sind die „vergeschlechtlichten" Konsequenzen sozialstaatlichen Abbaus, wie z.B. die Reprivatisierung und damit Refeminisierung bisher vom Staat übernommener reproduktiver Tätigkeiten, mehr als evident. Die „Geschlechtsblindheit" ist auch bei neo-marxistischen Staatsanalysen - die sich ja eigentlich als herrschafts- und gesellschaftskritisch verstehen - nicht zu übersehen. Zwar wird das Geschlechterverhältnis in den letzten Jahren von materialistischen Staatstheoretikern vereinzelt zumindest am Rande erwähnt (vgl. etwa Hirsch 1995; 25), jedoch wird es - aus welchen Gründen auch immer - lediglich additiv hinzugefügt und nicht systematisch in die theoretische Analyse integriert.

Diese Nichtberücksichtigung bzw. Vernachlässigung des strukturellen und historischen Zusammenhangs von Staat und Geschlecht kommt einer „Entgeschlechtlichung" des Staates gleich. Der Staat wird in dieser Theorietradition als eine „geschlechtsneutrale Instanz" behandelt, sein Geschlechtscharakter, d.h. das in ihm institutionalisierte „männliche Geschlecht" bleibt dadurch aber ausgeblendet (vgl. Kreisky 1995a; 203ff.; Demirovic/Pühl 1997; 220f.).

Neo-marxistische Staatstheorien definieren den Staat zwar als ein soziales Verhältnis bzw. als eine „materielle Verdichtung von sozialen Kräfteverhältnissen" (Poulantzas), jedoch werden unter „sozialen Kräften" zumeist nur Klassen und Klassenfraktionen subsumiert. Der Staat gilt demnach lediglich als Arena von „Klassenauseinandersetzungen" und nicht auch von „Geschlechterkämpfen". Sowohl die „staatsstrukturierende Bedeutung des Geschlechts" als auch die das „Geschlechterverhältnis gestaltende Kraft des Staats" finden daher in der neo-marxistischen Theoriebildung in der Regel keine Berücksichtigung.

Gendering the State

Aus feministischer Perspektive kommt es aber darauf an, den Staat zu „vergeschlechtlichen", d.h. seine „Eingeschlechtlichkeit" offen zulegen (vgl. Kreisky 1995a; 209). Dabei ist die „Geschlechtshalbiertheit" des Staates im Grunde gar nicht so verdeckt. Staatliche Aufgaben, Funktionen, Entscheidungen werden ganz offensichtlich mehrheitlich von Männern wahrgenommen. Der Staat produziert und reproduziert nach wie vor das hierarchische Geschlechterverhältnis. „Zu enthüllen ist also nur das Offenkundige; auf dieses als dem vermeintlich Allerverborgensten richtet sich der






Blick" feministischer Forschung (Demirovic/Pühl 1997; 221).

Zur Entwicklung feministischer Staatsanalysen

Auf der anderen Seite mangelt es jedoch gerade der feministischen Theorie an einer elaborierten Staatstheorie. Auch wenn die anfängliche „Staatsferne" der Frauenforschung mittlerweile eine Vielzahl an feministischen Analysen zum Staat gewichen ist, so wurde bislang keine elaborierte bzw. systematische Staatstheorie aus geschlechterkritischer Sicht entwickelt. Hinzu kommt, dass poststrukturalistische Theoretikerinnen wie etwa Judith Allen oder Pringle Rosemary/Watson Sophie die Kategorie Staat und damit auch die Notwendigkeit einer feministischen Staatstheorie prinzipiell in Frage stellen. Den Ausgangspunkt feministisch-theoretischer Beschäftigung mit dem Staat bildete die so genannte „Patriarchatsdebatte" der 70er Jahre. In dieser theoretischen Diskussion ging es zunächst in erster Linie um die Frage nach der Beziehung von patriarchalen und kapitalistischen Unterdrückungsverhältnissen. Erst später wurde dann auch die spezifische Rolle des Staates bei der Aufrechterhaltung der Frauenunterdrückung und damit zusammenhängend sein patriarchaler (und kapitalistischer) Charakter analysiert.

Patriarchaler vs. frauenfreundlicher Staat

Grob formuliert lassen sich in der frühen feministischen Staatsdiskussion über alle unterschiedlichen Zugänge und Ansätze hinweg zwei konträre theoretische Positionen feststellen: Während einige feministische Theoretikerinnen den Staat essentialistisch als eine Form patriarchaler Herrschaft, als „Männerstaat" interpretieren, so sehen andere ihn als eine wichtige Arena zur Herstellung von Geschlechtergleichheit. Der Staat, insbesondere in Gestalt des („frauenfreundlichen") Wohlfahrtsstaates, gilt damit gewissermaßen als Verbündeter für die Bändigung/Zähmung fortwährend existierender patriarchaler Herrschaft. Auf der einen Seite wird der Staat demnach abgelehnt, da er patriarchale Macht- und Unterdrückungsverhältnisse reproduziert. Auf der anderen hingegen wird er dazu herangezogen, Macht- und Einflussmöglichkeiten zu gewinnen und geschlechtergerechte Verhältnisse herzustellen. Diese unterschiedlichen Staatsinterpretationen haben ihren theoretischen Bezugsrahmen einerseits im Konzept des *„patriarchalen Staates" und andererseits im Konzept des „frauenfreundlichen/partnerschaftlichen Staates".*[1]

Daran knüpfen sich zwei konträre politisch-praktische Strategien: entweder die Strategie der „Verweigerung" (Autonomie) oder jene der „Beteiligung" (Institution) (vgl. Kreisky 1995a; Sauer 2001; 120). Beide Strategien und die damit zusammenhängenden theoretischen Positionen müssen im Kontext der neuen Frauenbewegung gesehen werden, da sie in gewisser Weise auch die Entwicklung der neuen Frauenbewegung vom anfänglichen Antietatismus hin zum so genannten „Staatsfeminismus" widerspiegeln.

Beide theoretischen Konzepte zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich in erster Linie auf die beschreibende Analyse der konkret-empirischen Oberfläche des bürgerlichen Staates konzentrieren, ohne dabei nach den strukturellen (und nicht personellen) Gründen für seinen patriarchalen Charakter zu fragen. Zwar werden patriarchale und frauendiskriminierende Strukturen des modernen Staates festgestellt und beschrieben, dem Grund für ihre staatsförmige Erscheinung aber wird nicht analytisch nachgegangen. Infolgedessen geraten zentrale Fragen wie etwa nach den Grenzen staatlicher Regulierung gar nicht erst in den feministischen Blick. Aufgabe einer kritischen Staatstheorie muss es aber sein, den Staat nicht nur (in all seinen Dimensionen) zu beschreiben und historisch darzustellen, sondern die Existenz der Kategorie des Staates selbst logisch zu begründen. Es geht also um die gesellschaftstheoretische Frage, warum der Staat als besondere Form gesellschaftlicher Verhältnisse überhaupt existiert. Denn erst durch eine Formbestimmung des modernen Staates ließe sich der systematische Zusammenhang von Staat, Kapital und Geschlecht theoretisch stringent nachweisen, ohne in eine personalisierende, funktionalistische Argumentation zu verfallen.

Abgesehen von den beiden verkürzten Theoremen des „patriarchalen" wie des „frauenfreundlichen" Staates wurden in der Geschlechterforschung seit Anfang der 90er Jahre durchaus einige Versuche einer systematischen Konzeptionalisierung von Staat und Geschlecht unternommen. Zwar gilt die Feststellung, dass es keine umfassende Theorie des Staates aus geschlechterkritischer Sicht gibt, nach wie vor, jedoch gibt es bereits etliche „Skizzen" antipatriarchaler Staatskonzepte, die über empirische und historische Fallstudien hinausgehen (vgl. Sauer 2001; 123).

Bausteine antipatriarchaler Staatskonzepte

Der Staat wird in diesen neueren feministischen Staatsansätzen seit Beginn der 90er Jahre nicht mehr einseitig als patriarchal oder frauenfreundlich betrachtet, sondern es wird versucht, den Geschlechtscharakter des Staates in seiner Widersprüchlichkeit theoretisch zu erfassen. Zentraler Blickpunkt dieser neueren Analysen ist also die

Frage nach dem Geschlecht des Staates. Gerade die Erfahrungen mit dem zum Teil „frauenfreundlichen“ Wohlfahrtsstaat, der zunehmenden Institutionalisierung der „Frauenfrage“ und gleichzeitigen Zementierung der herrschenden Geschlechterordnung einerseits sowie der im Zuge der Krise des Fordismus ausgelösten Krise des Wohlfahrtsstaates mit ihren „vergeschlechtlichten“ Konsequenzen andererseits erforderten ein differenziertes theoretisches Konzept, um das komplexe Verhältnis von Staat und Geschlecht neu zu erklären.

Zentraler Blickpunkt dieser neueren Analysen ist mithin die theoretische Bestimmung der Geschlechtlichkeit des modernen Staates. Dieses komplexe Phänomen wurde in der bisherigen feministischen Forschung auf unterschiedliche Art und Weise in den Blick genommen. Mit Birgit Sauer lassen sich in diesem Zusammenhang vier verschiedene Ebenen von feministischen Staatsanalysen unterscheiden (vgl. Sauer 1998, S. 19; siehe auch Sauer 2001; 123f.):

Die Konstruktionsidee des modernen Staates: Etliche feministische Theoretikerinnen übten Kritik am liberalen Paradigma des Gesellschaftsvertrages und legten offen, dass dieser vermeintlich universelle Vertrag ein Vertrag unter Männern bzw. Brüdern ist und Frauen seit jeher aus der öffentlichen Sphäre ausschließt (vgl. etwa Pateman 1994). Dem Gesellschaftsvertrag liegt ein stets verdeckter Geschlechtervertrag zu Grunde. Die moderne gesellschafts-legitimierende bürgerliche Vertragsidee basiert somit auf geschlechtsspezifischen, androzentrischen Ausgrenzungen und Ausschließungen. **Die Konstituierung des modernen Nationalstaates:** Diese feministischen Analysen zeigen auf, dass die historische Entstehung des Nationalstaates eng mit Krieg und Militär und damit zusammenhängend mit der Entstehung moderner Männlichkeitskonstruktionen verknüpft ist. Dies erklärt auch den Frauenausschluss aus der Konzeption der Staatsbürgerschaft. Es gilt hier vor allem, die Logik von Staatsbürgerrechten als eine maskulinistische zu analysieren.

Staat als (Re)Produzent der Geschlechterverhältnisse: Etliche staatstheoretische feministische Arbeiten untersuchen verschiedene politische Bereiche (policies) im Hinblick auf geschlechtsspezifische Aspekte und Auswirkungen. Staatliche Politiken (staatliche Maßnahmen und Prozesse) werden hier mit Bezug auf ihre reproduzierende, aber auch modifizierende Auswirkungen auf die herrschende Geschlechterordnung erforscht.

Männlichkeit des Staatsapparates: Hierzu zählt in erster Linie die von Eva Kreisky entwickelte Konzeption des „Staates als Männerbund“ (vgl. Kreisky 1995b). Sie verweist auf die „männliche“ Verfasstheit der staatlichen Institutionen und der staatlichen Bürokratie, da Frauen historisch betrachtet seit der Entstehung der modernen staatlichen Ordnung aus den zentralen politischen Institutionen und Entscheidungsebenen ausgeschlossen sind. Staatliche Institutionen stellen somit eine Kultur institutioneller Männlichkeit dar, die sich aber durchaus verändern kann. Der moderne Staat ist in zweierlei Hinsicht „männlich“: Zum einen werden staatliche Aufgaben und Ämter mehrheitlich von Männern wahrgenommen („nominale Männlichkeit“) und zum anderen repräsentiert und bevorzugt der Staat systematisch männliche Interessen und Lebensweisen („strukturelle“ Männlichkeit) (vgl. Sauer 1998; 20). Die im modernen Staat eingeschriebene „hegemoniale Männlichkeit“ (Connell 1990) verweist auf eine spezifische institutionelle Verfestigung sozialer Aushandlungsprozesse, die sich historisch und räumlich verändern können.

Zur Kritik des Staates

So notwendig diese neueren feministischen Analysen zur Bestimmung der Geschlechtlichkeit des modernen Staates auch sind, so sehr verwundert es doch, dass auch diese Ansätze lediglich auf einer vorwiegend beschreibenden Ebene ausharren. Die Geschlechtlichkeit von Staatlichkeit wird auf der analytischen Ebene rein historisch und empirisch begründet. Feministische Staatstheoretikerinnen formulieren zwar eine kritische Theorie des männlichen Staates, eine grundsätzliche, radikale Kritik des Staates an sich bleibt jedoch nach wie vor ausständig. Die Existenz des Staates wird so als etwas Gegebenes, Selbstverständliches hingenommen und lediglich in seiner derzeitigen Gestalt kritisiert (vgl. dazu Holloway 1998; 15). Kritik müsste hingegen die Kategorie des Staates selbst angreifen. Den Staat also nicht versuchen zu „verstehen“, sondern zu „entfetischisieren, und damit aufzuheben“ (ebd.; 16). Eine solche „destruktive Theorie“ des Staates - wie der marxistische Theoretiker John Holloway es nennt - erfordert aber eine grundlegende Staats-





theorie, die den Staat (u.a. im Hinblick auf seine Geschlechterdimension) nicht bloß beschreibt und historisch darstellt, sondern imstande ist, die Existenz des Staates an sich logisch zu begründen. Es geht also um die Frage, warum der Staat als besondere Form gesellschaftlicher Verhältnisse überhaupt existiert. Und daran anschließend, warum der Staat und die herrschende Geschlechterhierarchie bisher notwendig miteinander verwoben waren und sind. Es ist bezeichnend, dass sich feministische Theorie, die sich längst von der anfänglichen Kapitalismuskritik abgewendet hat, nicht um diese grundsätzlichen staatstheoretischen Fragen gekümmert hat. Aber erst durch eine Formbestimmung des modernen Staates ließe sich m.E. der systematische Zusammenhang von Staat, Kapital und Geschlecht theoretisch stringent nachweisen, ohne in eine personalisierende, verkürzte Argumentation zu verfallen.

Notwendig wäre es, die bestehenden anti-patriarchalen Staatskonzepte mit gesellschaftstheoretischen Fragestellungen zu verbinden. Erst eine derartige Verbindung von feministischen und gesellschaftstheoretischen Ansätzen könnte den Weg ebnen zu einer umfassenden, alle gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse berücksichtigenden Kritik des modernen Staates und der derzeit stattfindenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse.

Der patriarchal-kapitalistische Staat

Im Anschluss wird ein analytisches Modell skizziert und vorgeschlagen, das die oben erwähnten theoretischen Zugänge zu verknüpfen versucht. Wie lässt sich eine dem modernen Staat immanente patriarchale Struktur begründen, ohne in eine verkürzte, funktionalistische Argumentationsweise zu verfallen? Um dieses theoretische Problem zu lösen, möchte ich auf das Staatskonzept von Joachim Hirsch zurückgreifen und versuchen, es aus feministischer Perspektive zu erweitern. Es geht mir dabei um die Entwicklung eines antipatriarchalen theoretischen Modells, das den Staat zwar als gesellschaftliches, widersprüchliches Verhältnis versteht, ihn aber gleichzeitig auch als strukturell patriarchal fasst. Gemäß Hirschs begrifflich-theoretischen Unterscheidung zwischen der „Form" des Staates einerseits und den konkreten Staatsformationen bzw. Staatsapparaten andererseits möchte ich zwischen der *„männlichen"* bzw. *patriarchalen Form des Staates* und den *konkret-historischen „Geschlechterregimen"* bzw. *„hegemonialen Männlichkeiten"* differenzieren. Was ist darunter zu verstehen?

Ausgangspunkt der staatstheoretischen Überlegungen Hirschs bildet die werttheoretische Formanalyse des kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhangs. Hirsch versucht zuallererst eine Begründung zu liefern, warum in der kapitalistischen Gesellschaft das politische Gemeinwesen eine von der Ökonomie und Gesellschaft getrennte Form annimmt (vgl. Hirsch 1995; 18). Unter Bezugnahme auf die Marx'sche Wertformanalyse versucht er den Staat aus den grundlegenden Strukturen bzw. Formen der kapitalistischen sozialen Verhältnisse heraus zu begründen. Er setzt also seine Staatsbegründung im Gegensatz zu funktionalistischen Ansätzen nicht an der Analyse seiner konkreten Aufgaben und Funktionen an, sondern an seiner sozialen Form. Unter „sozialer Form" versteht Hirsch Objekte, die den Menschen äußerlich und fremd gegenüberstehen und in denen ihr gesellschaftlicher Zusammenhang in einer nicht unmittelbar durchschaubaren Art und Weise zum Ausdruck kommt. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen müssen unter den bestehenden ökonomischen Bedingungen die Form von Objektbeziehungen annehmen. In einer durch arbeitsteilige Privatproduktion, Konkurrenz und von materiellen Klassenantagonismen geprägten Gesellschaft lässt sich Gesellschaftlichkeit eben nicht direkt, kollektiv und bewusst herstellen, sondern nur in verdinglichten sozialen Formen. Als die beiden grundlegenden sozialen Formen, in denen sich die Gesellschaftlichkeit der Menschen herstellt, bezeichnet er den *Wert,* der sich im *Geld* ausdrückt und die *politische Form*, welche sich in Gestalt eines von der Ökonomie getrennten *Staates* äußert (vgl. Hirsch 1995; 17).

Die *Wertform* und die *politische Form* sind für Hirsch die zentralen sozialen Formen, welche die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft trotz ihrer grundlegenden Antagonismen und Konflikten garantieren. Eine rein wertformbestimmte Reproduktion ist deshalb nicht möglich, weil dieser materielle Reproduktionszusammenhang strukturell krisenhaft ist: einerseits ist der Akkumu-

lationsprozess des Kapitals von Krisenhaftigkeit gekennzeichnet, andererseits beruht er auf äußeren Bedingungen (Natur, nicht warenförmige soziale Beziehungen etc.), die er selbst nicht produzieren kann, zum Teil sogar zerstört. Diese inneren und äußeren Widersprüche der wertformbestimmten Regulation erzwingen eine auf die materielle Reproduktion, die Ordnung und den Erhalt der Gesellschaft insgesamt gerichtete, außerhalb des Verwertungsprozesses stehende politische Regulation: den Staat. Es kommt daher zu der für die kapitalistische Gesellschaftsformation charakteristische Spaltung von „Politik“ und „Ökonomie“, von „Staat“ und „Gesellschaft“. „Staat“ und „Gesellschaft“ sind zwar formell getrennt, aber zugleich miteinander verbunden. Sie bilden gewissermaßen eine „widersprüchliche Einheit“ (Hirsch 1995; 22). Gerade in dieser Trennung und gleichzeitigen Verbindung von Politik und Ökonomie sieht Hirsch die Besonderheit der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise.

Diese Trennung korrespondiert mit einer Teilung in zwei gesellschaftliche Sphären in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung: Öffentlichkeit und Privatheit. In der liberalen, bürgerlichen Theorie, aber auch in der marxistischen Theorie ist dabei gemeinhin die Unterscheidung zwischen „Markt“ bzw. „Ökonomie“ (privat) und „Staat“ bzw. „politisches Handeln“ (öffentlich) gemeint. Feministische Theoretikerinnen richten ihren Blick jedoch auf eine zweite, oft vernachlässigte Ebene von Privatheit und meinen damit den Bereich der Familie, des Haushalts, der Intimsphäre.[2] Diese Bedeutung von Privatsphäre wird im patriarchal-kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus Frauen zugeordnet. Während Frauen also die private, emotionale Sphäre zugeschrieben wird, ist die Politik, aber auch die Ökonomie männlich konzipiert. In der Folge betrachte ich Privatheit in dieser Bedeutung.

Die Trennung Öffentlichkeit/Privatheit ist somit ein patriarchales Ordnungsmuster, das Macht- und Herrschaftsmechanismen festlegt. „Die Aufrechterhaltung einer fiktiven Scheidelinie zwischen Öffentlichkeit und Privatheit ist Reproduktionsbedingung für die Exklusion von Frauen aus der institutionellen Materialität des Staates, für die Herstellung exklusiver Männlichkeit in dieser Sphäre, aber auch für die paradoxe *Integration* von Frauen in das Staatsprojekt.“ (Sauer 1997; 47f.)

Wichtig ist nun, dass diese Trennungen, die die politische Form ausmachen, nicht nur als fiktiv, illusorisch zu begreifen sind, sondern auch reale Wirksamkeit besitzen (Schein/Wirklichkeit). Natürlich kann sich das, was als „privat“ oder „öffentlich“ gilt, ständig verändern, da der Staat selbst die Definitionsmacht zur Festlegung dieser Trennlinie besitzt (vgl. Sauer 1998; 19). Die Grenzziehungen von öffentlich und privat sind historisch und kulturell durchaus verschiebbar. So z.B. wurde mit der Integration einst privater Bereiche (z.B. Kindererziehung) in den Sozialstaat die öffentliche Sphäre ausgedehnt. Andererseits bedeuten diese Grenzverschiebungen und Veränderungen im Verhältnis von öffentlich und privat keineswegs eine grundsätzliche Auflösung dieser strikten, imaginierten Trennung.

Grundsätzlich gilt, dass die „Form“ des Staates auf der Trennlinie von öffentlich und privat beruht. Das heißt also, dass sich diese dem Konstrukt des Staates immanente Spaltung nicht einfach auflösen oder beseitigen lässt, wie dies einige feministische TheoretikerInnen hoffen (vgl. Connell 1990; 538; Sauer 1997; 47f.). Die Scheidelinie öffentlich/privat ist insofern real, als der Staat (seine Form also) selbst aus dieser Konzeption hervorgeht. Würde also die Trennung aufgehoben, gäbe es auch den Staat in seiner gegenwärtigen Form nicht mehr.[3]

Um mein Argument zu verdeutlichen: Ein „androgyner“ Staat ist meinem Verständnis nach deshalb nicht denkbar und möglich, weil der Staat in seiner Form auf einen patriarchalen Spaltungsmechanismus, d.h. die Sphärentrennung zwischen einer „männlich“ definierten, politisierten Öffentlichkeit und einer „weiblich“ definierten, entpolitisierten Privatheit, beruht. Diese Trennung stellt eine zentrale Struktur der patriarchal-kapitalistischen Vergesellschaftungsweise dar.[4] Da der bürgerliche Staat auf diesem Vergesellschaftungsmodus basiert und daraus resultiert, ist er von seiner inneren Struktur her nicht nur notwendig „kapitalistisch“, sondern immer auch „patriarchal“. Die Bestimmung des Staates als „patriarchal“ lässt sich demnach nicht trennen von seiner „kapitalistischen“ Struktur, denn diese selbst ist als „patriarchal“ zu begreifen. Die „patriarchale“ Verfasstheit des modernen Staates lässt sich also aus den grundlegenden Strukturen bzw. Formen der patriarchal-kapitalistischen sozialen Verhältnisse begründen.

In anderen Worten: Ebenso wie der „Klassencharakter“ ist der „patriarchale“ bzw. „männliche“ Charakter des Staates demnach in seiner Form zu entziffern. Der geschlechtliche Charakter des Staates ergibt sich aus der „Strukturadäquanz“ zwischen den patriarchal-kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnissen und der politischen Herrschaftsform. In Anlehnung an Josef Esser ließe sich formulieren: Indem der Staat mit Hilfe seines Gewaltmonopols den *patriarchal*-kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozess absichert, sichert er zugleich den darin enthaltenen Klassen-

und *Geschlechterwiderspruch*. (in Anlehnung an Esser 1985; 227) Der Staat ist in diesem Sinne keineswegs ein „Agent“ oder „Instrument“ der Männer, wie dies funktionalistische und personalisierende Ansätze behaupten. Die Männlichkeit oder Geschlechtlichkeit des Staates basiert vielmehr auf seiner grundlegenden *Struktur* bzw. *Form*. Das bedeutet, dass der moderne Staat männlichen Interessen und Lebensweisen strukturell entgegenkommt, Männer sozusagen indirekt bevorzugt werden. Der Staat kann daher patriarchale Verhältnisse nicht grundsätzlich in Frage stellen.

Wie aber lassen sich nun Handlungsräume und -möglichkeiten von Frauen, die paradoxe Integration von Frauen in den Wohlfahrtsstaat sowie reale Veränderungen und Transformationen von Staatlichkeit und Geschlechterregimen anhand dieses theoretischen Bezugsrahmens erklären? Wie bereits oben erwähnt, unterscheide ich in Anlehnung an Hirsch zwischen der Form des Staates einerseits und konkreten Staatsapparaten und -projekten andererseits. Der Staat ist in seiner konkreten institutionellen, organisatorischen Gestalt ein Ausdruck sozialer Kräfteverhältnisse. Der konkrete Staat darf demnach nicht als einheitlicher, geschlossener Block begriffen werden, sondern als eine historisch-spezifische Institutionalisierung eines sozialen Verhältnisses zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Individuen.

Aus feministischer Sicht kann der konkrete Staat somit verstanden werden als die „Institutionalisierung eines geschlechtlichen Herrschaftsverhältnisses, d.h. er ist Ausdruck des Geschlechterverhältnisses, *und* er organisiert das Geschlechterverhältnis“ (Sauer 1997; 48, Herv. i. Orig.; 1998; 20; siehe auch Pühl 1998; 25). Das soziale Kräfteverhältnis (zwischen den Geschlechtern) nimmt im System der politischen Institutionen, Apparate und Organisationen eine konkrete Gestalt an. Ein konkretes Staatsprojekt besteht mithin aus einem Geflecht von unterschiedlichen, relativ selbständigen und teilweise miteinander konkurrierenden Apparaten und Institutionen, die jeweils unterschiedliche Beziehungen zu diversen Gruppen herstellen können. Das bedeutet also, dass Geschlechterkonflikte auf dem Feld und in den Arenen des Staates ausgetragen werden.

Die Beziehungen der Staatsapparate zu gesellschaftlichen Gruppen dürfen aber nicht als stabil und fix angesehen werden, da sie sich je nach Kräfteverhältnissen verändern können. Dies verweist auf die hohe Anpassungsfähigkeit des Staatsapparates (vgl. Hirsch 1995; 24). Bezogen auf die Geschlechterverhältnisse heißt das, dass sich historisch unterschiedliche „Geschlechterregime“ je nach vorherrschenden hegemonialen Geschlechterordnungen bzw. Männlichkeiten herausbilden können (vgl. dazu auch Pühl 1998; 25). Die patriarchale Gestalt eines konkreten Staatsprojektes verändert sich mit den unterschiedlichen historischen und räumlichen Gegebenheiten. Die Art und Weise, wie sich der „männliche“ Charakter eines Staates konkret ausdrückt, kann daher je nach Land und Zeit variieren und bedarf daher gesonderter theoretischer und empirischer Untersuchungen.[5] Die konkrete Männlichkeit eines bestimmten Staates wird also selbst permanent neu konstruiert und inszeniert. Diese historisch-spezifische Sichtweise kann den z.T. durchaus positiven Veränderungen im Verhältnis von Geschlecht und Staat gerecht werden. Der konkrete Staat ist insofern nicht ein für alle Mal als einheitlich „patriarchal“ oder „männlich“ definierbar (vgl. Sauer 1997; 47; siehe auch Demirovic/Pühl 1997; 227). Vielmehr können sich seine Geschlechterpolitik sowie die Geschlechtlichkeit seiner Institutionen stets verändern. Der konkrete Staatsapparat darf jedoch keinesfalls mit der bereits beschriebenen „Staatsform“ bzw. der „politischen Form“ verwechselt werden.

Allgemein bleibt daher festzuhalten: Der moderne Staat kann patriarchale Verhältnisse zwar modifizieren, jedoch gemäß seiner Formbestimmtheit nicht grundsätzlich auflösen. Ziel kritisch-feministischer Theorie muss es daher sein, - um mit John Holloway zu sprechen - den patriarchal-kapitalistischen Staat nicht „zu verstehen, sondern ihn zu entfetischisieren und damit aufzuheben.“ (Holloway 1998; 16)

E-mail: evi.genetti@chello.at

Literatur:

Connell, Robert W. (1990): The state, gender, and sexual politics. Theory and appraisal; in: Theory and Society, H. 19, S. 507-544.

Demirovic, Alex/Pühl, Katharina (1997): Identitätspolitik und die Transformation von Staatlichkeit: Geschlechterverhältnisse und Staat als komplexe materielle Relation; in: Eva Kreisky/ Birgit Sauer (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, PVS, Sonderheft 28, Opladen/Wiesbaden, S. 220-240.

Esser, Josef (1985): Staat und Markt; in: Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hg.): Politikwissenschaft. Begriffe - Analysen - Theorien. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg, S. 201-244.

Genetti, Evi (1998): Die GeschlechterGrenze des bürgerlichen Staates. Zur Kritik der Geschlechtergleichheit im Wohlfahrtsstaat, Wien - Diplomarbeit

Hardt, Michael/Negri, Antonio 2002: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/NY.

Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbe-

werbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin.
Hirsch, Joachim (1998): Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin.
Hirsch, Joachim (2001): Die Internationalisierung des Staates. Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie; in: Hirsch, J./Jessop, B./Poulantzas, in: Die Zukunft des Staates, Hamburg, S. 101-138.
Holloway, John (1998): Kritik und Sozialwissenschaften; in: Görg, Christoph/Roth, Roland (Hg.) 1998: Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften, Münster, S. 14-19.
Jessop, Bob (1994): Veränderte Staatlichkeit. Veränderungen von Staatlichkeit und Staatsprojekten; in: Dieter Grimm (Hg.): Staatsaufgaben, Baden-Baden, S. 43-73.
Jessop, Bob (1997): Nationalstaat, Globalisierung, Gender; in: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, PVS, Sonderheft 28, Opladen/Wiesbaden, S. 262-292.
Kreisky, Eva (1995a): Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärung; in: dies./ B. Sauer (Hg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung, Frankfurt/Main,
Kreisky, Eva (1995b): Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung; in: Regina Becker-Schmidt/ Gudrun-Axeli Knapp (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Frankfurt/New York, S. 85-124.
Pateman, Carole (1994): Der Geschlechtervertrag [1988]; in: Erna Appelt/Gerda Neyer (Hg.): Feministische Politikwissenschaft, Wien, S. 73-95.
Pirker, Peter (1999): Zu einem analytischen Begriff des Politischen. Neoliberalismuskritik, Hannah Arendt und der Triumph der Bürgergesellschaft, Wien, (Diplomarbeit).
Pühl, Katharina (1998): Staat und Geschlecht. Bausteine einer Analyseperspektive; Vortrag bei der Tagung „Europa zwischen Integration und Ausschluß“, Universität Wien, 5.-7. Juni 1998, unveröffentlichtes Manuskript.
Sainsbury, Diane (Hg.) (1996): Gendering Welfare States, London/Thousand Oaks/New Delhi,
Sauer, Birgit (1997): „Die Magd der Industriegesellschaft“. Anmerkungen zur Geschlechtsblindheit von Staatstheorien; in:
Kerchner, Brigitte/Wilde, Gabriele (Hg.): Staat und Privatheit, Opladen, S. 29-53.
Sauer, Birgit (1998): Antipatriarchale Staatskonzepte. Plädoyer für Unzeitgemäßes; in: Juridikum. Zeitschrift im Rechtsstaat, Nr. 1, S. 18-21.
Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdemokratie, Frankfurt/New York.

Anmerkungen:

1 Eine ausführliche Darstellung dieser Konzepte findet sich in Genetti 1998; 54ff.

2 Siehe dazu etwa Sabine Lang (1995): Öffentlichkeit und Geschlechterverhältnis. Überlegungen zu einer Politologie der öffentlichen Sphäre; in: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung, Frankfurt/Main, S. 83-121.

3 Auch Connell konstatiert: „In one sense that seems to imply an end to the state as such, which is founded on such a distinction.“ (Connell 1990; 538)

4 Siehe dazu meine Ausführungen in Genetti 1998; 95ff.

5 Das Konzept der Geschlechterregime, das die Geschlechterspezifik verschiedener Wohlfahrtsregime empirisch untersucht, bezieht sich auf diese Ebene der Staatsanalyse. Siehe dazu exemplarisch den Sammelband von Sainsbury 1996.

Stefan Gandler
Zum Verhältnis von Kommunikation und Gebrauchswert in der mexikanischen Marxismus-Diskussion

Die gegenwärtige sozialtheoretische Diskussion ist hierzulande, auch in Zeiten allseits beschworener Globalisierung, weitgehend unbedarft was theoretische Beiträge aus Ländern jenseits des Horizonts der hochindustrialisierten Gebiete betrifft. Der folgende Text stellt einen der relevantesten Vertreter der theoretischen Kapitalismus-Kritik in Lateinamerika anhand eines zentralen Themas, der kritischen Interpretation des Marxschen Gebrauchswertbegriffs in nicht-eurozentrischer Absicht, vor. Bolívar Echeverría ist Professor für Philosophie und Ökonomie an einer der wichtigsten Universitäten Lateinamerikas, der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM). Geboren 1941 in Ecuador, studiert er 1962-1968 in Berlin, wo er sich mit Rudi Dutschke befreundet und Kontaktperson für Berliner SDS-Kreise nach Lateinamerika wird. In dieser Zeit Autor politischer Schriften und Mitherausgeber von Texten Che Guevaras in deutscher Sprache, befaßt sich Echeverría seit 1994 neben seinen philosophischen und ökonomischen Untersuchungen ebenso mit theoretischen Beiträgen für Veranstaltungen des Ejército Zapatista de Liberación Nacional. Heute ist Bolívar Echeverría, der seit seiner Ankunft 1968 in Mexiko dort als einer der innermarxistischen Kritiker des Dogmatismus sowjetischer Prägung auftritt, einer der wenigen Theoretiker, die weiterhin an einer marxistischen Analyse der gesellschaftlichen Realität arbeiten.

Dies ist in Mexiko, im Unterschied zur hierzulande herrschenden Marginalisierung marxistischer Wissenschaft, kein Hinderungsgrund für akademische und gesellschaftliche Anerkennung. Die UNAM zeichnete ihn im Jahr 2000 mit ihrer höchsten Auszeichnung, dem Premio Universidad Nacional aus. Seine Beiträge sind für die mexikanische und Teile der lateinamerikanischen Linken und andere KritikerInnen des herrschenden gesellschaftlichen Desasters zentraler Bezugspunkt. Seine Theorie zu kennen, könnte ungeachtet der hiesigen akademischen und wissenschaftlichen Selbstgenügsamkeit durchaus hilfreich sein.

Reproduktion und Kommunikation

Bolívar Echeverría hat sich im Rahmen seiner Theoriebildung eine nicht ohne weiteres zu lösende Aufgabe gestellt. Der aus der Tradition des westlichen Marxismus stammende Praxisbegriff, den er zwar als entscheidenden Beitrag, aber zugleich als zu abstrakt begreift, soll inhaltlich konkret gefüllt und dabei in seiner historischen Dimension gefaßt werden. Das Problem liegt dabei jedoch in Folgendem: Wie soll der Praxisbegriff, der untrennbar mit dem Begriff des (autonomen) Subjekts (als frei entscheidendes) verknüpft ist, als bestimmter, nicht beliebiger, inhaltlich konkret gefaßt werden? Wie soll dieses komplizierte Verhältnis von subjektiven Einzelentscheidungen in ein stimmiges Verhältnis

gebracht werden zu einer theoretischen, begrifflichen - und damit notwendig nach Allgemeinheit trachtenden - historisch-konkreten Bestimmung dieser Praxis beziehungsweise dieser Praktiken?

Oder um es anders, der von Echeverría angestrebten materialistischen Kulturtheorie näher, zu formulieren: Wie kann eine gewisse kulturelle Determiniertheit der menschlichen, insbesondere produktiven (und konsumtiven) Praxis begriffen werden, ohne in ethnologisierende oder gar biologistische Festschreibungen der menschlichen Subjekte in ihrer jeweiligen alltäglichen Reproduktionsform zu verfallen? Dieser Autor, der, wie bereits erwähnt, die menschliche Kultur nicht an ihren sogenannten Hochformen wie z.B. der musealen Kunst, sondern in erster Linie an der genauen Art und Weise der materiellen Reproduktion (als Einheit von Produktion und Konsum) festmacht, findet ein passendes Bild für dieses Wechselspiel von Freiheit und Tradition, von Individualität und - historisch-geographisch bestimmter - Kollektivität, in der menschlichen Sprache und ihren unzähligen Sprechakten und eine Wissenschaft, die dieses Wechselverhältnis daraufhin untersucht, in der durch Ferdinand de Saussure begründeten Semiotik. Er bezieht sich dabei auf Autoren wie Roman Jakobson und Louis Hjelsmlev.[1]

Als Methode verwendet er dabei im hier diskutierten Aufsatz zur *Naturalform der gesellschaftlichen Produktion* nicht nur den fortlaufenden Text, sondern auch durchschnittlich alle zwei Seiten eine Grafik mit schematischen Darstellungen des Kommunikationsprozesses und des Reproduktionsprozesses, die wohl deren Ähnlichkeit bildlich faßbar machen sollen. Ihre Verwandtschaft zu Saussureschen Grafiken ist nicht zu übersehen, wenn auch diejenigen Echeverrías wesentlich komplexer und nur nach eingehender Lektüre des Haupttextes erschließbar sind. Entscheidend ist dabei, daß Echeverría diesen Rückgriff auf die Semiotik nicht machen will, um alle Realität als bloßes Zeichen und damit die Geschichte nur noch als „unabgeschlossenen Text" zu fassen, sondern umgekehrt. Es geht ihm nicht nur um den Nachweis, daß das erste und grundlegende menschliche Zeichensystem dasjenige der je unterschiedlichen Formen der Produktion und des Konsums von Gebrauchswerten ist, sondern mehr noch: Der Kommunikationsprozeß ist für Echeverría eine Dimension des Reproduktionsprozesses.

„Ich mache sodann eine Parallele zwischen dem Produktionsprozeß und dem Kommunikationsprozeß sichtbar. (...) Das heißt, dieser (Kommunikationsprozeß) ist eine Dimension des Ersteren [das heißt, des Produktionsprozesses, S.G.]."[2] Das heißt, der Reproduktionsprozeß kann nicht deshalb mit dem Kommunikationsprozeß verglichen werden, weil die Welt insgesamt nur als eine komplizierte Kombination von „Texten" und deren „Lesarten" zu fassen ist, sondern umgekehrt. Die Kommunikation ist, als Einheit von Produktion und Konsumtion von Bedeutungen, selbst einer unter vielen produktiven und konsumtiven Akten, welche die Menschen tun müssen, um ihr Leben organisieren und erhalten zu können, ist dabei mitnichten der fundamentale und hat die nicht hintergehbare Materialität immer selbst als Grundlage.

„Das Sprachvermögen [lenguaje] ist in seiner grundlegenden Verwirklichung, der verbalen, auch ein Prozeß der Produktion/Konsumtion von Gegenständen. Der Sprechende übermittelt demjenigen, der ihm zuhört, eine Veränderung der Natur; seine Stimme verändert den akustischen Zustand der Atmosphäre, und diese Umwandlung, dieser Gegenstand, wird als solcher vom Ohr des anderen wahrgenommen oder konsumiert."[3]

Es ist Bolívar Echeverría um eine Erklärung des Prozesses der Produktion und des Konsums von Gebrauchswerten zu tun, die auf die Semiotik zurückgreift, ohne aber damit das Primat der Natur, das Primat des Materiellen als unabdingbare Grundlage des Ideellen zu leugnen. Hierin liegt ein wesentlicher Unterschied zu einer Reihe zeitgenössischer Ansätze, die sich im Kommunikationsbegriff (oder verwandten Konzeptionen, wie z.B. derjenigen der „Artikulation") verschlingen und in ihren verschiedensten realen oder vorgestellten Formen die Erklärung und zugleich auch Errettung der Welt erblicken.

Während Saussure die Linguistik der von ihm eingeführten Semiotik (sémiologie) als bloßes Teilgebiet unterordnet[4] und feststellt, daß die Erkenntnis der „wahren Natur der Sprache" nur möglich ist, wenn sie in das allgemeinere Feld „aller anderen Systeme ähnlicher Gestalt [tous les autres système du même ordre]",[5] das von der Semiotik untersucht wird, richtig eingeordnet wird, ist es Echeverría wiederum darum zu tun, die Semiotik - verstanden von ihm als Produktion und Konsumtion von Zeichen - ins allgemeinere Feld der Produktion und Konsumtion überhaupt einzuordnen. Hierin unterscheiden sich offensichtlich Saussure und Echeverría beachtlich voneinander, denn Ersterer sieht die Semiotik ihrerseits wieder eingebettet in die Sozialpsychologie und diese wiederum in die Psychologie überhaupt, während Echeverría die Kritik der politischen Ökonomie zum Bezugssystem hat.[6] Eine Parallele besteht darin, daß beide zur Untersuchung des allgemeineren Gegenstandes, der notwendig ist, um die spe-

zielleren zu verstehen, von dem komplexesten der speziellen Gegenstände ausgehen. So erklärt Saussure:

„Man kann also sagen, dass völlig beliebige Zeichen besser als andere das Ideal des semeologischen Verfahrens verwirklichen; deshalb ist auch die Sprache, das reichhaltigste und verbreitetste Ausdruckssystem, zugleich das charakteristischste von allen; in diesem Sinn kann die Sprachwissenschaft Musterbeispiel und Hauptvertreterin der ganzen Semeologie werden, obwohl die Sprache nur ein System unter anderen ist.“[7]

Hier fällt - trotz aller Unterschiede - eine gewisse Ähnlichkeit zu Marxens methodologischem Vorgehen auf, das anschaulich in dem Satz zusammen gefaßt ist, die „Anatomie des Menschen ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen.“[8] Anders formuliert: die Saussuresche Methode erinnert an die Marxsche Unterscheidung des Gangs der Untersuchung vom Gang der Darstellung, die zum Beispiel im Falle des *Kapital* weitgehend gegenläufig ist. Echeverría, der - wie gesagt - Marx mit der Semiotik verbinden will, versucht eine ähnliche Methode ebenfalls in seinen Untersuchungen zu verwenden. Zur Analyse der allgemeinen Tatsache der Produktion und des Konsums von Gegenständen greift er in starkem Maße auf die Produktion/Konsumtion von Zeichen zurück. Dieses Vorgehen wählt er nicht, weil letztere wichtiger wären als andere Produktions-/Konsumtionsformen, sondern schlicht und einfach, weil an ihnen etwas Allgemeines verstanden werden kann und zudem in der Produktion/Konsumtion von jeglichem Ding, insbesondere wenn seine Gebrauchswertseite betrachtet wird, immer schon eine Produktion/Konsumtion von Zeichen mit enthalten ist.

Das einmal klargestellt, ist festzuhalten, daß es eine umfassende Gegenwart von kommunikativen Elementen in der materiellen Reproduktion selbst gibt. Man könnte nun an dieser Stelle versucht sein, schnell zu sagen: „Natürlich, denn zur Organisation des Reproduktionsprozesses muß kommuniziert werden, müssen Projekte besprochen werden, Probleme verbal gelöst und andere sprachliche Akte vollzogen werden.“ So sehr dies auch zutrifft, ist es nicht der zentrale Aspekt von Echeverrías Begriff der Ähnlichkeit und Verschränktheit von Reproduktion und Kommunikation. Vielmehr sieht er in Produktion und Konsum von Gebrauchswerten selber einen Akt der „Mitteilung“, möglicherweise den entscheidenden für das gesellschaftliche Leben überhaupt. Eine bestimmte Mahlzeit zum Beispiel herzustellen und sie sodann zu verspeisen, heißt zugleich, ein bestimmtes Zeichen herzustellen und es sodann zu interpretieren.

„Gegenstände zu produzieren und zu konsumieren, heißt, Bedeutungen zu produzieren und zu konsumieren. Produzieren ist mitteilen, einem anderen einen Natur-Gebrauchswert vorzuschlagen; konsumieren ist auslegen, ist die Realisierung dieses Gebrauchswertes durch einen Anderen, der ihn auffindet. Die Natur sich anzueignen, heißt, sie in etwas Bedeutungsvolles zu verwandeln.“[9]

Dafür, daß Echeverría dieses „Bedeutung geben“ nicht als willkürlichen Akt faßt, wie es in manchen Tendenzen der Diskurstheorie der Fall ist, spricht sein Beharren auf dem Primat der Materie. Für Echeverría ist dieses „Bedeutung geben“ ein höchst materieller Vorgang, der eben die Umwandlung eines Naturobjektes in einen für menschliche Bedürfnisse interessanten Gegenstand beinhaltet. Diese Umwandlung kann deshalb nicht als willkürlicher Akt stattfinden, weil sie die Naturbeschaffenheit des Objektes immer notwendigerweise berüksichtigen muß. Ein Koch, um bei diesem Beispiel zu bleiben, kann eben nur aus *bestimmten* Naturdingen eine Speise zubereiten. Trotz aller Freiheit, die er in dieser Handlung hat, ist der doch gezwungen, das Stück Fleisch und nicht die es heute meist umgebende Plastik-Verpackung zu verarbeiten, will er tatsächlich einen Gebrauchswert schaffen.

Hierin liegt übrigens ein wichtiger Unterschied zur Wertproduktion, die tendenziell von der realen Befriedigung menschlicher Bedürfnisse absehen kann, wenn nur die Wert- und damit Mehrwertschöpfung garantiert ist. Der Haken dabei ist nur, daß letztlich die Wertproduktion nicht völlig auf die Gebrauchswertproduktion als deren „naturale“ Grundlage verzichten kann. Dieser Knackpunkt ist für Echeverría die Ansatzstelle für eine mögliche Überwindung der scheinbar sich verewigenden kapitalistischen Produktionsweise. Während Marx seine Hoffnungen auf ein Ende der herrschenden Verhältnisse - ohne ein Ende der sie tragenden Subjekte - in seiner Theorie darauf gründete, daß die gegenwärtige Gesellschaftsformation ohne das Proletariat nicht auskommt, dieses sogar immer mehr brauchen wird, jenes aber zugleich das potentiell revolutionäre Subjekt ist, hat Echeverría einen nicht so sehr auf die Produktion fixierten Ansatz. Er geht stärker von der Einheit von Produktion und Konsumtion und damit der Einheit von Wertproduktion und Gebrauchswertproduktion aus - denn erst im Konsum stellt sich heraus, ob ein Produkt tatsächlich einen Gebrauchswert und damit auch Wert hat (was Marx lapidar mit der Formulierung, daß ein Produkt seinen Wert erst auf dem Markt realisieren muß, umschreibt). Nur der Gebrauchswert eines Produktes ermöglicht es, daß es wirklich konsumiert, also gekauft wird. Echeverría geht mit Marx also davon aus, daß die

Wertproduktion zwar ohne die Gebrauchswertproduktion nicht auskommt, zugleich diese aber mit Notwendigkeit immer mehr kontrolliert, bedrängt und tendenziell zerstört. Dieser innere antagonistische Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise gibt ihm einen Hinweis auf einen möglichen Ausweg. Dieser Ausweg liegt demnach nicht, wie es der dogmatische Marxismus sowjetischer Prägung unterstellte, in einem einfachen Aufheben der Unterversorgung der arbeitenden Massen durch ein kontinuierliches quantitatives Steigern der Produktivkräfte, was theoretisch einen stupiden Produktivismus und Progressismus und praktisch brutalste Methoden der Produktivitätssteigerung im Stalinismus bedeutete, sondern er geht - mit den meisten Denkern des westlichen Marxismus - davon aus, daß, quantitativ gesehen, längst eine Versorgung aller Menschen mit verhältnismäßig wenig Arbeitsaufwand möglich ist. Das Problem liegt ihm zufolge nicht in der quantitativen Seite, sondern in der qualitativen: Was wird produziert und wie wird es produziert? Es dreht sich also um die Gebrauchswertseite der Produktion und somit auch des Konsums:

„Nur die Rekonstruktion des kritisch-radikalen Begriffs des Gebrauchswertes kann die Unbegründetheit jener Identifikation des Marxismus mit dem westlichen Produktivismus, dem ökonomistischen Progressismus des Kapitalismus und der bürgerlich-politischen Staatsfixiertheit zur Anschauung bringen“.[10]

In diesem Zitat klingt, wenn Echeverría die „Identifikation des Marxismus mit dem westlichen Produktivismus“ kritisiert, ein Doppeltes an: Zum ersten der Hinweis auf die Notwendigkeit der Kritik des Eurozentrismus, der in der Linken, einschließlich wichtiger Teile der undogmatischen, nicht-progressistischen, auch heute meist nicht überwunden ist. Allein schon die Terminologie der „entwickelten“ und „unterentwickelten“ Länder, die allzuoft naiv übernommen wird, drückt einen tiefsitzenden ökonomistischen Produktivismus aus, der die Produktivkräfte und ihre technisch-industrielle Perfektion (im Sinne einer so weit wie möglich gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit unter kapitalistischen Bedingungen) unter der Hand zum Merkmal von „Entwicklung“ überhaupt erhebt. Zugleich steckt hierin auch die Vorstellung einer „natürlichen“ Notwendigkeit der ständigen Weiterentwicklung der Produktivkräfte im obigen Sinne (zudem auf eine ganz bestimmte Art und Weise), was aber ausschließlich in den herrschenden Verhältnissen eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Im Rahmen dieser Logik sind also manche Länder „entwickelter“ als andere, doch verselbständigt sich die hieraus hervorgehende

Hierarchisierung der Welt, bekommt ein Eigenleben und wirkt auch in kapitalismuskritischen Köpfen fort. (In gewisser Weise ist der Eurozentrismus in der Linken noch problematischer als in konservativen Theorien. Für die Konservativen geht der Eurozentrismus notwendigerweise aus ihrem unkritischen Reflektieren der realen Machtverhältnisse hervor, bei der Linken hingegen ist er nur noch mit kulturchauvinistischen Denkresten zu erklären.)[11]

Zum zweiten ist in dem zitierten Satz Echeverrías auch eine unausgesprochene Antwort an einen Philosophen enthalten, dessen Werk unseren zweiten Autor viele Jugendjahre beschäftigt hat. Wenn Echeverría hier darauf beharrt, daß Marx nicht integrativer Teil des „westlichen" Denkens ist, sondern der Begriff des Gebrauchswertes „notwendigerweise über die Metaphysik des Okzidents hinausgeht"[12], so ist dies eine unzweideutige Zurückweisung der Behauptung Martin Heideggers, Karl Marx sei der letzte Repräsentant der Metaphysik des Westens.

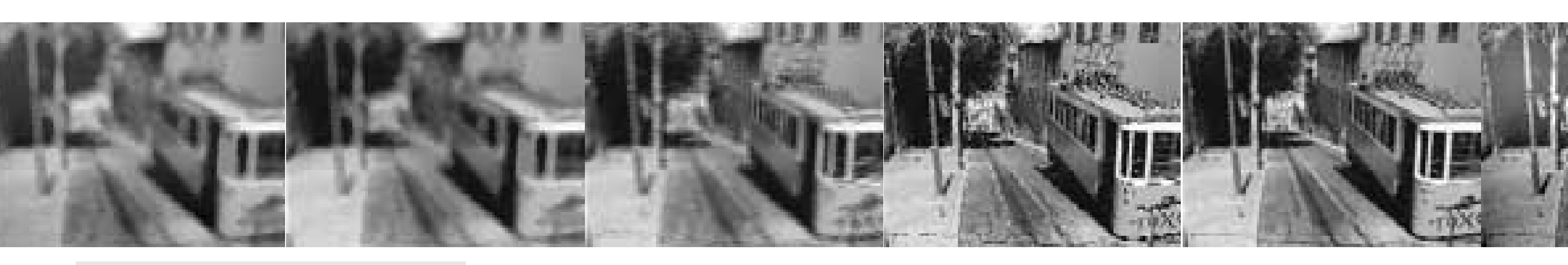
Gebrauchswert und Zeichen

Bezüglich der Frage, wie das Verhältnis von Subjekt und Objekt als eines gedacht werden kann, das zugleich von Determiniertheit (z.B. durch die Naturgesetze) als auch von menschlicher Freiheit zutiefst geprägt ist, kann nun folgender Annäherungsversuch Echeverrías skizziert werden. Wie gezeigt wurde, kann eine Parallelisierung des Reproduktionsprozesses mit dem Kommunikationsprozeß vollzogen werden, ohne ersteren zu entmaterialisieren oder idealistisch umzudeuten. Im Kommunikationsprozeß finden wir aber die Besonderheit eben jener eigenartigen Koexistenz von Freiheit und Neuschöpfung in jedem Sprechakt und gleichzeitigen Determiniertheit durch die Sprache, in der jeweils kommuniziert wird. Nur weil in jedem Moment ein neuer Sprechakt mit einem gewissen Grad an Freiheit geschaffen wird, kann der oder die Sprechende jeder zu erfassenden Konstellation damit einigermaßen gerecht werden. Zugleich kann sie sich aber nur dem Anderen verständlich machen, weil sie sich innerhalb der jeweiligen Sprache bewegt und deren Regeln weitgehend akzeptiert.

Ähnlich verhält es sich auch im Prozeß der Produktion und Konsumtion von Gebrauchswerten. Der Produzent kann nicht einfach irgend etwas herstellen, wenn er will, daß es von anderen als Gebrauchswert erkannt und anerkannt, das heißt gekauft wird. Entscheidend ist dabei nicht einfach die biologische Fähigkeit des menschlichen Organismus, ein bestimmtes Produkt in irgendeiner Weise zu konsumieren. Hier liegt gerade der entscheidende Unterschied zwischen Mensch und Tier. Beim Menschen spielen bei der Unterscheidung zwischen nützlichem und nicht nützlichem Ding, also zwischen Gebrauchswert und Nicht-Gebrauchswert auch historische Faktoren in großem Maße mit. Darauf weist bereits Marx in der weiter oben bereits zitieren Passage hin: „(...) die mannigfachen Gebrauchsweisen der Dinge zu entdecken ist geschichtliche Tat."[13] In Echeverrías Weiterentwicklung von Marx' Gebrauchswerttheorie beinhaltet der Begriff der Geschichte auch die geographischen „Ungleichzeitigkeiten" (in dem Sinne, daß in die historischen Faktoren auch der Ort und nicht nur die Zeit eingehen).

Von großer Bedeutung bei dem Vergleich zwischen Reproduktionsprozeß und Kommunikationsprozeß ist, daß es in beiden die Instanzen gibt, die der Begründer der Semiotik als „Bezeichnetes" und „Bezeichnendes" unterscheidet, deren Einheit das Zeichen darstellt. Dabei stellt in der Sprache das erste den „Begriff" und das zweite das „akustische Bild" dar. Der reine Begriff enthält dabei aber genau so wenig wie das pure Bild, beide sind auf sich alleine gestellt verloren, oder um es genauer zu sagen, nicht vorstellbar. So weist zum Beispiel Saussure darauf hin, daß die Vorstellung eines reinen, bildlosen Begriffs den Gedanken beinhaltet, es gäbe Ideen, die vor ihrem sprachlichen Ausdruck bereits als ausgereifte existieren,[14] was er offensichtlich verwirft.

Bevor nun weiter in den Vergleich mit der Gebrauchswertproduktion eingestiegen werden kann, muß noch berücksichtigt werden, daß Echeverría, unter Bezugnahme auf Walter Benjamin, davon ausgeht, daß die Menschen sich nicht nur durch die Sprachen sondern in diesen ausdrücken und verständigen, was so zu verstehen ist, daß die Sprachen keine festen Systeme sind, die man schlicht als Mittel zur Kommunikation verwendet, sondern in jedem Kommunikationsakt neu geschaffen und dabei jeweils modifiziert werden.[15] Echeverría versteht diesen Benjaminschen Gedanken als einen, der



für alle Zeichensysteme gültig ist.[16] So wie aber in jedem Sprechakt oder Sprechen („parole“ bei Saussure) die Sprache („langue“ bei Saussure) insgesamt aufs Spiel gesetzt wird, so geschieht es auch in der Produktion und der Konsumtion von Gebrauchswerten.

Wie bereits dargelegt, faßt Echeverría die Einheit von Produktion und Konsumtion von Gebrauchswerten als das, was in der Semiotik als *langage*, als Sprachvermögen gefaßt wird, also die Fähigkeit, sich auf eine zwar nicht chaotische aber dennoch freie Weise zu verständigen. Frei nicht in dem Sinne, jederzeit einfach völlig neue Zeichen aus dem Nichts erfinden zu können, weil dann schließlich das Funktionieren des Zeichensystems in Frage gestellt wäre, aber dennoch so frei, sich nicht bloß wie Tiere aufgrund weitgehend biologisch (in den Instinkten) festgelegter Reiz- und Reaktionsformen zu verständigen.

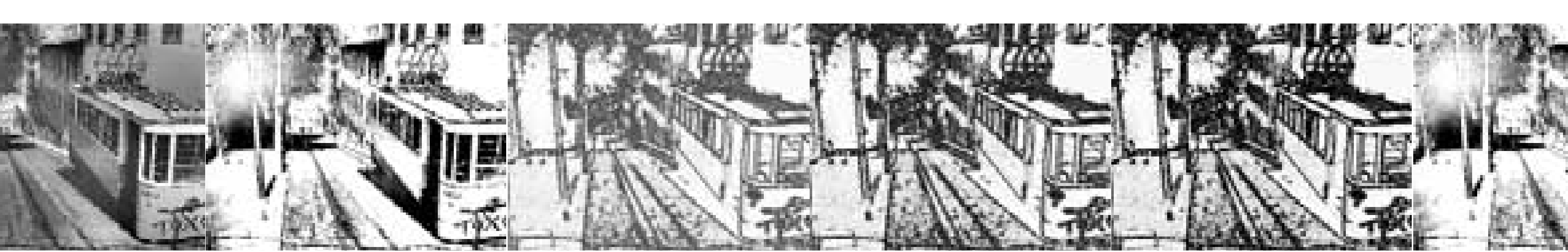
Saussure sagt dazu: *„Dann aber ist die Sprache nicht mehr frei, weil nun die Zeit die Moeglichkeit bietet, dass die auf die Sprache einwirkenden sozialen Kraefte auch Wirkungen hervorbringen, und so gelangt man zu der Grundtatsache der Fortdauer, welche die Freiheit aufhebt. Das Fortbestehen aber traegt notwendigerweise die Umgestaltung in sich, eine mehr oder weniger betraechtliche Verschiebung der Beziehungen.“* [17]

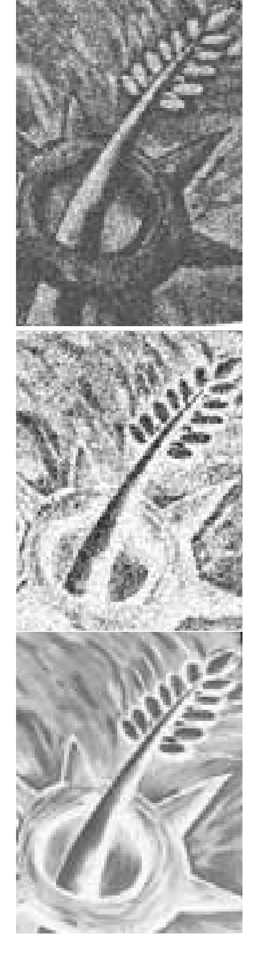
Das Moment der Unfreiheit, das Saussure besonders hervorhebt, gilt für die bestimmte Sprache, die *langue*, nicht aber für das Sprachvermögen insgesamt (langage, bzw. faculté du langage), was von großer Bedeutung für Echeverrías Überlegungen ist.

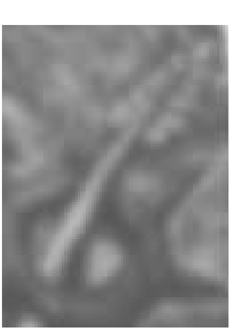
Im Akt der Produktion eines Gebrauchswerts findet also zugleich eine Zeichenproduktion statt und in seiner Konsumtion seine Interpretation. Es gibt auch hier ein bezeichnendes und ein bezeichnetes Element, die gemeinsam das Zeichen konstituieren. Echeverría läßt es den Leser, die Leserin nicht völlig eindeutig erkennen, was beim im Gebrauchswert enthaltenen Zeichen das Bezeichnende ist und was das Bezeichnete. Er bemerkt aber an einer Stelle, daß die Rohstoffe tendenziell näher am Bezeichneten sind und die verwendeten Arbeitsmittel näher am Bezeichnenden, ohne aber eine definitive Zuordnung zu vorzunehmen.[18] Es scheint, daß sowohl Rohmaterial als auch Arbeitsmittel beide Funktionen haben können, aber zweiteres bei der Zeichengebung eine hervorragende Stellung einnimmt:

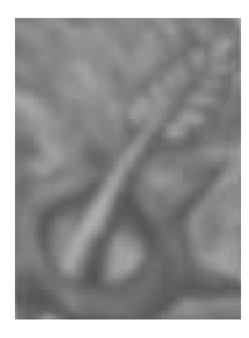
„Die entwickelteste Form des gesellschaftlichen Gegenstandes ist ohne Zweifel das Arbeitsmittel. Die beiden Pole, die jede gegenständliche Form bestimmen - der Formvorschlag für das Subjekt und dessen Bereitschaft, diesen sich anzueignen - befinden sich im Arbeitsmittel in einem Spannungszustand. Je nach Fall kann diese instabile Pattsituation ganz unterschiedlich entschieden werden. Das in der Werkzeugform als technischer Struktur eingeschriebene Vorhaben einer auf die Rohmaterialien gerichteten verändernden Tätigkeit erlaubt nicht nur - wie bei jedem gesellschaftlichem Gegenstand - sondern fordert, um wirksam zu sein, einen Willen zur verändernden Tätigkeit, der sich das Vorhaben zu eigen macht und es konkretisiert. Die allgemeine umformende Dynamik, welche das Arbeitsmittel in sich trägt, muß durch die Arbeit vollendet und hervorgehoben werden.“ [19]

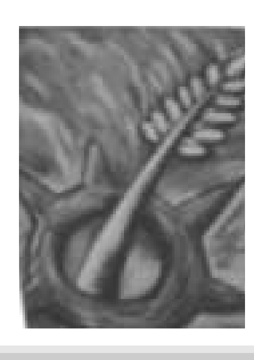
Die Arbeitsmittel (Werkzeuge) zeichnen sich aber dadurch aus, daß ihre Wirksamkeit sich in den meisten Fällen nicht in einem einzigen produktiven/konsumtiven Gesamtakt erschöpft, wie es bei den Gebrauchswerten der Fall ist, die unmittelbar als Lebensmittel konsumiert werden. Diese tendenzielle Dauerhaftigkeit des Arbeitsmittels bringt uns nun dem Geheimnis schon wesentlich näher, denn hier wird die Parallele zu anderen Zeichensystemen, die bisher vielleicht noch etwas im Dunkeln lag, schon klarer. So wie wir nicht durch die Sprache sprechen, sondern in ihr, so produzieren wir nicht bloß durch ein Arbeitsmittel sondern auch in ihm. Dieses ist einerseits in vielen Fällen dauerhafter Natur, andererseits jedoch (zumeist der Möglichkeit nach) ständiger Veränderung ausgesetzt. Damit ist nicht nur die Abnutzung desselben gemeint, sondern die immer wieder auftretende Notwendigkeit oder auch der auftretende Wunsch des Subjektes, es zu verändern. Demnach kann die Parallele zur Saussureschen Semiotik in der Weise weiter ausgeführt werden, daß jeder einzelne Akt einer Produktion (und auch einer Konsumtion) eines Gebrauchswertes eine *parole* ist, also ein Sprechen, die Gesamtheit aller dieser Akte in einer bestimmten Gesellschaft unter bestimmten Bedingungen und in einer bestimmten historischen Epoche aber kann als die *langue*, die Sprache angesehen werden.











Ungeklärt bliebt dabei jedoch bei Echeverría, ob es auch innerhalb einer Gesellschaft zum gleichen Zeitpunkt verschiedene Zeichensysteme geben kann. Echeverría spricht an anderer Stelle von einem „subjektiv-objektiven Wesen, das mit einer besonderen historisch-kulturellen Identität ausgestattet ist, (...) die historisch-konkrete Existenz der Produktiv- und Konsumtionskräfte, das heißt (...) die Substanz der Nation.“[20]

Hiermit könnten diejenigen Subsysteme einer Gesellschaft gemeint sein, in denen jeweils mehr oder minder einheitliche Zeichensysteme vorherrschen. Da uns dieser Begriff der „Substanz der Nation“, der an anderer Stelle auch in den der „natürlichen Nation“ übergeht, aber suspekt ist, wollen wir ihn an dieser Stelle ohne kritische Einführung nicht verwenden. Es zeichnet sich auch hier wieder ein Problem ab, das ganz allgemein mit der Theorie Echeverrías besteht: Zum einen ist sie geeignet, auf die inneren Differenzen einer Gesellschaft und letztlich auch des heute geradezu weltweit organisierten Gesellschaftssystems hinzuweisen und diese zum Gegenstand der Untersuchung zu machen, doch dies um den Preis, auf äußerst fragwürdige Begrifflichkeiten wie solche der „Substanz der Nation“ zurück zu kommen, die tendenziell hinter den allgemeinen Gesellschaftsbegriff zurückfallen.

Begriff des konkreten Universalismus

Was aber wird mit der Konfrontation der Produktion und des Konsums von Gebrauchswerten mit der Semiotik klar, was anders nicht erklärt werden könnte? Auf diese Frage gibt es unseres Ermessens zwei mögliche Antworten: Zum einen ist Echeverrías Rückgriff auf Begrifflichkeiten der Semiotik als polemischer zu verstehen. Indem die Produktion und Konsumtion von Gebrauchswert als grundlegendstes semiotisches System gefaßt wird, soll theoretischen Strömungen der Wind aus den Segeln genommen werden, welche die gesprochene Sprache umstandslos zum wichtigsten menschlichen Zeichensystem erklären. Es soll also die Semiotik aus ihrer Versklavung durch die Linguistik (als deren bloße Zulieferin), in die sie nach Saussure zum Teil verfallen ist, befreit werden, wie folgende Passage aus einem Interview mit Echeverría zeigt:

„(...) siehst Du es wie die ‘radikalen’ Diskurstheoretiker? Für sie ist das einzige, was existiert, der Diskurs. *„Nein, ganz im Gegenteil, es ist genau ein wenig gegen diese Tendenz, diejenige des radikalsten Strukturalismus, gerichtet. Gerade um diese, sagen wir, derartig radikale strukturalistische Tendenz zu bekämpfen, habe ich versucht, diese Verbindung herzustellen, also die Semiotik aus dem Strukturalismus auszugliedern und so weit wie möglich in den Begriffsapparat von Marx zu integrieren.“*[21]

Zum anderen gibt es folgende mögliche Antwort auf die formulierte Frage: Mit der Verbindung von Marxscher Theorie und Saussurescher Semiotik soll einer bestimmten Interpretation des Marxschen Werkes entgegengetreten werden. Nach dieser Interpretation ist das entscheidende an den Produktionsverhältnissen die Wertseite dieses Prozesses, von dieser aus läßt sich demnach alles andere erklären und bewerten, das heißt auch seine Gebrauchswertseite. Das hat zur Folge, daß diejenigen Gebrauchswerte, die im Rahmen einer Gesellschaft produziert werden, in der es einen besonders hohen Grad an Industrialisierung gibt, automatisch auch als „entwickeltere“ denn andere aufgefaßt werden. Da es aber zugleich ein Wissen darum gibt, daß die Gebrauchswerte mit der jeweiligen kulturellen Verfaßtheit eines Landes zusammenhängen, folgt letztlich daraus der Schluß, daß bestimmte Kulturformen nur deshalb „entwickelter“ sind als andere, weil sie sich in einer Gegend befinden, in der auch ein höherer Industrialisierungsgrad als in anderen Gegenden herrscht. Auch wenn es immer weniger Theorien gibt, die dies so offensiv vertreten, ist dies doch implizit das allgemein herrschende Denken, im Alltag wie in der Wissenschaft.

Ein Beispiel aus dem mexikanischen Alltag wäre die Vorliebe der städtischen Mittelklasse für Weißbrot, am besten abgepacktes Toastbrot („Pan Bimbo“). Aus ernährungsmedizinischer Sicht hat dieses einen unvergleichlich niedrigeren Gebrauchswert als die in der ärmeren Bevölkerung zum gleichen Zweck - als Beilage zum Mittagsmahl - üblichen Mais-Tortillas. Da aber das Weißbrot identifiziert wird mit einer Kultur, die zu dominanten geworden ist, weil sie einherging mit einer stärkeren Entwicklung der Produktivkräfte (und damit auch

der Waffentechnik) und deren Imperien damit in der Lage waren, mehr als einen Kontinent zu kontrollieren, geht die Mittelklasse davon aus, daß nichts vortrefflicher ist als Weißbrot. Daß die für die Vorliebe offen formulierten Gründe ganz andere sind ändert nichts an deren Hintergrund.[22]

Aber auch auf theoretischer und politischer Ebene ist genau der gleiche Mechanismus zu beobachten. Nachdem das Wort von der „unterentwkckelten Ländern" kritisiert wurde, werden sie eben „Entwicklungsländer"genannt, oder ganz schick „Schwellenländer". Klar ist jedoch immer, wohin die Fahrt geht, und was das Anzustrebende ist, welche Schwelle da schnellstmöglichst überschritten werden soll: die in die „erste Welt", was immer auch mit dort herrschenden kulturellen Formen konnotiert ist. Alle diese Vorstellungen sind keine typisch marxistischen, aber existieren auch in großem Maße innerhalb der marxistischen Diskussion. Auf diese - leicht versteckte - Art herrscht also die Vorstellung vor, früher oder später müßten alle Menschen so leben, wie es heute in Europa und den USA üblich ist; das sei die wahre „Entwicklung". Eine Fixierung auf die Wertseite der Produktion und Konsumtion, kombiniert mit einem naiven Progressismus bilden einen ideologischen Nährboden, in dem der Eurozentrismus blüht und gedeiht.

Auch sich noch so darüber erhaben fühlende politische Gruppierungen stecken oft bis zum Hals in diesen Vorstellungen, ohne es aber selbst zu bemerken. Offensichtlich wird es aber, wenn ihre Vertreter und Vertreterinnen in Länder der scheinbaren und wirklichen Peripherie kommen und dort sofort aufschreien, wenn in dortigen linken Organisationen etwas anders läuft als im Mutterland und sofort vermuten, daß der Diskussionsstand dort eben noch nicht so weit gediehen ist wie im Hort der Wahrheit - Europa. Umgekehrt gilt das gleiche z.B. in Lateinamerika, wo viele Linke sich nichts sehnlicher wünschen, als nach Europa zu fahren, um die dortigen Projekte, Theorien und Diskussionen etc. hautnah mitzubekommen. Zugleich versucht beispielsweise die mexikanische Linke, wie alle anderen dortigen politischen Strömungen auch, die ihnen politisch ähnlichen Tendenzen in Europa so perfekt wie möglich nachzuahmen, bestenfalls deren Projekte und Ideologien auf Mexiko „anzuwenden".

Die Gelassenheit, mit der Saussure dagegen die verschiedenen existierenden Sprachen nebeneinander stellt, ohne den Versuch der Hierarchisierung zu unternehmen, ist wohl das, was Echeverría an ihm gefällt. Das gleiche schwebt Echeverría für die Gebrauchswerte vor: eine Art der Analyse, die nicht sofort einige für höherwertiger als andere hält, nur weil sie im Rahmen einer weiter zugespitzten Form der Wertschöpfung entstanden sind. In diesem Zusammenhang geht es dann darum, auch die existierenden, regional unterschiedlichen Formen, den kapitalistischen Alltag zu leben und sich gedanklich darin zu bewegen, nicht-hierarchisierend zu untersuchen.

Die Anwendung der Saussureschen Semiotik auf die Gebrauchswerttheorie sieht dann folgendermaßen aus: Neben der *langue* (Sprache), also der Gesamtheit von vielen Produktionen und Konsumtionen des Gebrauchswerts in einer bestimmten historischen Konstellation, gibt es noch die *langage*, oder *faculté de langage*, das Sprachvermögen. Dies ist der springenden Punkt: Das spezifisch menschliche, wonach sich Echeverría mehrfach im Text *La „forma natural" de la reproducción social* fragt, ist nicht die *langue*, also eine bestimmte Sprache, sondern die *langage*, das Sprachvermögen überhaupt. Nicht eine spezifische Form von hergestellten und verwendeten Gebrauchswerten ist das, was den Menschen und seine Selbsterzeugung auszeichnet, sondern seine Fähigkeit, dies überhaupt zu tun.

Mit der Unterscheidung von Sprache und Sprachvermögen, angewandt auf die Sphäre der Reproduktion, kann nun nicht mehr so leicht von einer bestimmten Konstellation von Gebrauchswert auf eine „höhere" oder „niedrigere" Entwicklungsstufe geschlossen werden, so wie auch, wenn wir z.B. das Französische mit dem Deutschen vergleichen, vernünftigerweise nicht sagen können, das eine sei „höher" als das andere. Es werden also in Saussures Theorie Dinge thematisiert, die in den marxistischen Diskussionen weitgehend ausgespart bleiben. So redet der Schweizer Saussure mit einer kaum zu überbietenden Selbstverständlichkeit von „die Verschiedenheiten unter den Sprachen und schon das Vorhandensein verschiedener Sprachen".[23]

Es gibt für ihn nicht einmal den geringsten Platz für die Möglichkeit einer Diskussion darüber, ob eine Sprache höherwertig sei als die andere oder ähnliches. Diese Problem ist für ihn schlicht inexistent. Dies ist es vor allem, was uns die Semiotik und Linguistik Saussures lehren kann: Das Verbindende zwischen den Menschen ist nicht ihre gemeinsame Sprache, sondern das ihnen gemeinsame Sprachvermögen, oder um es besser zu sagen, ihre Fähigkeit zur Verständigung mittels Zeichen, wobei die Sprache nur eine von vielen Formen darstellt und die grundlegende diejenige der Produktion und des Konsums von Gebrauchswerten ist.

Echeverrías Interesse an der durch Saussure begründeten Semiotik kann damit folgendermaßen verstanden werden: Sie soll ihm als theoretisches

Hilfsmittel dienen, um den „falschen Universalismus", der nichts anderes ist als die Selbsterhebung einer der existierenden Partikularitäten zum „Allgemeinen" (z.B. der europäischen Kultur zur allgemein menschlichen) zu bekämpfen, ohne in Beliebigkeit zu verfallen. Es ist nicht einfach so, daß es „gar nichts Universelles" gibt, wie heute gerne behauptet wird, sondern es liegt durchaus ein universelles Moment vor, das die Menschen verbindet; aber es ist eines, das in sich verschiedenste Ausformungen zuläßt, also das Sprachvermögen im obigen weitesten Sinne mit der darin gegebenen (und realisierten) Möglichkeit zur Ausformung unterschiedlichster Zeichensysteme - mit anderen Worten: unterschiedlichster Arten, den Alltag zu organisieren, die Reproduktion mittels verschiedenartigster Gebrauchswerte zu sichern und so weiter.

An anderer Stelle, im jüngeren Text zu *La identidad evanescente* formuliert Echeverría einen ähnlichen Gedanken bezüglich der nicht-eurozentrischen Ansätze Wilhelm von Humboldts, dem Begründer der vergleichenden Sprachwissenschaft, in der Weise, daß es neben dem falschen, eurozentrischen, abstrakten Universalismus auch einen „konkreten Universalismus" geben kann, in dem die individuellen wie kollektiven Subjekte sich der Notwendigkeit des „Anderen", sowohl in sich selber als auch außerhalb, voll bewußt sind. Der „konkrete Universalismus einer zugleich einheitlichen und bedingungslos pluralen Menschheit",[24] der prinzipiell in der Moderne möglich ist, wird aber - durch die kapitalistische Art und Weise der bisherigen Ausformung der Moderne und der darin notwendigerweise produzierten „künstlichen Knappheit" - verunmöglicht. Dieser konkrete Universalismus ist in der europäischen Theoriegeschichte zwar schon angelegt, aber nur in der „selbstkritischen Dimension der europäischen Kultur".

Echeverría formuliert: „(...) die *Sprachphilosophie* Humboldts (...) suchte das allgemein-Menschliche mehr in der Fähigkeit selbst zur Symbolisierung oder 'Kodifizierung' (...) als in einem bestimmten Ergebnis von einer der besonderen Symbolisierungen".[25] An dieser Stelle wird die große Distanz zwischen Bolívar Echeverría und den Haupttendenzen der sogenannten postmodernen Theorien deutlich: Es geht ihm nicht um ein schlichtes Verwerfen des Universalismusbegriffes, sondern um eine Kritik des vorherrschenden falschen, abstrakten Universalismus, zugunsten eines „konkreten Universalismus", der von einer Gemeinsamkeit aller Menschen und damit Möglichkeit ihres Zusammenlebens ausgeht, bei gleichzeitiger Anerkennung der unterschiedlichen Kulturen und Lebensformen, ohne diese falsch (das heißt abstrakt) universalistisch zu hierarchisieren - im Sinne von mehr oder weniger entwickelten Formen einer menschlichen Allgemeinkultur, die selbstredend immer diejenige der Sieger ist.

Freilich könnte hier die Frage gestellt werden, warum Echeverría zur Kritik des falschen Universalismus (ohne in allgemeine Beliebigkeit zu verfallen) nicht Marx selbst heranzieht. Kann den eurozentrischen Interpretationen von Marxens Werk, sosehr sie auch innerhalb des Marxismus dominierend sind, nicht auch von Marx selbst her begegnet werden, wenn wir bedenken, daß seine Kritik der kapitalistischen Produktionsweise gerade auch eine Kritik der falschen Universalisierung ist, die diese zur Grundlage hat? Einerseits werden alle Menschen in der Gleichsetzung (zwecks freier Austauschbarkeit) ihrer Produkte selber gleichgesetzt, um dann doch dies zur Grundlage der größten Ungleichheit zu machen, derjenigen zwischen Eigentümern an Produktionsmitteln und denjenigen, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft.[26]

Das Problem ist hier folgendes: So sehr Marx der Eurozentrismus auch in der „bürgerlichen Dummheit" aufstößt, so sehr sind doch er und Engels selber nicht immer davon frei, wie z.B. in den erwähnten Vorstellungen, daß Ländern wie Mexiko nichts besseres geschehen könne, als von den USA besetzt zu werden, um endlich einer gewissen (und gemeint sein kann nur „allgemein menschlichen") Entwicklung teilhaftig werden zu können. Wie auch beim Problem des Antisemitismus liegt hier ein innerer Widerspruch in Marxens Werk vor. Von seiner Grundanlage her ist es gegenüber bürgerlich-abstrakten Gleichheitsvorstellungen äußerst kritisch, analysiert nicht nur die Verlogenheit, die sich in der bürgerlichen Gleichheitsideologie ausdrückt, sondern auch die Problematik der Gleichheitsvorstellung überhaupt (was sich auch in seinen wenigen Formulierungen zu Kommunismus ausdrückt, wo eine emanzipierte Gesellschaft gerade als die gedacht wird, wo jeder nach seinen Bedürfnissen empfängt und nach seinen Fähigkeiten gibt, womit





die Idee der menschlichen Gleichheit hinfällig wird). In seinen Einzeläußerungen tauchen aber doch immer wieder bürgerliche Denkreste, unter anderem eurozentrischer Couleur, auf.

Wie beim Antisemitismus ist auch hier beachtenswert, mit welcher Zielsicherheit gewisse Teile der Linken, insbesondere der dogmatischen, gerade die bürgerlichen Denkreste, die dem Marxschen Grundansatz ankleben, wie dem geschlüpften Küken die Eischalenreste, zusammengeklaubt haben, um ihr eigenes Denken damit „marxistisch" zu rechtfertigen. Marx war wohl doch für viele Marxisten eine Nummer zu groß, sein Denken zu radikal dem herrschenden entgegengesetzt, als daß man es nach der Lektüre eines vierzigseitigen Lehrbuchs schon hätte wirklich erfassen können, oder: war zu radikal, um außerhalb einer revolutionären Situation ohne weiteres einzuleuchten. Um aus dieser unguten Tradition auszubrechen, so unsere zweite Erklärung, versucht es Bolívar Echeverría mit der Hinzunahme anderer Theorien, zum Beispiel der Semiotik.

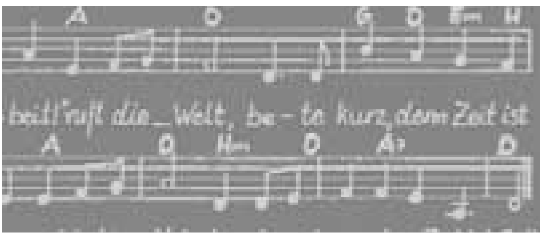
Kritik der realexistierenden Moderne und Kritik des realexistierenden postmodernen Denkens

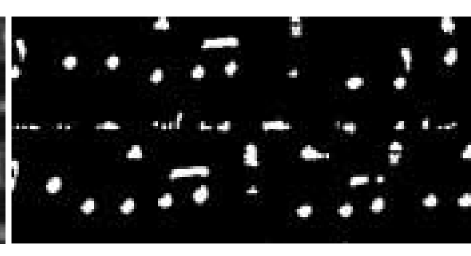
Echeverrías Distanz zur sogenannten Postmoderne besteht nicht nur darin, daß er den „konkreten Universalismus" im Unterschied zu dieser (begrifflich und letztlich auch praktisch) anstrebt, sondern auch in etwas anderem. Trotz des ersten Anscheins, den die Predigt vom Aufheben der Moderne und des damit einhergehenden Universalismus geben mag, alles sei nunmehr möglich - nichts mehr verboten, „anything goes", was einen großen Teil der Anziehungskraft dieser Tendenz ausmacht, meint Echeverría genau das Gegenteil darin zu erkennen. Da mit der Moderne auch ihre (selbst-) kritischen Aspekte, sosehr sie in dieser auch oft unterdrückt oder verschüttet gewesen sein mögen, verabschiedet werden, endet das „postmoderne Denken" in nichts besserem als dem uralten Eurozentrismus, was auch in gewisser Weise naheliegend ist, da diese bloß in der Theorie das nachredet, was in der Realität sich tagtäglich mehr oder minder gewaltsam durchsetzt: „Es könnte gesagt werden, daß auf den 'Niedergang der großen Erzählungen', in der Lyotard eine der prinzipiellen Charakteristiken dieser 'postmodernen Verfaßtheit [condición]' erblickte, der real existierende postmoderne Geist immer mehr mit einem (Rück-)Fall in die großen Vorurteile antwortet."[27] Kurz zuvor stellt Echeverría klar, an welches Vorurteil dabei insbesondere zu denken sei, dieses ist zugleich „einer der am meisten charakteristischen Züge der realexistierenden Moderne: ihr Eurozentrismus".[28]

Auch über den Eurozentrismus hinaus sieht Echeverría in der sogenannten Postmoderne alles andere sich anbahnen als die versprochene Aufhebung der „modernen", durch den „abstrakten Universalismus" gezeitigten Widrigkeiten. Vielmehr sieht er in der Postmoderne eine zunehmende Tendenz zu etwas, was nicht nach einer anzustrebenden Überwindung der Widersprüche der „realexistierenden Moderne" aussieht, sondern Echeverría gar zu einer vergleichenden Anspielung auf die dunkelste Institution anstachelt, die der Moderne immer als das genaue Gegenbild ihres eigenen lichterfüllten Projektes galt: die Heilige Inquisition. Entgegen allem Gerede von neuer Unübersichtlichkeit, stetig wachsender Pluralität etc. diagnostiziert er eine zutiefst dogmatische Neigung in der Postmoderne, die sich insbesondere auch gegen entscheidende Schriften zur Kritik der „realexistierenden Moderne" richtet:

„Welcher Widerspruch muß insbesondere in der modernen Epoche aufgelöst werden? Wovor muß man 'sich in Sicherheit bringen', gegen was muß man 'sich bewaffnen' in der Moderne? Es ist unmöglich, darauf eine Antwort zu versuchen, ohne eines der ersten Werke zu Rate zu ziehen, das diese Moderne kritisiert (auch wenn es an erster Stelle des postmodernen und neoliberalen Index librorum prohibitorum steht): Das Kapital von Marx."[29]

Zusammenfassend könnte Echeverrías theoretisches Projekt also in Abgrenzung zu postmodernen Ansätzen folgendermaßen formuliert werden: Es geht ihm um eine radikale Kritik der „realexistierenden Moderne", wie er sie offensichtlich in ironisierender Anspielung auf die Selbstbezeichnung des gesellschaftlichen Systems in der Sowjetunion und der von ihr abhängigen Staaten bezeichnet (deren gesellschaftliches System er als „Staatskapitalismus" faßt, der „nichts weiter war als eine brutale Karikatur des liberalen Kapitalismus")[30], eine Kritik die aber keine unbestimmte, abstrakte Negation, sondern eine konkrete Negation dieser realexistierenden Moderne ist. Dies ist nicht als Abflachung der



Kritik der herrschenden Moderne, sondern vielmehr als Radikalisierung derselben zu verstehen. Eine Überwindung der Fehler der herrschenden Moderne ist nur möglich nach genauer Analyse ihres Inhaltes. Diese Analyse führt Echeverría aber, wie hier kurz angedeutet, zu einem doppelten Ergebnis. Demnach sind die beiden grundsätzlichen Hauptfehler der herrschenden Moderne nicht allgemein ihr Universalismus, sondern es ist zum einen der ihre „europäischen“ Maßstäbe, Traditionen, Kulturen etc. abstrakt, das heißt falsch, universalisierende Eurozentrismus, zum anderen ist die abstrakte Universalisierung der gegenwärtigen Form gesellschaftlicher Reproduktion, also der kapitalistischen, als heute einzig denkbare ebenfalls falsch und daher zu überwinden.

Daß Echeverría diese Kritiken formuliert als solche an der herrschenden Moderne, ist aber mehr als ein bloßes Wiederholen bestimmter terminologischer Modeerscheinungen. Vielmehr geht es ihm darum, die tiefe Verflochtenheit bestimmter ökonomischer Strukturen mit kulturellen Prozessen unter die Lupe zu nehmen, um damit die Schwierigkeit eines Ausbruches aus dieser Moderne zu begreifen und zugleich Ansätze zu deren möglicher Überwindung zu suchen. Er will nicht in den Fehler verfallen, den er bei Lukács zu sehen meint: Aus dessen radikaler Analyse der Schwierigkeiten bei der Bewußtseinsbildung aufgrund tief sitzender Erkenntnisprobleme in den herrschenden Verhältnissen, resultiert demnach „theoretische Hoffnungslosigkeit“, die nur noch in messianischen Rettungsvisionen überwunden werden kann. Bei Lukács, den er wegen seiner radikalen Kritik am dogmatischen Marxismus schätzt, wird das Problem der „modernen Welt“ nach Echeverría folgendermaßen gefaßt und falsch zu lösen versucht:

„Die moderne Welt als Totalität, als gegenseitige Durchdringung der qualitativen oder konkreten Dynamik mit der quantitativen oder abstrakten Logik ist letztlich nicht zu durchschauen. Ihre Totalisierung könnte bloß punktuell und momenthaft sein: diejenige des Augenblicks der Revolution, diejenige der erlösenden Tat, in welcher der Proletarier, sich seine synthetisierende Tätigkeit wieder aneignend, die auf verdinglichte, abstrakte Art im Kapital fortexistierte, seine Fähigkeit zur konkreten Synthese aufs Neue wiedergewinnt.“[31]



Zum Terminus der „realexistierenden Moderne“

Echeverrías Ausdruck der „realexistierenden Moderne [modernidad realmente existente]“[32] spielt eine zentrale Rolle in seiner Theorie. Es existiert neben der erwähnten augenfälligen polemisch-ironisierenden Bedeutung, die eine Anspielung auf die Sowjetunion und deren gescheiterten „Realismus“ beinhaltet - womit das übriggebliebene gesellschaftliche System auf das mögliche eigene Scheitern hingewiesen werden soll - noch eine weitere.

Dieser zweite Sinn reicht tiefer und wird im Fortgang der Diskussion des theoretischen Ansatzes von Bolívar Echeverría an Bedeutung gewinnen. Auch er ist in der Konfrontation mit dem gescheiterten Versuch in den genannten Ländern zu begreifen. So wie der dortige „realexistierende Sozialismus“ von sich behauptete, die einzige mögliche Version einer sozialistischen Gesellschaft zu sein und davon sowohl die Mehrzahl der Anhänger als auch der Gegnerinnen überzeugen konnte, so behauptet auch die realexistierende Moderne, die einzig mögliche zu sein, und überzeugt ebenfalls ihre Freunde wie Kritikerinnen. War und ist es also die Aufgabe des undogmatischen Marxismus und der undogmatischen Linken, auf der Möglichkeit einer anderen sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft als derjenigen, die sich so im Brustton der Überzeugung „realexistierend“ nannte, hinzuweisen, so sieht es Echeverría als seine Aufgabe an, theoretisch die Möglichkeit und sogar - wenn auch unterdrückt, überlagert oder verdrängt - Wirklichkeit anderer Modernen aufzuzeigen. Die

„realexistierende Moderne" ist in seiner Perspektive nicht die einzige, die wirklich besteht, sondern diejenige, die dominiert und welche die Anwesenheit und Möglichkeit anderer Modernen nicht nur ungern sieht, sondern schlicht leugnet und in der Praxis zurückzudrängen versucht.

Im Falle des Realsozialismus ist es sogar so, daß er nicht nur nicht die einzige Version des Sozialismus, sondern eigentlich gar keine war. Wie bereits oben erwähnt, faßt Echeverría dieses vergangene gesellschaftliche System als „Staatskapitalismus". Wie immer man auch zu diesem Begriff stehen mag, bleibt klar, daß er es nicht als Sozialismus faßt. An anderer Stelle drückt er dies in einer Suggestivfrage folgendermaßen aus: „Oder bestand (...) der Realsozialismus in einer systematischen Repression derselben [der revolutionären (marxistischen) Version des Sozialismus] und bedeutet sein heutiges débâcle für diese eine Befreiung?"[33]

Insofern kann wohl Echeverrías Formulierung von der „realexistierenden Moderne" auch so interpretiert werden, daß der Ausdruck der „Realexistenz" nicht nur die Möglichkeit anderer Existenzformen verschleiern soll oder verschleiert, sondern die „Realexistenz" in Abgrenzung zur Wirklichkeit (im Hegelschen Sinne) zu verstehen ist. Oder anders gesagt: Könnte der Begriff der „Realexistenz" nur die momentane Erscheinungsform einer Sache beschreiben und nicht die in ihr enthaltenen Entwicklungsmöglichkeiten?

Für diese, weit über das explizit in den Texten unseres Autors hinausgehende Interpretation des Begriffs der real existierenden Moderne spricht der Umstand, daß er - wie oben dargestellt - als ein wichtiges Merkmal der heutigen, dominierenden Moderne deren falschen, abstrakten Universalismus erblickt und dagegen die Möglichkeit eines konkreten Universalismus setzt. Diese Begrifflichkeiten erinnern ebenso an Hegels Philosophie, in der gleichfalls die gegenwärtige Erscheinung einer Sache als abstrakt bleibend und dagegen ihre Wirklichkeit - im genannten Sinne - als konkret begriffen wird. Weiter spricht für diese „hegelianisierende Interpretation" von Echeverrías Begrifflichkeit folgender expliziter Bezug des ekuadorianisch-mexikanischen auf den schwäbisch-preußischen Philosophen: „(...) um wirklich eine zu sein, muß die Revolution, eine, wie Hegel es ausdrückte, 'bestimmte Negation' des Existierenden sein".[34]

Hier wird ganz offensichtlich, daß Echeverría den Anspruch hat, an die dialektische Methode Hegels anzuknüpfen, was unsere gegebene Deutung des Begriffs der Realexistenz bei Bolívar Echeverría als gegenständliche Erscheinung stützt. Die bestimmte Negation des abstrakten Universalismus ist dann in seiner Terminologie das Anstreben eines konkreten Universalismus, und die unbestimmte Negation ist das naive postmoderne Verwerfen allen Universalismus', mit der leichtgläubigen Vorstellung, damit das schwierige Problem der Versöhnung von Allgemeinem, Besonderem und Einzelnem auf immer gelöst zu haben.

Dies hat weitreichende Konsequenzen für die Moderne-Diskussion. Wird die „realexistierende Moderne" als bloße momentane Erscheinungsform der wirklichen Moderne gefaßt, dann heißt dies, daß diese in sich Entwicklungsmöglichkeiten trägt, die bis heute nicht genutzt wurden. Dabei ist aber nicht zu vergessen, daß wir hier versuchen, den dialektischen Gehalt in Echeverrías Denken herauszuarbeiten. Wenn ein Ausschöpfen der Entwicklungsmöglichkeiten der wirklichen Moderne theoretisch wie praktisch angestrebt wird, so bedeutet dies nicht, daß die heutige Moderne (oder wie Echeverría auch sagt, Modernen) ein „unvollendetes Projekt" ist (sind) und diese nur noch etwas weiter, Schritt für Schritt zu ihrer Vollendung getrieben werden muß (müssen). Es kann durchaus sein, daß der Übergang von der abstrakten Erscheinungsform einer Sache zu ihrer Verwirklichung im Hegelschen Sinne durch große Brüche hindurchgehen muß. Diese Brüche mögen sogar so groß sein, daß man sie, ohne zu übertreiben, als Revolution bezeichnen kann.

Aber, und das ist entscheidend für den Ansatz Bolívar Echeverrías, so tief diese Brüche auch sein mögen, so können sie doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen dem was vor und dem was nach ihnen liegt. Die abstrakte, „realexistierende" Moderne ist einerseits weit entfernt, durch einen tiefen, schier unüberwindbaren Abgrund geschieden von der konkreten, wirklichen Moderne (wo also die alten modernen Postulate verwirklicht sind) und zugleich ist sie der einzige handgreifliche Hinweis, die einzige materielle Basis, die es gibt für diese „wirkliche Moderne". So ist das Ende des gerade zitierten Satzes Echeverrías über Hegel (im Zusammenhang mit dem oben zitierten ersten Teil) zu verstehen: „(...) um wirklich eine zu sein, muß die Revolution, eine, wie Hegel es ausdrückte, 'bestimmte Negation' des Existierenden sein, *dem was sie negiert verpflichtet, von ihm abhängig im Hinblick auf ihren konkreten Veränderungsentwurf.*"[35]

Aus dem dialektischen Verhältnis der momentanen Erscheinungsformen der Moderne zu ihrer anzustrebenden, prinzipiell möglichen Wirklichkeit (im obigen Sinne), das nach dem Skizzierten - verkürzt gesagt - in der Einheit von Kontinuität und Bruch besteht, kann auch das widersprüchliche

Verhältnis von Reform und Revolution verstanden werden, womit wir endgültig von der ausholenden Interpretation[36] wieder auf den Boden des Originaltextes zurückkehren. An verschiedenen Stellen seines Gesamtwerkes macht Echeverría Bemerkungen zum Verhältnis von Reform und Revolution, die alle in die soeben skizzierte Richtung weisen und das Verständnis von Echeverrías Konzeption der realexistierenden und der anzustrebenden (wirklichen) Moderne und ihrem Verhältnis zueinander von dieser Blickrichtung her beleuchten können. So z.B. im zuletzt mehrfach zitierten Text *A la izquierda [An die Linke]*:

„Es ist richtig, daß es keine Kontinuität zwischen dem revolutionären Ausweg und der reformistischen Lösung gibt. Wie es Rosa Luxemburg beliebte, wiederholt zu sagen, ist die Revolution keine beschleunigte Zuspitzung von Reformen wie auch die Reform keine dosierte Revolution ist. (...) Aber trotz allem, auch wenn sie völlig unterschiedlich - sogar feindlich entgegengesetzt - sind, brauchen sich doch die revolutionäre und die reformistische Perspektive gegenseitig innerhalb des politischen Horizonts der Linken.“[37]

Im Text Postmoderne und Zynismus äußert sich Echeverría folgendermaßen zur gleichen Thematik:

„Wenn eine politische Theorie, die vom Begriff der ‘Verdinglichung’ ausgeht, akzeptiert, daß es die Möglichkeit einer Politik innerhalb der Entfremdung gibt, daß die Gesellschaft - auch wenn ihrer möglichen Souveränität beraubt - weder politisch demobilisiert oder gelähmt noch dazu verurteilt ist, den messianischen Moment zu erwarten, in dem ihr ihre Freiheit zurückgegeben wird, so besteht das Problem darin, die Kontaktpunkte zu bestimmen, an denen sich die reformistische Suche nach einem demokratischen Spiel, das sich für die Verwandlung der Interessen der Bevölkerung in den Willen der Staatsbürger eignet, berührt mit der revolutionären Suche nach einer substantiellen Erweiterung der Skala, innerhalb derer die Gesellschaft fähig ist, Entscheidungen über ihre eigene Geschichte zu treffen.“[38]

Dem geneigten Leser, der geneigten Leserin mögen diese Ausführungen etwas reformistisch erscheinen, jedoch sind sie im gegenwärtigen mexikanischen Kontext eher das Gegenteil und sind durch den Aufstand der Zapatisten, der zu einem nicht unwichtigen Teil deshalb die völlige militärische Gewalt der mexikanischen Bundesarmee im Moment nicht zu spüren bekommt, weil reformistische Kräfte mit den ihnen eigenen Methoden dagegen protestieren und vorgehen, - zumindest aus jetziger Sicht - bestätigt worden. Allerdings muß hier angefügt werden, daß der Umstand, daß Echeverrías politische Positionen, die sich mit dem theoretischen Werk durchaus in einem kongruenten Verhältnis befinden, im gegenwärtigen Kontext des Landes, in dem sie entwickelt werden, zu den kritischsten gehören, die es gibt, noch nicht unbedingt bedeuten muß, daß seine Theorie auch über jeder weitergehenden Kritik steht. Eine solche Sichtweise seines theoretischen Werkes dürfte auch dem Autor selbst nicht gefallen,[39] da er doch immer wieder auf die Notwendigkeit kritischen Denkens hinweist.

Die realexistierenden Modernen als Grundlage der wirklichen, der nicht-kapitalistischen

Versuchen wir nunmehr den Kreis zu schließen. Wie gezeigt wurde, sind die realexistierenden Modernen notwendigerweise die Grundlage für eine andere, nicht-kapitalistische Moderne. Um also die erwähnte notwendige bestimmte Negation der kapitalistischen Moderne oder Modernen auf theoretischem Gebiet voranzutreiben, bedarf es einer genauer Analyse dieser bestehenden Modernen mit dem Versuch, dabei ein Auge auf das zu werfen, was auf keinen Fall in eine nicht-kapitalistische Moderne mit hinüber gerettet werden soll und das, was erste Anknüpfungspunkte für diese andere, wirkliche, konkrete Moderne sein könnten. Dieser letzte Punkt ist nicht als philosophische Spekulation zu verstehen, sondern als materialistische Suche nach Elementen, die in der kapitalistischen Moderne existieren, obwohl sie nicht ganz in deren destruktive Haupttendenz passen. Der konkreten Suche nach diesen Elementen geht bei Echeverría die Entwicklung einer Methode zu ihrer Suche voran.

Diese Methode findet sich in dem beschriebenen Versuch, die Marxsche Analyse der kapitalistischen Reproduktion durch Erkenntnisse der Semiotik zu bereichern. Über diese Methode kommt Echeverría sodann zu der Analyse der verschiedenen gegenwärtigen kapitalistischen Modernen, die trotz des „Alleinvertretungsanspruchs“ für „das Moderne“ seitens einer ihrer Varianten mit ihr koexistieren. Zu diesem Zwecke führt er den Begriff des *modernen Ethos* oder genauer gesagt der *modernen Ethen* ein. (Auf welche ich aus Platzgründen hier nicht näher eingehen kann.)

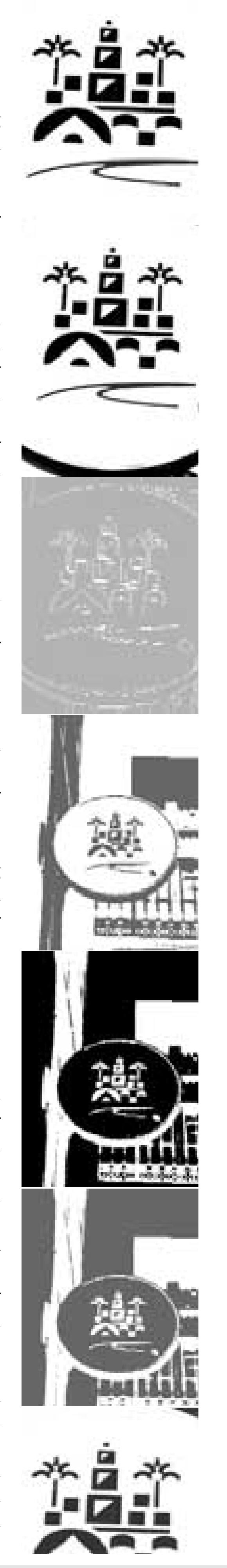
An dieser Stelle ist nochmals auf die Verbindung von Echeverría und Hegel einzugehen, wobei auch Walter Benjamin ins Spiel kommt, um endgültig klar zu machen, daß diese Verbindung vor allem im kritischen Impuls präsent ist, der sich bei Echeverría unter anderem gegen das positivistische Element stellt, welches im Eurozentrismus jeder politischer Couleur enthalten ist. Das nach Echeverría dominierende Ethos ist das „realistische“. Diese Bezeichnung hat etwas äußerst ironisch-polemisches und

erinnert somit nicht ohne Grund an den diskutierten Terminus der „realexistierenden Moderne". Echeverría geht es bei seiner Kritik dieses dominierenden Ethos zugleich um die oben angedeutete einer angsterstarrten Fixierung auf das „Faktische", das naiv gleichgesetzt wird mit dem „einzig Wirklichen", im Sinne von „einzig wirklich Möglichen". Es geht ihm darum, „den Respekt vor dem Faktischen zu verlieren", wobei immer bedacht werden muß, das Echeverría mit dem „Faktischen" die kapitalistische Moderne meint, mit dem Eurozentrismus als einem Hauptgesichtszug. Dieser Eurozentrismus ist nicht nur zu verwerfen, weil er in Vergangenheit und Gegenwart untrennbar mit unsäglichem Leid in den sogenannten unterentwickelten Ländern einher ging und geht, sondern auch, weil er den Zugriff auf mögliche Hinweise auf andere Formen, die Moderne zu gestalten, verstellt. Um diese anderen Möglichkeiten, die in versteckten „Narben" der Geschichte bei ganz genauem Hinsehen oder Betasten wahrgenommen werden können, trotz der vorherrschenden eilfertigen ethnozentristischen Ignoranz nicht völlig zu übergehen, ist es notwendig, „den Rücken der historische Kontinuität (...) gegen den Strich" zu betasten oder zu betrachten, wie es Echeverría offensichtlich in Anspielung auf die oben erwähnte Formulierung Walter Benjamins ausdrückt.

„Der Rücken der historischen Kontinuität bietet dem Tastsinn und dem Blick eine tadellose Linie; aber er verbirgt Narben, Reste von verstümmelten Gliedmaßen und sogar noch blutende Wunden, die sich nur zeigen, wenn die Hand oder der Blick, die über ihn fahren, dies gegen den Strich tun. Es ist daher angeraten, den Respekt vor dem Faktischen zu verlieren; an derjenigen Rationalität zu zweifeln, die sich vor der 'realexistierenden Welt', nicht nur als der besten (angesichts ihrer Realität), sondern auch als der einzigen möglichen Welt, verbeugt, und in eine andere, eine weniger 'realistische' und offiziöse, die nicht mit der Freiheit in Zwietracht steht, zu vertrauen. Es ist angebracht aufzuzeigen, daß dasjenige, was ist, nicht mehr 'Existenzrecht' hat als dasjenige, was noch nicht war, aber sein könnte; daß im Untergrund des etablierten Projekts der Moderne die Möglichkeiten für ein alternatives (...) Projekt noch nicht versiegt sind." [40]

Die Methode aber, um diese „im Untergrund des etablierten Projekts der Moderne" verborgenen „Möglichkeiten für ein alternatives (...) Projekt", eine andere, nicht-kapitalistische Moderne zu entdecken, ist genau diejenige der zuvor beschriebenen vergleichenden Untersuchung von Gebrauchswert und Zeichen. Zu diesem Thema ist nochmals festzuhalten, daß durch die Einführung der semiotischen Methode in Gebiete, die gewöhnlich der Ökonomie oder den Gesellschaftswissenschaften vorbehalten sind, Echeverría es mitnichten darum geht, die Bedeutung der Sprache zu überhöhen, sondern vielmehr, das gesamte gesellschaftliche Leben als ein durch eine komplexe Verbindung verschiedener Zeichensysteme mit ermöglichtes zu begreifen, wobei das grundlegende, oder wie Marx sagen würde, die Basis, das Zeichensystem ist, das in der Produktion und Konsumtion von Gebrauchswerten, der Naturalform der gesellschaftlichen Reproduktion seinen Ort hat. Diese Zeichensysteme sind untereinander höchst unterschiedlich, doch zugleich sind zwischen ihnen keine unüberwindbaren Grenzen gesetzt, und es gibt auch keinerlei Grund, auf eine vorgebliche „Reinheit" derselben bedacht zu sein. Im Gegenteil, es ist vielmehr die gemeinsame Fähigkeit aller Menschen zur Zeichengebung (bzw. zur Entwicklung von Zeichensystemen oder Sprachen, *langues*), das Sprachvermögen im weiten Sinne Saussures, die *langage*, die prinzipiell eine Verständigung unter allen möglich macht und eine Verbindung, Kombination, Vermischung und gegenseitige Bereicherung u.s.w. der verschiedenen Zeichensysteme - und das heißt für Echeverría letztlich: materielle Kulturen - untereinander ermöglicht.

Echeverría nennt einen bestimmten Teilaspekt dieser Zeichensysteme, welcher die Alltagsorganisation und Reproduktion überhaupt erst ermöglicht, „Ethos". In seiner Theorie wird diese Suche nach den „verborgenen Möglichkeiten" darauf stoßen, daß eines der vier von Echeverría ausgemachten „Ethen" der kapitalistischen Moderne, und zwar das in Lateinamerika vorhandene „barocke Ethos", sich unter anderem dadurch positiv von den anderen abhebt, daß die gegenseitige Bereicherung von solchen gesellschaftlichen Zeichensystemen (bei denen wie gesagt ein Hauptaspekt die Gebrauchswertproduktion und -konsumtion ist) mit ihm in besonders hohem Maße historisch verbunden ist. Bei der Diskussion



dieses „barocken Ethos" sollte dann endgültig klar werden, warum Echeverría sich um die Verbindung von Marx und Semiotik bemüht.

Diese Verbindung, dies sollte hier zum Schluß deutlich geworden sein, ist notwendig, um die Begrenztheiten, die Echeverría im Marxschen Begriff des Gebrauchswertes ausgemacht hat, zu überwinden, oder zumindest um dies zu versuchen - nicht, um noch einen Begriff mehr in die akademische Diskussion zu werfen, sondern um Marx ein für alle Mal einem der dunkelsten Aspekte der bisherigen Moderne zu entreißen und ihm zugleich entgegenzuschleudern: ihrem Eurozentrismus.

Kontakt: **Prof. Dr. Stefan Gandler**, Ordentl. Univ. Professor an der Autonomen Universität Querétaro (Mexiko), Universidad Autónoma de Querétaro, Facultad de Ciencias Políticas y Sociales, Cerro de las campanas s/n, 76010 Querétaro, Qro., Mexiko, Tel:+52-442-2154320, Fax:+52-442-2167526,

Anmerkungen:

1 Echeverría stützt sich auf folgende Texte: Roman Jakobson, Closing statement. Linguistics and Poetics, in: Style and language. New York: Wiley, 1960. S. 353ff.; ders., Two Aspects of Languages and Two Types of Aphasic Disturbances, in: ders., Selected Writings, II: World and Language, 's-Gravenhage, 1971, S. 243 und: Louis Hjelmslev, La stratification du langage, in: ders., Essais linguistiques, Paris 1971, S.55. (Vgl. Bolívar Echeverría, La „forma natural" de la reproducción social. In: Cuadernos Políticos, México, D.F.,0 Juli - Dez. 1984, Nr. 41, S. 33-46, hier: S. 40-42.)

2 Interview des Verfassers mit Bolívar Echeverría, 11. September 1996, Mexiko-Stadt.

3 Bolívar Echeverría, La „forma natural" de la reproducción social, a.a.O. S. 45. Echeverría bezieht sich hier auf Nikolaj S. Trubetzkoy, Principes de Phonologie, Paris: Klincksieck, 1970. S. 38.

4 „La linguistique n'est qu'une partie de cette science générale, les lois que découvrira la sémiologie seront applicables à la linguistique, et celle-ci se trouvera ainsi rattachée à un domaine bien défini dans l'ensemble des faits humains." (Saussure, Ferdinand de, Cours de linguistique générale. Paris: Payot, 1979, S. 33.)

5 Vgl.: „Pour nous (...), le problème linguistique est avant tout sémiologique, et tous nos développements empruntent leur signification à ce fait important. Si l'on veut découvrir la véritable nature de la langue, il faut la prendre d'abord dans que ce qu'elle a de commun avec tous les autres systèmes du même ordre." (Ebd. 34f.)

6 „On peut donc concevoir une science qui étudie la vie des signes au sein de la vie sociale; elle formerait une partie de la psychologie sociale, et par conséquent de la psychologie générale; nous la nommerons sémiologie (du grec semeion, 'signe')." (Ebd. S. 33.)

7 Ferdinand de Saussure, Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft. Berlin : Walter de Gruyter, 1967, § 2. Orig.: „On peut donc dire que les signes entièrement arbitraires réalisent mieux que les autres l'idéal du procédé sémiologique; c'est pourquoi la langue, le plus complexe et le plus répandu des systèmes d'expression, est aussi le plus caractéristique de tous; en ce sens la linguistique peut devenir le patron général de toute sémiologie, bien que la langue ne soit qu'un système particulier." (Saussure, Cours de linguistique générale, a.a.O. S. 101.)

8 Karl Marx, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: Karl Marx, Friedrich Engels. Werke. Band 13. Berlin (DDR): Dietz, 1985. S. 615-642, hier: S. 636.

9 Bolívar Echeverría, La „forma natural" de la reproducción social, a.a.O. S. 42. Echeverría weist an dieser Stelle auf folgende Schrift hin: A. Leroi-Gourhan, Le geste et la parole, I: Technique et langage, Paris: A. Michel, 1964. S. 163.

10 Bolívar Echeverría, La „forma natural" de la reproducción social, a.a.O. S. 34, Note 4. Der zitierte Satz geht weiter: „(eine Gleichsetzung, S.G.) welche K. Korsch 1950 (...) dazu brachte, das Thema der Ungeeignetheit des marxistischen Diskurses für die Erfordernisse der neuen historischen Gestalt der Revolution in Bezug auf die zweite Hälfte des Jahrhunderts neu aufzuwerfen, ein Thema, das in den siebziger Jahren vulgarisiert wurde." (Ebd. Echeverría bezieht sich hier auf folgenden Text von Karl Korsch: 10 Thesen über Marxismus heute, in: Alternative, Nr.41, Berlin (West) 1965.)

11 Hierin unterscheidet sich Echeverría - trotz aller Parallelen - von den Autoren des westlichen Marxismus und der diesen aufgreifenden Frankfurter Schule. So wird zum Beispiel in der Kritik und Analyse der Dialektik der Aufklärung zwar erwähnt, daß darin in der Hauptsache die „europäische Zivilisation" Gegenstand der Untersuchung ist, doch wird deren ethnozentristischer Charakter nicht thematisiert. (Vgl. Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, in: Max Horkheimer: Gesammelte Schriften, hrsg. von Alfred Schmidt und Gunzelin Schmid Noerr, Bd. 5: Dialektik der Aufklärung und Schriften 1940-1950, hrsg. von Gunzelin Schmid Noerr, Frankfurt am Main: Fischer, 1987, S. 35.)

12 Bolívar Echeverría, La „forma natural" de la reproducción social, a.a.O. S. 35, Note 4.

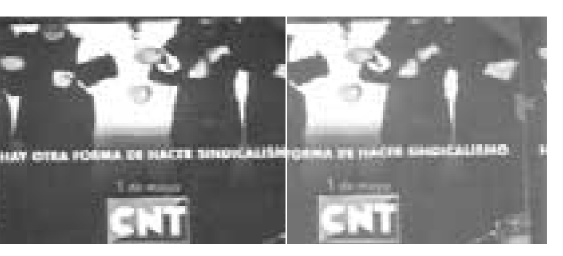
13 Karl Marx, Das Kapital, Bd.I, a.a.O. S. 49f.

14 Bolívar Echeverría, La „forma natural" de la reproducción social, a.a.O. S. 97.

15 Echeverría bezieht sich hier auf folgenden Text Walter Benjamins: Über Sprache überhaupt und über die Sprache des Menschen, in: ders., Angelus Novus. Ausgewählte Schriften 2, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1966. S. 9-26, hier: S. 10 f. (Vgl.: Bolívar Echeverría, La „forma natural" de la reproducción social, a.a.O. S. 44, Note 31.)

16 Bolívar Echeverría, La „forma natural" de la reproducción social, a.a.O. S. 44. Vgl. auch: Bolívar Echeverría, La identidad evanescente, in: ders., Las ilusiones de la modernidad, México, D.F.: UNAM und Ed. El Equilibrista, 1995, S. 55-74, insb. S. 60.)

17 Saussure, Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft, a.a.O., § 2.3. Orig : „Dès lors la langue n'est pas libre, parce que le temps permettra aux forces sociales s'exerçant sur elle de développer leurs effets, et on arrive au principe de continuité, qui annule la liberté. Mais la continuité implique nécessairement l'altération, le déplace-







ment plus ou moins considérable des rapports." (Saussure, Cours de linguistique générale, a.a.O. S. 113.)

18 Vgl.: „Von den Mitteln, die in die produktive Konsumtion eingehen, gibt es einige, die dieser ausschließlich einen Formgebungshinweis angedeihen lassen: die Rohmaterialien oder Arbeitsgegenstände; es gibt dagegen andere, die der Arbeit selbst eine Vielzahl von Formgebungsmöglichkeiten darbieten, unter denen diese aussuchen kann um die Rohmaterialien zu verändern: die Werkzeuge. (Bolívar Echeverría, La „forma natural" de la reproducción social, a.a.O. S. 40f., Hervorhebung S.G.)

19 Ebd. S. 41. Echeverría bezieht sich hier auf folgende Passage „Die lebendige Arbeit muß diese ergreifen, sie von den Toten erwecken sie aus nur möglichen in wirkliche und wirkende Gebrauchswerte verwandeln." (Karl Marx, Das Kapital, Bd.I, a.a.O. S. 198.)

20 Bolívar Echeverría, El problema de la nación desde la „Crítica de la economía política", in: ders., El discurso crítico de Marx, . México, D.F.: Era, 1986, S. 179-195, hier: S. 192f.

21 Interview des Verfassers mit Bolívar Echeverría, 11. September 1996, Mexiko-Stadt.

22 „Das Weißbrot schmeckt eben besser", heißt es, was auch irgendwie stimmt, vieles schmeckt besser in der Nähe der Herrschenden.

23 Saussure, Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft, a.a.O., § 2. Orig. : „les différences entre les langues et l'existence même de langues différentes". (Ferdinand de Saussure, Cours de linguistique générale, a.a.O. S. 100.)

24 Bolívar Echeverría, La identidad evanescente, a.a.O. S. 59.

25 Bolívar Echeverría, La identidad evanescente, a.a.O. S. 57.

26 Vgl.: „Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehn; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedne Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer bestimmten Seite faßt, z.B. im gegebnen Fall sie nur als Arbeiter betrachtet und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht. (...) Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!" (Karl Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: Karl Marx, Friedrich Engels. Werke, Band 19, Berlin (DDR): Dietz, 1969. S. 15-32.)

27 Bolívar Echeverría, La identidad evanescente, a.a.O. S. 63.

28 Ebd. S.62. Siehe: „Die Postmoderne ist über die Unmöglichkeit gestolpert, einen der charakteristischsten Züge der realexistierenden Moderne in Frage zu stellen: ihren Eurozentrismus - und die dadurch verursachte Kraftanstrengung erschöpft die Postmoderne und macht sie liederlich." (Ebd.)

29 Bolívar Echeverría, El Ethos Barroco, in: ders. (Hrsg.), Modernidad, mestizaje cultural, ethos barroco. México, D.F. UNAM und El Equilibrista, 1994, S. 13-36, hier: S. 18. Hervorhebungen nach Originaltext.

30 Ebd. S.16. Die Frage, ob der Begriff des „Staatskapitalismus" nicht eine „contradictio in adjecto" ist, wie es beispielsweise Franz Neumann im Rahmen von Diskussionen um den Nationalsozialismus darlegt, ist bei anderer Gelegenheit zu thematisieren. „Der Begriff des Staatskapitalismus selbst ist eine contradictio in adjecto" sagt Neumann und fährt Rudolf Hilferding zitierend fort: „'Der Begriff des Staatskapitalismus ist unter ökonomischen Gesichtspunkt zur Analyse ungeeignet. Wenn der Staat einmal zum einzigen Eigentümer der Produktionsmittel wurde, kann eine kapitalistische Ökonomie nicht mehr funktionieren, da gerade der Mechanismus beseitigt wurde, der den ökonomischen Zirkulationsprozeß aufrecht erhält.' Ein solcher Staat ist deshalb nicht mehr kapitalistisch. Er mag als Sklavenstaat, als Diktatur der Manager, oder als das System des bürokratischen Kollektivismus bezeichnet werden - das heißt, er muß mit politischen, nicht aber mit ökonomischen Kategorien beschrieben werden." (Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Übers. Hedda Wagner und Gert Schäfer, Frankfurt am Main: Fischer, 1988. (Deutsche Erstauflage Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, 1977. Titel des us-amerikanischen Originals: Behemoth. New York 1942, erweiterte Fassung 1944.) S. 274f. Neumann zitiert hier Hilferding nach: Dwight Macdonald, The End of Capitalism in Germany, in: Partisan review, Mai - Juni 1941, S. 198-220, hier: S. 213.)

31 Bolívar Echeverría, Lukács y la revolución como salvación, In: ders., Las ilusiones de la modernidad, a.a.O. S. 97-110, hier: S. 109. Eine frühere Version dieses Textes hielt Echeverría auf einem internationalen Lukács-Symposium in Mexiko Stadt, der in einer Sammlung der Vorträge der Veranstaltung veröffentlicht wurde: El concepto de fetichismo en Marx y Lukács. In: Gabriela Borja Sarmiento (Hrsg.): Memoria del Simposio internacional György Lukács y su época. México, D.F.: Universidad Autónoma Metropolitana - Xochimilco, Departamento de Política y Cultura, 1988, S. 209-222. Auf Lukács' Interpretation des Marxschen Fetischbegriffs und Echeverrías Kritik an Lukács kann ich aus Platzgründen hier nicht eingehen.

32 Bolívar Echeverría, La identidad evanescente, a.a.O. S. 62, und: ders., Modernidad y capitalismo, in: ders., Las ilusiones de la modernidad, a.a.O. S. 143. Daneben spricht Echeverría des öfteren im Zusammenhang mit der kapitalistischen Moderne von „der 'realexistierenden' Welt [el mundo 'realmente existente']" (ebd. S.144 und S.164). An anderer Stelle spricht Echeverría vom „espíritu postmoderno realmente existente", dem „real existierenden postmodernen Geist" (ders., La identidad evanescente, a.a.O. S. 63).

33 Bolívar Echeverría, A la izquierda, in: ders., Las ilusiones de la modernidad, a.a.O. S. 25-37, hier: S. 35.

34 Bolívar Echeverría, A la izquierda, a.a.O. S. 37. Auch im diskutierten Text La „forma natural" de la reproducción social macht Bolívar Echeverría eine affirmative Bezugnahme auf: Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften, Zweiter Teil, Die Naturphilosophie. Auf Grundlage der Werke von 1832-1845 neu editierte Ausgabe. Redaktion Eva Moldenhauer und Karl Markus Michel. Band 9 der Werke in 20 Bänden. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1986, §§ 255-259, S. 44-55. (Bolívar Echeverría, La „forma natural" de la reproducción social, a.a.O. S. 35, Note 6.) Eines der wenigen Marx-Zitate, das Echeverría in diesen Text integriert, verweist durch die synonyme Verwendung der Ausdrücke „wirklich" und „wirkend" auf Hegels Wirklichkeitsbegriff.

35 Bolívar Echeverría, A la izquierda, a.a.O. S. 37, Hervorhebung S.G.

36 Die Notwendigkeit solch „ausholender" Interpretationen ist dem Umstand geschuldet, daß Echeverrías Werk auf den ersten Blick bisweilen etwas dunkel bleibt und einer weitreichenden Interpretation bedarf, um greifbar zu werden.

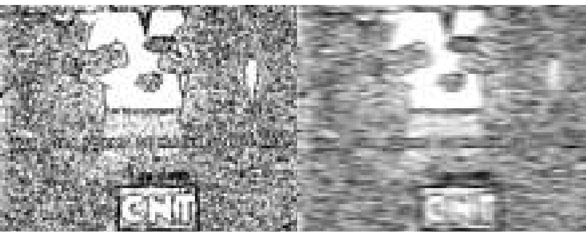
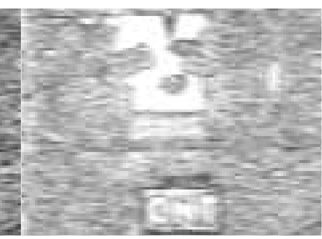
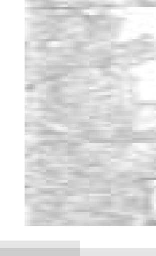
37 Ebd. S. 36.

38 Bolívar Echeverría, Postmoderne und Zynismus, Übers. Stefan Gandler. In: Die Beute. Politik und Verbrechen. Berlin, Herbst 1996, Nr. 11, S. 80-94, hier: S. 94.

39 Echeverría berichtete in Gesprächen mit dem Verfasser, wie sehr es ihn abstieß, als eine bestimmte Gruppe an der Universidad Nacional Autónoma de México versuchte, ihn zu ihrem theoretischen „Guru" zu machen.

40 Bolívar Echeverría, Modernidad y capitalismo, a.a.O. S. 143f.



Johanna Klages
Symbolik der Neuen Ökonomie oder wie staatliche Politik neoliberalisiert wird

Soziale Realität kann nur interpretiert oder gedeutet wahrgenommen werden, sie stellt sich uns nicht „an sich“ dar. Entscheidend ist, welche politischen Kräfte die Interpretations- und Definitionsmacht besitzen, die menschlichen Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata beeinflussen und beherrschen zu können. Die Menschen bilden entsprechend den gesellschaftlichen Strukturen, in die sie eingebunden sind, in ihrem *Habitus* (Bourdieu) *Wahrnehmungs-, Bewertungsschemata* aus, die es ihnen ermöglich, sich in der sozialen Welt zurechtzufinden und zu handeln. Gleichzeitig produzieren und reproduzieren sie gesellschaftliche Strukturen und Verhältnisse.

Obwohl wir davon ausgehen müssen, dass die Habitusstrukturen eines Individuums und somit seine Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata je nach biographischem Kontext relativ verschieden sind, überwiegt die gemeinsame „Sichtweise“ auf die soziale Welt. Gemeinsames besteht nicht nur aus Tradition und Geschichte. Wir sollten auch die jeweils aktuelle gesellschaftliche Deutungsmacht eines herrschenden Diskurses nicht unterschätzen: In der Regel gelingt es ihm, eine Kongruenz zwischen herrschender und individueller Interpretation sozialer Verhältnisses herzustellen. Wie anders ließe sich Akzeptanz von nicht zu akzeptierenden Verhältnissen erklären? Im Folgenden möchte ich versuchen, anhand der spezifischen Symbolik des neoliberalistischen Diskurses auf einige Mechanismen seines Erfolgs aufmerksam zu machen.

Seine wirkungsvollste Performanz[1] verdankt das Symbol „neu“ dem Diskurs *New Economy*. Im Gegensatz dazu wurde „alt“ verteufelt, egal was und wen das Adjektiv etikettierte. Auch Bewährtes, einmal in den Sog dieses Gegensatzpaares „neu“ - „alt“ geraten, erhielt allein dadurch eine negative Konnotation. Der Diskurs *New Economy* ist/war einer der am weitesten reichenden und gelungensten Umdeutungsversuche der symbolischen Ordnung in der jüngsten Geschichte, und zwar weit über die „Grenzen“ des ökonomischen Feldes hinaus.

Zu kurz gegriffen wäre es, würden wir unseren Blick nur auf Produkte neuer Informationstechnologien oder lediglich auf spektakuläre Erscheinungen wie Start-ups richten, wie der Feuilletonismus dies zu tun beliebt. Mit Umdeutungen ist es gelungen, grundlegende *Neuerungen* im ökonomischen Feld zu installieren. *Neue* neoliberale Reglements haben sich in weiten Bereichen bereits durchgesetzt. Sie sind Resultat neuer Macht- und Konkurrenzbeziehungen im ökonomischen Feld. Wir sollten uns erinnern, dass der Neoliberalismus bereits in den 70er Jahren zum Kampf gegen des Keynesianismus auf den Plan getreten ist. Deficitspending staatlicherseits geriet zur absoluten Todsünde und wurde für alles verantwortlich gemacht, für Krise, Inflation oder (erstmals auftretende) Dauerarbeitslosigkeit, die vor allem mit den Zechenschließungen im Bergbau begann und blieb. Gefeiert - und nicht etwa kritisiert - wurden Thatcherismus und Reaganomics.

Seit den 90er Jahren ist zu beobachten, wie sich die Finanzmärkte als ökonomisch strukturbestimmende in den Vordergrund geschoben haben. Die beiden herausragenden „Kreationen“ der *New Economy* sind „venture capital“ und „shareholder-value“. Beide demonstrieren die Machtstrukturen des ökonomischen Feldes: ein „venture“-Kapitalgeber spekuliert mit Börsengewinnen ebenso wie ein shareholder. Beide repräsentieren Positionsinhaber, die über große Kapitalressourcen als „Spieleinsatz“ im Feld verfügen.[2]

In der *New Economy* avanciert der Markt zur wichtigsten Metapher. Als Begriff „praktisch nie definiert und erst recht nicht diskutiert ... (ist) Markt seit der grenznutzentheoretischen Revolution von etwas Konkretem zu einer abstrakten Idee ohne empirische Bezugsgröße ... zu einer mathematischen Fiktion“ (Bourdieu 1998: 164) geworden. Als Metapher hingegen mutiert der Markt zu etwas scheinbar Konkretem, denn die Metapher imaginiert einen Markt als ökonomisches Feld ohne Machtstrukturen, sie suggeriert in ihrer Symbolik *freien* Zutritt für jeden, weil sie Vorstellungen mobilisieren kann, die von Alltagserfahrungen herrühren. Es lassen sich symbolische Assoziationen zum orientalischen Basar, zum großstädtischen Wochenmarkt oder zur Börse in der Wallstreet knüpfen. „Viele soziale, politische, internationale Kämpfe haben keine andere Waffe (...) als die Symbolik. So sind die Finanzmärkte zum großen Teil symbolische Spiele, in denen die Kraft der Vorstellungen, die Kraft der Ideen zum Einsatz kommt“ (Bourdieu 2001 b: 36).

In der Metapher, die den ökonomischen Markt als offen und frei für jeden ausmalt, werden die ökonomischen, sozialen und symbolischen Zugangsbedingungen und Voraussetzungen für eine tatsächliche Teilnahme am Marktgeschehen verdeckt. Ohne Besitz von ökonomischem, kulturellem und symbolischem Kapital ist keine Position auf dem Markt zu erobern. „Verkannt“ (Bourdieu) werden Machtstrukturen und Konkurrenzkämpfe um führende Positionen, bei denen sowohl Volumen als auch Symbolkraft des akkumulierten Kapitals entscheidend sind.

Nur in außergewöhnlichen historischen Konstellationen, wie z.B. das Ereignis *New Economy* möglicherweise eine solche war, konnten sich einige lediglich mit außergewöhnlichen Ideen (und großzügigen Venturekapital-“Spritzen“) Positionen auf dem Markt (der Informationstechnologie) erobern.[3] Insofern sind manche junge Start-ups letztendlich in Verkennung der realen Bedingungen und Voraussetzungen auf den Markt gegangen, was ihnen dann auch zum Verhängnis wurde. Dennoch - und dies trifft auch in anderen sozialen Zusammenhängen zu -: Ohne ein „Interesse, das immer eine Verkennung der realen Verhältnisse produziert“, ohne „jene besondere Glaubensform der *illusio*“ (Bourdieu 2001a: 128) hätten sie ihre Versuche, auf dem Markt der *New Economy* Fuß zu fassen, nicht gewagt. Auch wenn der Börsenboom längst in sich zusammengefallen ist und in seinem Niedergang nicht nur die IT-Produktion, sondern auch alteingesessene Unternehmen der Realwirtschaft mitgerissen hat, ist der Feldzug des Neoliberalismus keineswegs gestoppt. Im Gegenteil!

Die Metapher eines „freien“ Marktes (meint auch einen deregulierten Arbeitsmarkt) sorgt darüber hinaus nach wie vor für eine breite Akzeptanz auch bei all denjenigen, die keine Akteure im ökonomischen Feld sind oder sein wollen, insbesondere bei Konsumenten. Letztlich gerät auch manch Arbeitsloser in Zweifel, ob nicht „seine“ Lohnnebenkosten für „Arbeitgeber“ nicht tragbar seien. Eine Metapher transformiert das, wofür sie steht (in unserem Zusammenhang hier ist es der Markt), stets in eine Sphäre des Universellen und Unhistorischen. Mit einer Vorstellung von Markt als abstraktem Gebilde, das weder hierarchische Strukturen noch Geschichte hat, überall gleich und ohne besondere Eigenschaften ist, genau damit arbeitet der *Neoliberalismus*. Und wenn der Markt nicht funktioniert, d.h. Krisen auftreten und kein ständiges Wachstum stattfindet, dann ist dies Störungen geschuldet, Restriktionen, die dem Markt von „außen“ und „unzulässigerweise“ zugefügt werden. Das Dogma des Neoliberalismus besagt, dass ein Markt, der als eine sich selbst regelnde spontane Ordnung angenommen wird, sich nur dann im „Gleichgewicht“ befindet, d.h. ohne konjunkturelle Schwankungen (Anomalien) nur funktionieren kann, wenn er frei ist von (staatlichen) Reglementierungen[4] und ihm keine (sozialen) Einschränkungen auferlegt sind. Solch ein „freier“ Markt steht jedem individuellen Interesse offen; jeder kann seine Bedürfnisse befriedigen, ergreift er nur die Initiative, so Friedrich von Hayek in „Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung“ (Hayek, 1969).

Eingebettet in diese neoliberalen Vorstellungen von grenzen- und schrankenlosen Absatzmärkten (Freihandel), wie sie die „ökonomische Orthodoxie“ (Bourdieu) verkündet und in mathematischen Modellen ständig neu „begründet“, ist das Symbol vom stetigen ökonomischen Wachstum, das durch Visionen von unerschöpflichen Absatzmöglichkeiten insbesondere der neuen Kommunikations- und Technologieprodukte gestützt wird. Der PC, ganz zu schweigen vom Internet, hat weite Landstriche und ganze Kontinente noch nicht erreicht; Generationen junger Menschen weltweit

sind nach wie vor fasziniert von den Möglichkeiten der Informationstechnologie, die auch in den kapitalistischen Hochländern noch nicht erschöpft scheinen. So gesehen - abstrahiert von notwendigen sozialen, kulturellen und qualifikatorischen, geschweige denn infrastrukturellen Voraussetzungen für die Nutzung neuer Technologien - scheint der Absatz eher am Beginn als am Ende seiner Chancen zu stehen.[5] Der Diskurs vom „Freihandel", den die mächtigsten Industrienationen in der WTO, allen voran die USA führen, ist ein illustratives Beispiel symbolischer Gewalt gegenüber armen Ländern, denn vom „freien" Handel profitieren nur die Mächtigen, die unter dem Etikett „frei" einen Protektionismus ärmerer Länder zum Schutz von deren Produkten ablehnen.

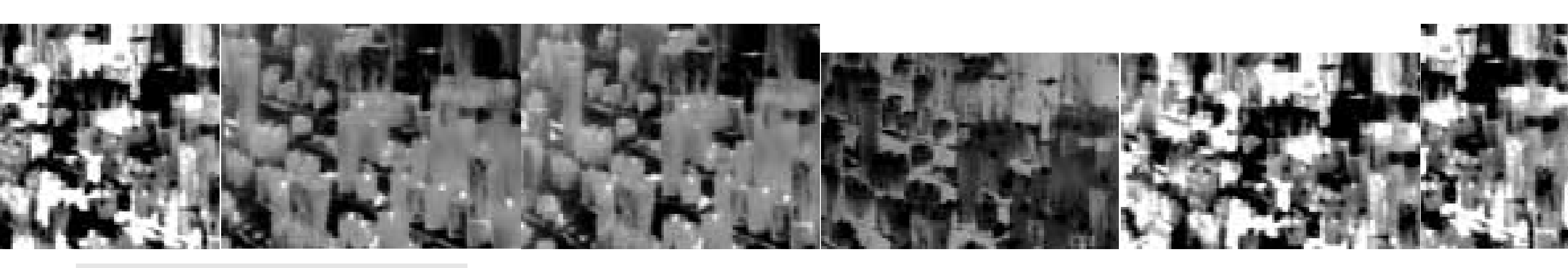
Die Vision eines Marktes als Feld ohne Grenzen und mit ungeahnten Möglichkeiten ist eine der stärksten Waffen, mit denen die neue Ordnung offensichtlich erfolgreich durchgesetzt wurde. Bereits seit einiger Zeit gerät der *Staat*, das politische Feld, ins „Visier", nicht allerdings der staatliche Repressionsapparat - im Gegenteil: Von ihm fordert die Bourgeoisie noch mehr Schutz und Sicherheit -, sondern die neue (neoliberale) Ordnung zielt insbesondere auf soziale und öffentliche Infrastrukturen, für die der Staat genuin die Verantwortung[6] zu tragen hätte: Arbeitsmarktpolitik, Bildungssystem, öffentliche Dienstleistungen etc. Entweder wird angeprangert, dass vermeintliche „Einschränkungen" des „freien" Marktes „freie" ökonomische Entscheidungen behindern wie im Falle der Arbeitsmarktgesetzgebung, oder es werden staatliche Ausgaben im Bildungs- oder Gesundheitswesen als inflationär oder kontra-konjunkturell gegeißelt.

Führende Wirtschaftsfachleute, Finanzmarkt- und Bankpolitiker scheinen den Staat als ihren Hauptfeind auserkoren zu haben. Entsprechend rigoros ist jedenfalls ihre Kritik an staatlicher Politik, ja sogar an der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verfasstheit, die insbesondere die Gesetzes- und Entscheidungshoheit des Staates sanktioniert. In diesem Kontext fahren sie u.a. ein wirkungsvolles Geschütz auf, nämlich das Gegensatzpaar: „autoritär"/"totalitär" versus „demokratisch" (vgl. Bourdieu/Wacquant 2001). Der Staat ist natürlich „totalitär" oder „autoritär", denn er maßt sich an, z.B. per Gesetzgebung über *alle* Bürger zu bestimmen und Zwang auszuüben.[7] Der vermeintlich unerträglichste staatliche Zwang sind Steuern, die alle Bürger zu zahlen haben, wirklich alle? - als wüssten die „Großen" nicht längst, sich diesem Zwang zu entziehen. Ein anderer beliebter Topos ist, dass der Staat zur Unselbständigkeit erziehe, indem er bedürftige Menschen durch seine Alimentierung in eine Passivität zwänge, anstatt Eigeninitiative, Selbsthilfe zu fördern.[8]

Der Markt dagegen ist „demokratisch": Er gewährt jedem, der die Initiative ergreift, die gleiche Chance am ökonomischen Geschehen teilzunehmen. „Das Wunderbare an der Marktgerechtigkeit ist, dass hier nicht die Willkür einzelner Menschen, sondern ein anonymer Auslese- und Abstimmungsprozess über die Stellung in der Gesellschaft entscheidet" (Habermann 2002). Auch dieses Credo des Neoliberalismus ist ein Beispiel dafür, wie von sehr wohl existierenden unterschiedlichen wirtschaftlichen und kulturellen *Zugangsvoraussetzungen* abstrahiert wird. Der Markt bietet keineswegs gleiche Chancen, sondern eine Teilnahme im ökonomischen Feld erfordert vor allem Besitz von Kapital, wobei auch akkumuliertes symbolisches Kapital (erworben durch Eliteerziehung und -bildung, Ansehen auf Grund von familiärer Herkunft und Reichtum, s. Krupps „Villa Hügel" in Essen) eine nicht unwichtige Rolle für ökonomischen Erfolg spielt. Eine derartige „Verkennung" (Bourdieu) von Machtstrukturen im ökonomischen Feld, die letztlich auch die Marktgesetze bestimmen, ist nicht nur für die unmittelbar beteiligten ökonomischen Akteure von Bedeutung, sondern ist wesentliche Grundlage für eine nach wie vor durchaus stabile Akzeptanz des Kapitalismus.

Das ökonomische Feld bestimmt die Politik, beherrscht den Staat. [9] - Das Beispiel staatlicher Sparpolitik

Ein sehr folgenreiches Charakteristikum des neoliberalen Konzepts ist der Anspruch der ökonomisch Mächtigen, auch die gemeinhin soziale und öffentliche Politik des Staates bestimmen zu wollen. Hierfür bedienen sie sich vor allem der Medien, die je nach „Bedarf" eifrig Schreckensmeldungen von Krisen, Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche oder Drohungen von Abwanderung in Billiglohnländer verbreiten. Gleichzeitig sind Meldungen von Konkursen und Entlassungen an der Tagesordnung, ohne dass aufgeklärt würde, wie es zu den zahlrei-



chen Insolvenzen kommt und welche Rolle Börse und Banken hierbei spielen. Große Effekte erzielen Wirtschaftsbosse und deren Sprecher kraft ihrer symbolischen Autorität. Und weil in kapitalistischen Gesellschaften die Autorität von Wirtschaftsbossen zählt, wird sie auch kaum angezweifelt, so dass eine Entmachtung von Parlament und staatlicher Politik mehr oder weniger unwidersprochen, eher mit Selbstverständlichkeit akzeptiert voranschreiten kann.

Vorstellungen und Strategien - mit Wissenschaft drapiert - werden in gut ausgerüsteten, finanzkräftigen Think-tanks des ökonomischen Feldes ausgearbeitet, von den „Autoritäten“ eben dieses Feldes wie Verbandsvertretern, Sprechern von Organisationen wie z.B. IWF und WTO oder Zentralbankvorsitzenden an die Medien (man denke nur an die selbstherrlichen Verlautbarungen von Mr. Greenspan, dem Vorsitzenden der Fed) lanciert. Durch ein Amt, also den Vorsitz einer der mächtigsten Banken, wird ein Amtsinhaber also nicht nur mit autoritativen Befugnissen ausgestattet, sondern auch das, was er spricht, ist qua Amt autorisiert und damit wirkungsvoll[10] Sprecher von Notenbanken sind heutzutage mit einer autoritativen „Weihe“ ausgestattet wie in früheren Zeiten kirchliche Würdenträger.

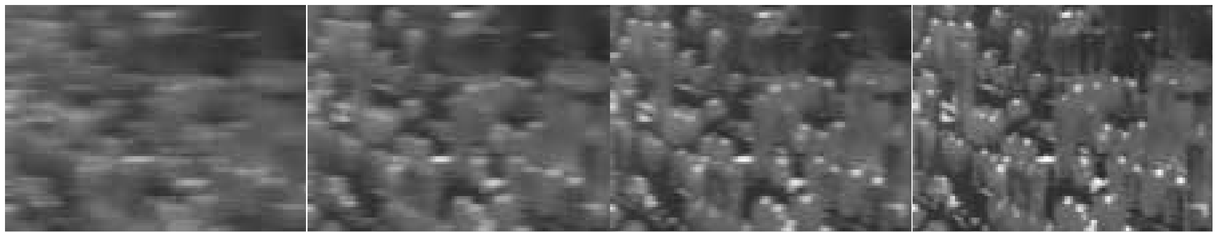
Dennoch: „Die symbolische Wirkung der Wörter kommt immer nur in dem Maße zustande, wie derjenige, der ihr unterliegt, denjenigen, der sie ausübt, als den zur Ausübung Berechtigten anerkennt ... wie er sich selbst in der Unterwerfung als denjenigen vergisst und nicht wiedererkennt, der durch seine Anerkennung dazu beiträgt, dieser Wirkung eine Grundlage zu geben.“ (Bourdieu 1990, S. 83) Die meisten führenden Politiker - der deutsche Bundeskanzler Schröder ist hier ein gutes Beispiel - unterwerfen sich der ökonomischen Dominanz im politisch-sozialen Feld, indem sie sich die Prinzipien neoliberaler ökonomischer Vorstellungen zu Eigen machen, sie offensichtlich bereits im *Habitus* (Bourdieu) inkorporiert haben und als Akteure kollektive soziale Strukturen[11] des öffentlichen Raums nach Normen verändern, die vom ökonomischen Feld gesetzt sind. Die gegenwärtig forcierten Veränderungen bleiben irreversibel und sind nicht einfach bei einem (möglichen?) Regierungswechsel rückgängig zu machen. (Wie es sich mit den Unterschieden zwischen einer Regierung Kohl und einer Regierung Schröder verhält, wäre noch auszumachen.)

Ein noch nicht allzu weit zurückliegendes Beispiel, wie staatliche Politik, und zwar in der ganzen EU, den Interessen der Ökonomie, insbesondere der Finanzmärkte untergeordnet wurde, ist der von Bourdieu als „System Tietmeyer“ (damals Präsident der Bundesbank) gegeißelte, von der Regierung Kohl lancierte sogenannte europäische „Stabilitätspakt“[12]. Alle Staaten der europäischen Mitgliedsländer müssen ihre Haushaltspolitik nach der Maßgabe gestalten, Inflation zu vermeiden, und das mit dem Ergebnis, dass staatliche Anti-Inflationspolitik längst zum Selbstzweck gerät, zu einer unhinterfragbaren Maxime öffentlicher Hauhaltspolitik[13].

In der Argumentation zum öffentlichen Sparen, dessen Notwendigkeit unhinterfragt bleibt, wird eine Analogie zum Symbol altmodischer Tugenden hergestellt: Welche einfache Familie möchte nicht sparsam mit den ihr zur Verfügung stehenden begrenzten monetären Ressourcen umgehen?

Wenn staatliche Ausgaben für öffentliche Einrichtungen ohne Kredite bzw. Subventionen (und ohne alte „Schulden“) bewerkstelligt werden sollen, aber die Kosten für Rüstung (einschließlich der notwendigen Korruption), Polizeiapparat und Gefängnisse nicht angetastet werden dürfen, sondern im Gegenteil aufgestockt und ausgebaut werden, und wenn progressive Besteuerung nach wie vor ein Tabu bleibt, so trifft das in erster Linie die Ausgaben für Sozial- und Dienstleistungen, Bildung und Ausbildung, die zu kürzen sind. Der Staat kappt seine „linke Hand“ und kräftigt seine „rechte“ (Bourdieu).

Diskussionen über Sparpolitik, die in allen Bereichen des öffentlichen Raums - von Krankenhäusern bis Hochschulen und Kultur - geführt werden, verlaufen nach einem überall gleichen formalen Muster und zeigen, wie sehr vermeintliche ökonomische Rentabilität - de facto abgeleitet vom Value der Shareholder - inzwischen bereits zur zwingenden Norm in (nahezu) allen nicht ökonomischen Feldern geworden ist. Staatliche Institutionen schicken sich an, öffentliche Dienstleistungen an Prinzipien privater Wirtschaftsunternehmen auszurichten oder sie zu privatisieren und zu kommodifizieren.[14]


Mit symbolischer Gewalt wird eine „pensée unique“ (Bourdieu), ein Einheitsdenken orientiert an wirtschaftlicher Rentabilität durchgesetzt. Dem Alltagsverstand erscheint Sparsamkeit plausibel, allemal bei öffentlichen Ausgaben, die für „andere“ verwaltet werden. Insofern drängt sich als Alternative nur der Gegensatz Verschwendung auf und nicht z.B. Nachhaltigkeit oder notwendige öffentliche Fürsorge. Alltagsverstand orientiert sich immer am Gegenwärtigen und kann sich weder verheerende zukünftige Folgen eines bereits jetzt sträflich vernachlässigten Bildungswesens ausmalen, noch will er wahrhaben, dass z.B. Investitionen in Bildung und Ausbildung „nachhaltig“ sind, weil künftige Generationen davon profitieren (vgl. Krätke, 1999) können und müssen.

Wir beobachten die Paradoxie, dass die „Ökonomisierung der Öffentlichkeit“, der Abbau des Sozialstaates oder mit Bourdieu die „Zerstörung kollektiver Strukturen“ breite Akzeptanz findet, auch bei Ausgegrenzten. Dies ist m.E. ein Indiz gelungener Umdeutung der Symbolik. Der Maßstab ökonomischer Rentabilität um jeden Preis auch dort, wo andere Maßstäbe sich Geltung zu verschaffen hätten, reicht bis an die Grenze der eigenen Existenz. Wachstum ohne Krise und weltweit ohne Einschränkungen wird zum Nonplusultra sozialer Prosperität - die Symbolsysteme der neoliberalen Ökonomie, der *Neuen Ökonomie* zeitigen ihre Wirkung. Von Erfolgreichen bis hin zu Ausgeschlossenen sehen mehr oder weniger alle Gruppen der Gesellschaft in der (anarchischen) ökonomischen Entwicklung den einzigen Hoffnungsträger, und nicht etwa in deren politischer, am „Interesse des Gemeinwohls“ [15] orientierter „Lenkung“. Mit symbolischer Gewalt zwingt sich der „Anspruch auf Allgemeingültigkeit“ des „für absolut gehaltenen Gesetzes der Logik“ (Bourdieu 2001a: 147) der *Neuen Ökonomie* auf. Im ökonomischen Feld produziert, inkorporiert im Habitus nicht nur der Führungseliten, sondern breiter Bevölkerungsschichten, verändert dieses Gesetz durch das Handeln der Akteure selbst - von führenden Politikern bis hin zu resignierenden Ausgegrenzten - öffentliche kollektive Strukturen (Bourdieu) in ganz unterschiedlichen sozialen Räumen. So wie die Akteure sich dem Gesetz der ökonomischen Logik unterwerfen, produzieren und reproduzieren sie gleichzeitig die Strukturen im politischen Feld. Ein weitreichender Effekt geht von der Kommodifikation öffentlicher Güter aus: Nur wer Geld hat, wird sich Dienstleistungen aller Art kaufen können.

Wie die konstitutive Rolle der Medien in diesem Prozess symbolischer Umdeutung zu bewerten ist, wäre gesondert zu untersuchen - allein die Frage, wie und wie oft welche Wirtschaftsrepräsentanten und führenden Politiker über das mediale Forum als Autoritäten in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden, dürfte aufschlussreich sein.

Die Maximen ökonomischer Rentabilität haben sich inzwischen in der „Welt des gemeinen Menschenverstandes“, des Alltagsverstandes eingenistet; dieser existiert feldübergreifend. „Es ist dies (der gemeine Menschenverstand) der einzige wirklich gemeinsame Ort, an dem diejenigen, die auf ihn beschränkt sind, weil sie keinen Zugang zum Erwerb scholastischer Dispositionen und zu wissenschaftlichen Errungenschaften hatten, und diejenigen, die an diesem oder jenem scholastischem Universum teilhaben (...) ausnahmsweise zusammenkommen und, wie man so sagt, eine gemeinsame Ebene finden können.“ (Bourdieu 2001a: 123) Eine mögliche Erklärung für die weitläufige Dominanz des Ökonomischen könnte darin gesehen werden, dass die Symbolik der *Neuen Ökonomie* an diesem Ort des „gemeinen Menschenverstandes“ Akzeptanz erlangt und - wenn auch je nach Bildungsgrad in durchaus unterschiedlicher Weise - in die allen gemeinsame Weltsicht integriert wird. „Der gemeine Menschenverstand ist ein Fonds von allen geteilter Überzeugungen, der in den Grenzen des jeweiligen sozialen Universums eine grundlegende Übereinstimmung über den Sinn der Welt und einen Bestand von (stillschweigend akzeptierten) Gemeinplätzen sichert“ (Bourdieu 2001a: 123/124).

So weit es den sozialen Bewegungen gelingt, der symbolischen Macht der *Neuen Ökonomie* eine andere entgegenzusetzen, d.h. deren Symbolik *umzudeuten* und damit die Wahrnehmungsschemata der Menschen zu ändern, könnte der Ort des gemeinen Menschenverstandes zum Kampffeld politischer Auseinandersetzungen werden. Den Effekten herrschender Symbolik ihre Wirkung zu rauben, hieße, soziale Wirklichkeit nicht als naturgegeben zu *ver*kennen, sondern als sozial konstruiert und veränderbar zu *er*kennen.

E-mail: johanna.klages@t-online.de






Literatur:

Bourdieu, Pierre (1990): Was heißt Sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches , Wien
Bourdieu, Pierre (1998): Der Einzige und sein Eigenheim. Hamburg
Bourdieu, Pierre (2001a): Meditation. Zur Kritik der scholastischen Vernunft. Frankfurt/M.
Bourdieu, Pierre (2001b): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz
Bourdieu, Pierre/Loïc Wacquant (2001) : Neoliberal Newspeak : Notes on the New Planetary Vulgate. In: Radical Philosophy, 108 January
Einemann, Edgar (Hg.) (2001), Silicon Valley. Materialien, Hinweise, Eindrücke. CD-ROM
Habermann, Gerd (2002): Ökonomie des Neides im Wohlfahrtsstaat. Zermürbende Wirkung auf die unternehmerische Elite. In: NZZ vom 2./3. März
Hayek, F.A., von (1969) Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze, Tübingen.
Krätke, Michael (1999), Neoklassik als Weltreligion? In: Kritische Interventionen 3.

Anmerkungen:

1 redaktionelle Anmerkung: Sprachverwendung in einer bestimmten Situation.
2 Überzogene Erwartungen auf den Aktienmärkten, d.h. Forderungen nach massiven Gewinnsteigerungen - eine der möglichen Ursachen für den Korruptionsskandal bei Enron. Vgl. NZZ vom 9./10.2.02
3 Die Genese der Informationstechnologie im Silicon Valley zeigt den Ausnahmefall eindrucksvoll: Es waren sowohl die historischen Bedingungen besondere als auch eine Konzentration wissenschaftlich-technischer Qualifikationen außergewöhnlich, und schließlich fanden sich auch Kapitalgeber, letztlich bis ins Pentagon. Vgl. Einemann, Edgar, 2001
4 Von Mitgliedern der Chicagoer Schule und insbesondere Milton Friedman (Capitalism and Freedom, 1962) wird Markt mit Freiheit gleichgesetzt, womit „die ökonomische Freiheit zur Bedingung der politischen Freiheit erhoben“ wird. (Bourdieu 1998: 168)
5 Ein Politiker nach dem anderen, Schröder, Bush etc. bereisen Länder mit zukunftsträchtigen Absatzmärkten, immer begleitet von einem Tross gewichtiger Wirtschaftsfunktionäre.
6 Ich betrachte den Staat nicht nur als Teilsystem kapitalistischer Herrschaft. Für diesen Zweck sind zahlreiche Instrumente wie Steuergesetzgebung, Justiz, Polizei und Militär etc. entwickelt worden. Wichtige Teilbereiche resultieren aber auch aus demokratischen Auseinandersetzungen und politischen Kämpfen wie z.B. die Bildungs- und Ausbildungssysteme, die nicht nur der Produktion und Reproduktion von Arbeitskräften dienen. Ähnlich zu betrachten wären Gesundheitswesen, Arbeitsmärkte etc. Wenn die so genannte staatliche Infrastruktur ausschließlich kapitalistischen Interessen untergeordnet wäre, hätten wir keine Veranlassung zu beklagen, dass gegenwärtig auch deren Subsumtion unter privates Kapital massiv vorangetrieben wird. Siehe z.B. die Politik der „rot-grünen“ Regierungskoalition in der Bundesrepublik, was Arbeitsmarkt“reform“, Renten“reform“ und „Reform“ des Gesundheitswesens anbetrifft.
7 Unter der Überschrift „Frankreich nach Jahren des Paternalismus“ schreibt die NZZ vom 16./17.2.02 in ihrem Wirtschaftsteil: „Frankreich präsentiert sich nach zwei mehrheitlich sozialistisch geprägten Jahrzehnten als zentralistischer und bürokratischer Wohlfahrtsstaat, in dem eine Oberschicht in paternalistischer Manier für das zwangsläufig unscharfe ‚Gemeinwohl’ der Bürger sorgt. Verwurzelt ist die fehlende Eigenverantwortung in der französischen Mentalität.“
8 In New Labour’s New Deal-Programm heißt es denn auch: „Der moderne Wohlfahrtsstaat ist keine Hilfsorganisation (...) vielmehr müssen wir die Fähigkeiten der Menschen stärken, zu lernen und Geld zu verdienen, damit sie selbst für ihr Auskommen sorgen und Ersparnisse anlegen können.“ (Hewitt 1999: 172/171)
9 Nicht nur in den USA werden Millionäre Präsidenten, inzwischen Berlusconi auch in Italien. (Vermutlich wird ihnen Wirtschaftskompetenz attestiert.)
10 vgl. in der „Frankfurter Rundschau“ vom 15. November 2002 folgende Verlautbarung der EZB: „Neue Arbeitsplätze entstehen, wenn die Wirtschaft brummt ... dass zuletzt geringere Wachstumsraten als früher ausreichten ... „könnte“ nach Meinung der EZB mit Arbeitsmarktreformen zu tun haben. Doch sie gehen den Notenbankern nicht weit genug. ... Besonders wichtig sei es, die „Anreizkompatibilität“ der Steuer- und Sozialleistungssysteme zu erhöhen ... staatliche Hilfen einzuschränken, um damit den Abstand zu den Arbeitseinkommen zu vergrößern.“
11 Sie sind vielfach historisches Resultat zäher politischer Kämpfe demokratischer Bewegungen.
12 Wie eine Ironie der Geschichte nimmt sich gegenwärtig die „Rüge“ der Europäischen Union an die deutsche Bundesregierung aus; sie, deren Bundesbankpräsident auf Anraten der Deutschen Bank als Marge für den Beitritt zur Währungsunion für alle ambitionierten europäischen Staaten ein Defizitobergrenze von 3% des jeweiligen BSP erzwungen hatte, bildet z.Zt. das Schlusslicht in puncto Haushaltsdefizit verglichen mit den anderen europäischen Staaten. Nicht dass sie ungenügend „gespart“ hätte, allein es ist ihr unverhofft die DDR in den Schoß gefallen. (Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 13. Februar 2002). In Wahrheit ging es beim deutschen Vorschlag des so genannten Stabilitätspaktes um die deutsche Hegemonie in der EU.
13 Die Flutkatastrophe im Jahr 2002 hat diese rigorosen Stabilitätsvorschriften erst recht ad absurdum geführt.
14 redaktionelle Anmerkung: in Warenform bringen, als Ware setzen
15 Zur schnelleren Verständigung sei hier der „altmodische“ (reformistische) Begriff Gemeinwohl erlaubt.

Robert Foltin
Multitude - Subjektivität gegen das Empire

Multitude ist von den Begriffen, die durch das Buch „Empire“ von Hardt / Negri in die linke Diskussion eingeführt wurden, einer der meistdiskutierten. Verkürzt beschrieben handelt es sich dabei um die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Wünsche und Bedürfnisse, die in individuellen und kollektiven Revolten sichtbar werden. Im folgenden möchte ich beschreiben, wie die ArbeiterInnenklasse im Fordismus als Subjekt anerkannt wird und die Subjektivität der Multitude (z.B. durch ritualisierte Lohnverhandlungen) institutionalisiert wurde. In einem weiteren Teil geht es dann darum, aufzuzeigen, wie sich die Subjektivität gegen die fordistische Normalität richtet. Das ist einerseits der individuelle und kollektive Widerstand außerhalb der Parteien und Gewerkschaften, andererseits der Angriff auf das Disziplinarsystem durch die 68er und die sozialen Bewegungen danach. In einem Übergangsteil geht es um die reaktionären Elemente, die in jeder Revolte vorkommen. Im letzten Teil möchte ich dann die Institutionalisierungen beschreiben und spekulieren, wie sich die Subjektivität der Multitude zu einer Gegenmacht, einem Gegen-Empire entwickeln kann, ohne in Identitätspolitik abzugleiten[1].

Subjektivität im Fordismus

Im Kapitalismus der frühen Industriegesellschaft wurde das Proletariat (Männer, Frauen, Kinder) einfach vernutzt, es wurde keine Rücksicht auf das Leben und Überleben genommen. Die Industrie saugte die ArbeiterInnen aus den nicht-kapitalistischen Bereichen an. Teilweise wurde das durch die Vernichtung der Überlebensgrundlagen (der Subsistenz) der bäuerlichen Bevölkerung erzwungen, teilweise die Subjektivität der (jungen) Landbevölkerung ausgenützt: Landflucht und Proletariserung war auch eine Antwort auf die Wünsche nach einem besseren Leben, sie war auch eine Flucht vor den ländlichen autoritär-patriarchalen Strukturen. Reproduktion (die Wiederherstellung der Arbeitskraft) hat es in dieser Phase des Kapitalismus nicht gegeben, in den nicht-kapitalistischen Strukturen wurde Leben produziert, das als lebendige Arbeit vom Kapitalismus vernutzt wurde. Privatheit spielte für das Proletariat (Männer, Frauen, Kinder) keine Rolle, Sexualität passierte einfach und wurde im Diskurs der damaligen bürgerlichen Gesellschaft ignoriert[2].

Das Ziel der ArbeiterInnenbewegung war es, das Proletariat zu einem Subjekt zu machen, dessen Bedürfnisse als ArbeiterInnenklasse anerkannt werden. Organisiert wurde das hauptsächlich durch die intellektuellen Eliten der linken Parteien, die sich auf Seite der Subjektivität, der Revolten des Proletariats stellten und begannen für das Proletariat zu sprechen. Durch die revolutionäre Welle am Beginn des 20. Jahrhunderts - mit dem Höhepunkt der russischen Revolution 1917 - und über den Umweg von Krise und Krieg setzte sich der Wohlfahrtsstaat des Fordismus durch. Durch die Erzeugung von Massenprodukten wurden die ArbeiterInnen als KonsumentInnen anerkannt. Es gab relativ hohe Löhne im Vergleich zur vorherigen Phase, soziale Absicherung und Massenkaufkraft parallel zur Einbeziehung der Gewerkschaften und linken Parteien in das nationalstaatliche, demokratische System. Die ArbeiterInnenklasse wurde als Subjekt

anerkannt. Die ArbeiterInnenbewegung sorgte dafür, daß die Subjektivität, die Wünsche und Bedürfnisse der ArbeiterInnen in einem geordneten Rahmen verwirklicht wurden.

Der weibliche Teil der Subjektivität zeigte sich teilweise in den gleichen Bedürfnissen wie der männliche: durch Flucht aus dem vorkapitalistischem Patriarchat in die Proletarisierung und Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Verbunden war das mit Wünschen nach Selbstbestimmung von Liebe und Sexualität, welche sich im Bedürfnis nach Privatheit ausdrückte[3]. Die revolutionäre Welle zu Beginn des 20 Jh. war nicht nur mit der ArbeiterInnenbewegung verbunden, sondern auch mit der ersten Frauenbewegung, mit der ersten Homosexuellenbewegung, mit einer verbreiteten Diskussion über Sexualität (von der Psychoanalyse bis zu populären Frauenzeitungen). Auch die Diskussion um den weiblichen Körper spielte in der Diskussion um die Abtreibung eine wichtige Rolle. Die von intellektuellen Eliten geführte „Arbeiterklasse" drängte diese Subjektivitäten an den Rand, auch wenn sie z.B. im Rahmen der „Dienstbotenfrage" oder durch den Kampf um das Recht auf Abtreibung nicht völlig ignoriert wurden. Der fordistische Kapitalismus integrierte diese Wünsche einer weiblichen Subjektivität nach Privatheit durch die Kleinfamilie. Erst jetzt, mit der Anerkennung der (männlichen) Arbeitskraft entsteht aus der Produktion von Leben die Reproduktion. Es ging darum, die ArbeiterInnen nach der Vernutzung in der Fabrik physisch und psychisch wiederherzustellen. Sie werden nicht eingesaugt und dann wertlos wieder ausgespuckt, sondern sollen ihr ganzes Leben bis zur Pension arbeiten. Erst jetzt wird die geschlechtliche Arbeitsteilung mit der in die Kleinfamilie verlagerten Hausarbeit konstitutiv für den Kapitalismus. Diese Arbeitsteilung hat natürlich schon vorher bestanden, das Leben der ArbeiterInnen war aber vorher nur ein Rohstoff („die Ware Arbeitskraft ist eine Ware wie jede andere"), sie wird jetzt durch Reproduktion und Konsum, also in ihrer Organisation, dem Kapitalismus, untergeordnet.

Die weiblichen Wünsche und Bedürfnisse werden innerhalb des Familiensystems befriedigt, die ArbeiterInnenbewegung ist auf diese Subjektivität weniger eingegangen als der Kapitalismus durch seine strukturelle und technologische Entwicklung. Auch Hausfrauen werden als Konsumentinnen gefragt, was sich u.a. im Versprechen ausdrückt, die Arbeit durch Haushaltsgeräte zu erleichtern.

Subjektivität gegen den Fordismus

Die linken Parteien und Gewerkschaften haben die proletarische Subjektivität in Sozialpartnerschaft (mit oder ohne gewerkschaftliche Kampfrituale) umgewandelt. Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen werden im geordneten Rahmen innerhalb der Disziplinargesellschaft erreicht. Neben dieser geordneten, gebremsten, organisierten Subjektivität der ArbeiterInnenbewegung hat es immer auch autonome Entwicklungen und Kämpfe gegeben. Z.B. wurden in der Phase der Vollbeschäftigung Lohnsteigerungen allein durch die Drohung mit einem Arbeitsplatzwechsel erreicht: das ist ein Grund warum viele (Männer)-Löhne in großen fordistischen Betrieben höher sind als die Kollektivverträge. Auch andere Möglichkeiten der Widerständigkeit wurde benutzt, kleine Auseinandersetzungen auf Abteilungsebene, Krankfeiern, Pausen und Freizeit während der Arbeitszeit, bis hin zu Festen in der Fabrik (in Italien) und wilden Streiks. Neben den gewerkschaftlich organisierten Strukturen hat es immer eine Vielzahl von individuellen und kollektiven Revolten gegeben. Getragen wurden diese Auseinandersetzungen häufig von ArbeiterInnen, die gerade in die Stadt gekommen sind oder auch von MigrantInnen, die noch nicht in die organisierten Strukturen der ArbeiterInnenbewegung integriert waren. In den meisten europäischen Regionen wurden auch diese ArbeiterInnen sukzessive organisiert. Diese Widerständigkeiten innerhalb der „ArbeiterInnenklasse" erreichten einen Höhepunkt parallel zu der Revolte gegen die Disziplinargesellschaft, die üblicherweise mit 1968 verbunden wird.

Die „neue Linke", die StudentInnenbewegung und der Feminismus sind nur die Spitze des Eisbergs der sozialen Bewegungen, die im Anschluß an 1968 einen Ausbruch der Subjektivität, ein sichtbar werden der Revolten bedeuteten. Jugendliche und junge Erwachsene wollten kein normiertes Leben mehr führen, nicht mehr 40 Stunden pro Woche ein Leben lang (bis zur Pension) arbeiten. Das hat sich in einer massiven Suche nach Kreativität ausgedrückt, in Experimenten mit Drogen, durch Reisen, in einer Verweigerungshaltung innerhalb und außerhalb der Arbeit, im Ausleben und im Diskurs über Sexualität. Die Subjektivitäten außerhalb der fordistischen Normen wurden sichtbar: „Außenseiter", „Minderheiten" treten an die Öffentlichkeit, in Randbereichen ist es möglich, Sexualität zu leben, die heterosexuelle Norm wird zwar nicht in Frage gestellt, aber zumindest nicht mehr als einzig gültige gesehen[4]. Die kapitalistische Gesellschaft reagierte relativ schnell auf das Aufbrechen dieser Revolten. Das erfolgte einerseits durch die „Sachzwänge", die alternative oder revolutionäre Projekte gezwungen hat, sich entweder dem Markt zu unterwerfen oder in die Abhängigkeit von staatlichen Subventionen zu begeben. Andererseits entwickelte sich die



Organisation der Arbeit in Richtung eines Aufnehmens, daß die revoltierenden Subjektivitäten aufgenommen werden. Der Wunsch nach freier Zeiteinteilung wird zur Flexibilität im Kapitalismus, Kreativität und Selbstorganisation sind Managementqualitäten, Selbstverwirklichung führt zu „freiem" UnternehmerInnentum und Projektarbeit.

Vieles hat der aktivistische Feminismus angestoßen, insgesamt ist dieser aber nur der spektakuläre und sichtbare Teil der weiblichen Subjektivität. Der Zerfall der Familien geht maßgeblich von den Frauen aus. In den 50er Jahren arbeiteten viele junge Frauen, ihr Lebensziel aber war die Heirat, heute wollen die meisten Frauen arbeiten, um nicht von ihren Männern ökonomisch abhängig zu sein. Der Wunsch nach sexueller Selbstbestimmung hat durch den Diskurs über (hetero- und homo)-Sexualität einiges erreicht, auch wenn ein großer Teil der Männer noch Probleme damit hat. Durch den Diskurs über Verhütung und Abtreibung ist es Frauen möglich, über die Produktion von Leben selbst zu bestimmen. So wird die Entscheidung für oder gegen Kinder nach den ökonomischen und sozialen Möglichkeiten getroffen[5]. Wurde früher die Arbeit als Übergangsstadium gesehen, gibt es jetzt auch das Drängen nach Aufstieg in den männlichen Hierarchien, aber auch nach Bildung und dem Versuch der Anerkennung in gesellschaftlich bedeutenden Bereichen wie der Wissenschaft. Auch wenn die staatlichen und kapitalistischen Institutionen teilweise darauf reagiert haben (Alibifrauen in Spitzenpositionen, Aufwertung weiblicher Qualitäten wie Kommunikativität, soziales Verhalten, Gender Mainstreaming) sind die Widerstände der männlich dominierten Institutionen noch gewaltig, und ich würde erwarten, daß der weibliche Teil der Subjektivität in einem neuen Kampfzyklus eine maßgebliche Rolle spielen sollte[6].

Subjektivitäten

In groben Zügen lassen sich die Subjektivitäten in drei Gruppen zusammenfassen, wobei es sich immer um eine Bewegung oder Entwicklung in Richtung eines besseren Lebens für alle handelt. Bei der ersten handelt es sich um den Wunsch nach Migration in Richtung mehr Freiheit und besseren Lebensmöglichkeiten. Das drückte sich in der Landflucht aus, in der GastarbeiterInnenmigration des 20. Jahrhunderts und besonders in der (zeitweisen oder dauernden) Arbeitsmigration und den Bewegungen der Flüchtlinge. Die rassistische Diskussion in den reicheren Zielländern, ob die Menschen „echte" oder nur „Wirtschaftsflüchtlinge" sind, ist völlig bedeutungslos. Es geht um ein besseres Leben, und das bedeutet Flucht vor autoritären Strukturen und Gewalt ebenso (in der Familie, von identitären Gruppen oder von Staaten), wie die Suche nach besseren Lebens- und Verdienstmöglichkeiten. Die entsprechende Forderung, die Hardt und Negris („Empire" S. 396-400) dazu erhoben haben, ist jene nach einer allgemeinen Weltbürgerschaft[7].

Die zweite Forderung die Hardt / Negri aufstellen, ist mit dem Kampf um Einkommen mit oder ohne Arbeit verbunden (S. 401-403). Dabei geht es um den Wunsch nach Einkommen

überhaupt - aus diesem Grund wird Arbeit gesucht -, um ein höheres Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen in der fordistischen Fabrik, aber auch um Einkommen ohne Arbeit, wie z.B. durch die Kämpfe von Erwerbslosen 1996 in Frankreich um Weihnachtsgeld sichtbar geworden.

Als drittes geht es um die Eroberung und Wiederaneignung von Wissen, Sprache, Körper, Körperlichkeit - des ganzen kollektiven und individuellen Lebens (Hardt / Negri 403-407). Das drückt sich in dem Wunsch nach Bildung für sich selbst oder für die nächste Generation aus, nach den Wünschen auf eine befreite Lust, ein befreites Leben, das Leben und Erleben des eigenen Körpers, die Selbstbestimmung über die Körperlichkeit. Auch in den Wünschen nach der Erfüllung und Wiederaneignung der Kreativität in Produktion und Reproduktion[8].

Gegen-Multitude

Die subjektiven Wünsche („Subjektivität“) sind nicht per se emanzipatorisch. Die Flucht aus dem vorkapitalistischem Patriarchat, die Anerkennung als ArbeiterInnenklasse im Fordismus und die postfordistische Strukturierung des Lebens und der Arbeit hat das Leben vieler Menschen (zumindest in den Metropolen) verbessert, aber auch die Ausbeutung perfektioniert. Die Subjektivität hat den Kapitalismus vor sich hergetrieben, aber der Kapitalismus hat diese Subjektivität aufgenommen und in geordnete Strukturen umgewandelt.

Daneben hat es in jeder Revolte auch die Elemente der Raserei und Lynchjustiz gegeben. Aufstände gegen herrschende Strukturen, gegen den Kapitalismus haben sich teilweise gegen „Andere“, meist noch schlechter gestellte gerichtet. Oder der Kapitalismus wurde mit irgendwelchen HändlerInnen oder privilegierten Bevölkerungsgruppen oder Individuen identifiziert und damit nicht der Kapitalismus bekämpft, sondern „kapitalistische Personen“. Es scheint keine revolutionäre Bewegung ohne nationalistische, rassistische und/oder antisemitische Elemente gegeben zu haben. Das gleiche gilt für homophobe und sexistische Strukturen, nur einer dekadenten Bourgeoisie wurde in großen Teilen der ArbeiterInnenbewegung die Homosexualität zugetraut und immer waren die reichen (oder weißen) Frauen ein besonderes Objekt der Verachtung, des Spottes, des Begehrens.

Die Eliten der ArbeiterInnenbewegung haben diese Probleme gesehen, aber an den Rand gedrängt. Sie setzten das „Proletariat“ an die erste Stelle und vertrauten auf die Geschichtsmächtigkeit der Aufklärung und der emanzipatorischen Elemente. Der Internationalismus ist aber spätestens im ersten Weltkrieg gescheitert, Nationalismus und Rassismus haben sich mit teilweiser Benutzung der Symbolik der ArbeiterInnenbewegung in den faschistischen Diktaturen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchgesetzt. Der Antisemitismus erreichte in Deutschland (und Österreich) mit dem Versuch der Vernichtung aller JüdInnen seinen Höhepunkt.

Jede Revolte entsteht aus den ungleichen herrschenden Strukturen, aus diesem Grund kristallisiert sich der Wunsch nach einem besseren Leben auch mehr oder weniger gegen andere. Wobei es natürlich Unterschiede gibt, welche Elemente dominierend sind. Daß sich der Nationalismus im ersten Weltkrieg gegen den Internationalismus der Multitude durchgesetzt hat, ist einerseits an den objektiven Strukturen am Höhepunkt des bürgerlichen Nationalstaats gelegen, aber auch an der Geringschätzung dieser Gefahren durch die systemfeindlichen Bewegungen. Es hat keine Strömung der ArbeiterInnenbewegung (SozialistInnen, KommunistInnen, aber auch AnarchistInnen) gegeben, die völlig frei von Antisemitismus, Sexismus und Homophobie gewesen wäre. Die linken Eliten habe sich positiv auf den Nationalismus bezogen, in dem soziale Kämpfe durch die Intervention nationaler und liberaler Eliten repräsentiert wurden. Das taktische („dialektische“) Eingehen auf nationale Strömungen verhinderte eine mögliche Begrenzung der nationalen Begeisterung. Auch die faschistischen und nationalsozialistischen Massenbewegungen konnten sich durch die Verknüpfung sozialer Fragen mit dem Nationalen durchsetzen. Erleichtert wurde das auch durch die patriarchale, militaristische und autoritäre Struktur der ArbeiterInnenbewegung. Die vereinheitlichenden, repräsentativen Strukturen mit einem Führerprinzip erleichterten es den reaktionären Eliten, die nationalistischen, rassistischen, sexistischen Elemente der Subjektivität zu mobilisieren.

Gegen-Empire und konstituierende Macht

Revolten als größere Ausbrüche der Subjektivität passieren nicht dann, wenn am meisten Elend vorhanden ist, sondern wenn es zu Veränderungen in den herrschenden Strukturen kommt: das kann eine ökonomische Krise sein, die Verschlechterungen erzwingt, oder, wie in den Sechzigerjahren, ein Schub von Ausbreitung der fordistischen Arbeit auf bisher gesellschaftlich noch nicht erfasste Bereiche und die Erweiterung von Qualifikationen (Stichwort: Massenuniversität). Ob sich revoltierende Bewegungen in eine identitäre, nationalistische etc. Richtung entwickeln, ist nur teilweise vorgegeben, es gibt welche, in denen eher die emanzi-

patorischen Elemente überwiegen wie 68[9] und andere, die sich von vornherein rassistisch gegen andere Unterdrückte richten, wie die rassistischen Riots in Deutschland zu Beginn der 90er Jahre (Hoyerswerda, Mannheim, Rostock).

Das zwanzigste Jahrhundert hat gezeigt, daß für die Entwicklung des Kapitalismus und die Entstehung des Empire der eliminatorische Nationalismus einer imperialistischen Macht nur eine Übergangsphase war. Auf Grund des Sieges der Alliierten über Nazideutschland hat sich glücklicherweise eine Art von „Reformismus" als das dominierende Element durchgesetzt. Es gibt keineswegs eine Garantie, daß die aus der heutigen Situation entstehenden Unruhen und Aufstände nicht wieder in eine radikal identitäre, z.B. nationalistische Richtung gehen. Die Ethnisierung des Sozialen wie in Jugoslawien kann als Beispiel dafür dienen. Aus diesem Grund sollte die Diskussion in den Bewegungen einerseits als in Frage stellen der integrierenden Elemente („Reformismus") geführt werden, aber auch die damit verbundenen nationalistischen (und/oder antisemitistischen) Strukturen kritisiert werden.

Als Antwort auf die Revolten im Trikont (antiimperialistisch, demokratisch oder „nur" sozial) haben sich Institutionen der „Zivilgesellschaft", insbesondere NGOs (Nichtregierungsorganisationen) durchgesetzt. Sie sind ein wichtiges Element zur repräsentativen Einpassung der Subjektivitäten in das herrschende System, u.a. weil die demokratischen Mechanismen, auf Nationalstaaten bezogen, kaum mehr Einfluß haben (so wird die linke PT in Brasilien - außer verbal - kaum eine andere Wirtschaftspolitik durchführen können als die vorherige Regierung Cardoso). Dabei handelt es sich um Organisationen, die einerseits an kleineren Strukturen als den staatlichen ansetzen und solchen, die sich internationaler sehen. Anfang der 90er scheinen alle autonomen Revolten marginalisiert oder reaktionär-rassistisch zu sein und die NGOs haben sich auf weltweiter Ebene durchgesetzt. Durch die globale Protestbewegung zeigt sich aber, daß die Umstrukturierungen und Umgruppierungen Richtung Empire noch keinesfalls einen konstituierten Rahmen erreicht haben. Um eine negative Entwicklung der Revolten in Richtung einer identitären Sichtweise zu vermeiden, sollte die Gegen-Macht der Multitude nicht als Aufbau alternativer Machtapparate gedacht werden, sondern gegen die Macht gerichtet sein. Es sollte von der Möglichkeit der Macht (Hardt / Negri verwenden den Begriff Potentialität - Posse) ausgegangen werden. Jede Art des Widerstands hat die Tendenz, sich Koordinations-, Kommunikations- und Organisationsformen zu geben. Die Individualitäten - die Subjektivität - werden für kurze Zeit zusammengefasst. Mit dem Niedergang - durch reformistische Zugeständnisse oder durch Repression - entsteht die Tendenz, daß sich Avantgarden, Eliten, RepräsentantInnen finden, die entweder den „Sachzwang" als Argument zur Integration ins System benutzen oder sich radikalisieren in die Richtung, daß die Bewegung „besser organisiert und militanter werden müsse". Beide Entwicklung sind eine Art von Bürokratisierung, was Hardt / Negri (2001) als konstituierte Macht - *constituted power* (und damit Teil des Empire) bezeichnen im Gegensatz zur konstituierenden Macht - *constituent power*. Durch die praktische Kritik der Selbstorganisation sollte vermieden werden, daß die Revolten in Nationalismus oder identitäre Strukturen gedrängt werden.

Ein Ansatz zur Gegenmacht könnte der Versuch der Verknüpfung der Widerstände, Aufstände etc. durch die globale Protestbewegung sein. Das sind die verschiedenen Elemente der Selbstorganisation der MigrantInnen, die Auseinandersetzungen der Arbeitenden, der Erwerbslosen oder sonstiger Kämpfe im sozialen Bereich und schließlich die Unterstützung der Kämpfe, die mit der Wiederaneignung von Wissen, Sprache, Körperlichkeit zu tun haben (z.B. Auseinandersetzungen im Bildungsbereich). Die regionalen, lokalen, „kleinen" Kämpfe könnten sich koordinieren und miteinander kommunizieren. Dabei sollte darauf geachtet werden, daß sich keine repräsentativen Strukturen durchsetzen, die allerdings bereits in vielen Bereichen die Bewegung dominieren. Ein Manko ist nicht nur der zu starke Blick auf spektakuläre Protestevents, sondern auch das Zurückdrängen von Elementen weiblicher Subjektivität (abgesehen von verbalen antisexistischen Kundmachungen).

E-mail: r.foltin@aon.at

Anmerkungen:

1 Ich gehe davon aus, daß Begrifflichkeiten wie Fordismus, Disziplinargesellschaft, Multitude und Empire bereits bekannt sind (vgl. Hardt / Negri 2000, Foltin 2002). Was ich mit Subjektivität meine, wird hoffentlich im Laufe dieses Textes klar.

2 Diese Darstellung mit der Unterscheidung „fordistisch" und „frühkapitalistisch" ist etwas schematisch, tatsächlich gibt es in einigen Regionen Europas bereits ab 1830 Elemente sozialer Versorgung, die als Vorläufer des Sozialstaates gelten können.

3 Es sollte klar sein, daß diese Wünsche auch die Wünsche von Männern waren, darum spreche ich auch nicht von Frauen, sondern von der weiblichen Seite der Subjektivität. Weiblichkeit und Männlichkeit sind gesellschaftlich produzierte Identitäten, erzeugt durch die heterosexuelle Norm (Butler 1991, 1997).

4 Dabei meine ich wieder nicht allein die organisierte Schwulen- und Lesbenbewegung, sondern z.B. auch schwule, androgyne und bisexuelle Ausdrucksformen in der Populärkultur der 70er (Disco und

Soul).

5 Die Entwicklung von Reproduktionstechnologien bedeutet nicht nur „Enteignung“ der Frauen durch ExpertInnen und ÄrztInnen, sondern ist die kapitalistische Antwort auf die Wünsche nach Selbstbestimmung, die eben nicht eingeschränkt, sondern in die kapitalistische Vernutzung eingebaut werden (vergleiche Truman 2002).

6 Die globale Protestbewegung scheint bisher (trotz massiver weiblicher Beteiligung wie in jeder emanzipatorischen Revolte) wieder ziemlich männlich dominiert.

7 Einer der gravierendsten Kritikpunkte an Hardt / Negri ist, daß sie sich mit dieser Art von Forderungen wieder an irgendeine Art (national-)staatliches Subjekt wenden und sich dadurch nur innerhalb eines reformistischen Horizontes bewegen. Ich interpretiere das als Richtung, in die Kämpfe gerichtet sein sollten. Es gibt keine soziale Bewegung, die nicht an irgendwen Forderungen stellt. Es gibt keine nicht-reformistischen Kämpfe, aber in der Organisation der Kämpfe sollte bereits die Struktur einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft angelegt sein.

8 In diesem Abschnitt erscheinen diese Subjektivitäten als etwas „ontologisches“ - grundsätzlich von vornherein gegebenes. Bei Hardt / Negri wird das mit der „Produktion“ im Zusammenhang mit der Kreativität und Kooperation der Multitude gesehen, was ihnen den Vorwurf der Lebensphilosophie einbrachte - es gäbe etwas wie Begehren, Wunsch etc., was immer widerständig gegen Institutionen und Kapitalismus ist. Wird es aber im Lichte des Negrischen Spinozismus gesehen, handelt es sich dabei um das Steigen der Potentia - der individuellen und allgemeinen Fähig- und Möglichkeiten der Welt - durch Emanzipation und Revolution, so wie im folgenden Abschnitt das Fallen angedeutet wird. (vgl. Reitter 2002)

9 Daß 68 nicht nur emanzipatorisch war, zeigt die Entwicklung einiger Exponenten wie Horst Mahler in eine rechtsradikale Richtung. Nicht ohne Begründung kann er beanspruchen, daß der Antiamerikanismus der 68 in Deutschland auch eine nationalistische Komponente enthielt. Die antiautoritäre Ausrichtung verhinderte zumindestens in Europa die schlimmsten Entgleisungen. Im Trikont bedeutete 68 und danach das Ende der nationalen Befreiungsbewegungen (nach Vietnam hat es außer in Nicaragua keinen linksnationalistischen Sieg mehr gegeben), allerdings z.B. eine Verschiebung in Richtung Islamismus (von Iran bis Algerien). In Lateinamerika oder auf den Philippinen entwickelten sich die stärksten Bewegungen in Richtung bürgerlicher Demokratie.

Literatur:

Butler Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Butler Judith (1997): Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Frankfurt /Main
Foltin, Robert (2002): Immaterielle Arbeit, Empire, Multitude. Zu Hardt/Negris Empire. In: grundrisse Nr. 2, S. 6-19.
Hardt, Michael, Negri, Antonio (2000): Empire. Cambridge (Mass): Harvard University Press.
Hardt, Michael, Negri, Antonio (2001): Globalization and Democracy. Wien, Vortrag auf der Documenta 11.
Reitter, Karl (2002): Spinoza - ein vormoderner Denker? http://mailbox.univie.ac.at/Karl.Reitter-/Spinoza.htm
Truman, Andrea (2002): Feministische Theorie. Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Karl Reitter
Die 68er Bewegung - Versuch einer Darstellung ~ Teil 2

(Der erste Teil dieses Artikels erschien in der vorhergehenden, dritten Nummer der grundrisse.)

Die Entwicklung der Bewegung in einigen Ländern

Um dem Verständnis der 68er Bewegung näher zu kommen, will ich nun ihren spezifischen Verlauf in Frankreich, Deutschland, Italien und Österreich skizzieren. Eine solche Betrachtungsweise ist schon deshalb unumgänglich, weil nicht wenige Arbeiten und Interpretationen, und sogar oft nicht die schlechtesten, die Bewegung aus einem rein nationalen Gesichtspunkt aus analysieren. Dadurch bekommen nationale Besonderheiten ein übergroßes Gewicht und die Gesamtheit der Entwicklung wird nicht erkannt. Leider konnte ich so wichtige Länder wie die USA, Japan, Großbritannien und Mexiko nicht behandeln. Ich ersuche um Nachsicht.

Frankreich

1968 in Frankreich erscheint wie ein gigantisches Theaterstück, mit spannungsaufbauendem ersten Akt, dem offenen Ausbruch der Revolte und dem Triumph der Kräfte des Status Quo im letzten. Wie der Feder eines eher mittelmäßigen Autors entsprungen, agierten die beteiligten Akteure gemäß ihres Charakters: die StudentInnen als revolutionäres Ferment, die ArbeiterInnen als die schweren Bataillone, die nur langsam in Bewegung kommen, dann aber drohen, die Herrschaft zu stürzen, eine bis zur Besinnungslosigkeit brutale Polizei, Marionette der Regierung, ein stockreaktionäres Regime vom charismatischen De Gaulle angeführt, und in heimlicher Kumpanei mit den Kräften der Ordnung und Herrschaft auf Seiten der Linken die KPF. Das Durchkreuzen und Durchdringen der verschiedensten Fäden der Rebellion, die oftmals ein wechselndes Auf und Ab ergaben, fehlte in Frankreich. Statt dessen folgten alle Ereignisse einer einzigen Dramaturgie und konnten leicht auf einen Mythos begrenzt werden, der vielbeschworenen „Einheit von StudentInnen und ArbeiterInnen."

Der äußerliche Verlauf der Ereignisse ist rasch erzählt. Die Bewegung ging von Nanterre aus, 1964 als Außenstelle der Sorbonne gegründet, ein seelenloser Universitätscampus nach us-amerikanischem Muster. Freiwillig wohnte dort am Rande von Paris, ohne U-Bahnanschluß, niemand. Die Studierenden wurden von der Universitätsverwaltung zugewiesen, unter ihnen auch die Brüder Daniel und Gabriel Cohn-Bendit. Während in anderen Gegenden der Welt von Blumen und Liebe gesungen wurde, herrschte in Nanterre striktes Verbot für „Burschen", sich nach 22 Uhr in den

„Mädchenwohnheimen“ aufzuhalten. *„Die unmittelbare Abhängigkeit der Universitätsverwaltung vom Erziehungsministerium machte nahezu jede Universitätsangelegenheit zur Staatsangelegenheit.“* (Gilcher-Holtey 1995; 170) Als am 8. Jänner 1968 der zuständige Minister das Schwimmbad eröffnet, setzt sich Daniel Cohn-Bendit in Szene. Minister und Dekan lassen sich nur all zu leicht provozieren, es folgen Polizeieinsätze und „Schwarze Listen“ der rebellischen Studierenden. Obwohl deren Existenz offiziell geleugnet wird, zirkulieren sie rasch auf dem Campus. Am 2. Mai kann die Bewegung endlich in der alten ehrwürdigen Sorbonne im Quartier Latin Fuß fassen. Noch kündigt nichts die kommenden großen Ereignisse an. Etwa 300 Personen nehmen an einer Protestkundgebung teil. Ein Artikel des KPF Vorsitzenden Marchais wird zur allgemeinen Belustigung verlesen, in dem er die StudentInnen als Bürgersöhnchen beschimpft, die bald so und so die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse mitorganisieren werden. Doch die Staatsmacht reagiert mit unglaublicher Härte und Brutalität. *„Ohne das Einschreiten der Polizei am 3. Mai im Innenhof der Sorbonne wäre die Bewegung von Nanterre nicht nach Paris übergesprungen, ohne Schließung der Sorbonne hätte sie sich nicht auf das Quartier Latin ausgebreitet.“* (Gilcher-Holtey 1995; 207) Sprunghaft schwillt die Protestbewegung an, auf die erste Großdemo am 8. Mai 1968 folgt die legendäre Nacht der Barrikaden vom 10. auf den 11. Mai. Am 13. Mai kommt es zu ersten gemeinsamen Demonstrationen von ArbeiterInnen und StudentInnen. Das Odéon-Theater wird besetzt. Ab dem 14. Mai rollt die Welle der Betriebsbesetzungen. Sie beginnt beim Flugzeugwerk Sud Aviation (2000 Beschäftigte) und greift auf Renault Clèon und Renault Flins über. Wie ein Lauffeuer breiten sich Streiks und Besetzungen aus, am 20. Mai streiken ungefähr 5 Millionen Menschen. Die Aktionen werden zunehmend radikaler und direkter. Eine zündende Rede von De Gaulle bewirkt einen gegenteiligen Effekt, am 24. Mai kommt es zur zweiten Nacht der Barrikaden, diesmal unter aktiver Teilnahme von Personen aus den Pariser Vororten, die offenbar keine Repräsentation anerkennen. Die Börse geht in Flammen auf.

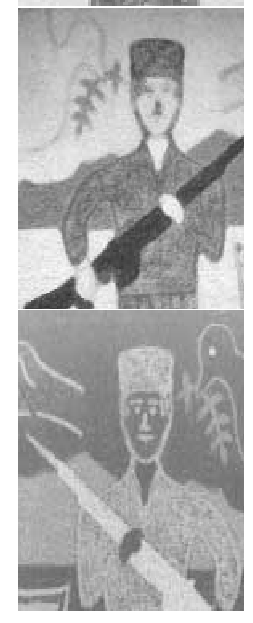
Während dieser Wochen ist das herrschende Regime wie gelähmt, in sich uneins und handlungsunfähig. Am 29. Mai kursiert das Gerücht, De Gaulle sei plötzlich spurlos verschwunden. Doch am 30. Mai kehrt er gut inszeniert aus Baden-Baden zurück, hält eine große Rede, bei der er diesmal den Ton zu treffen scheint und kündigt binnen 24. Tagen Neuwahlen an. Gleichzeitig demonstrieren 400.000[1] in Paris gegen die Rebellion mit Slogans wie „Cohn-Bendit nach Dachau“. Ab diesem Zeitpunkt ist die Bewegung gebrochen. Es folgen eine Reihe von Rückzugskämpfen, bei Renault Flints ermorden Polizeikräfte zwei Streikende. Am 12. Juni wird ein Verbot der trotzkistischen und maoistischen Gruppen ausgesprochen, offiziell schweigt die KPF dazu, heimlich begrüßt sie diesen Beschluß. Die Parlamentswahlen am 23. und 30. Juni 1968 bringen den Gaullisten einen in der Fünften Republik einzigartigen Wahlsieg. Die 68er Bewegung in Frankreich ist zu Ende.

Daß dieses Ereignis eine Flut von Interpretationen und Erklärungsversuchen auslöste, versteht sich von selbst. Ich kann hier nicht den Anspruch erheben, eine weitere zu formulieren, oder selbst all die vorhandenen darzustellen, sondern möchte bloß auf einige Punkte hinweisen, die mir bedeutsam erscheinen.

Die Zauberformel für das Begreifen und vor allem das Weitertreiben der Revolte schien die „Einheit von ArbeiterInnen und StudentInnen“ zu sein. Nicht wenigen AktivistInnen schien diese Frage als die bedeutsamste. Gelang es, das Bündnis zu knüpfen, so schien der gordische Knoten der Rebellion gelöst, scheiterte es, so war die Niederlage vorprogrammiert. Ich meine aber, diese Formel drückt nur die halbe Wahrheit aus. Wahr ist, daß StudentInnen und ArbeiterInnen in soziologisch und kulturell völlig getrennten Welten lebten. Es gab in Paris kaum ein Milieu, das Ausdruck verschwimmender, sich in Erosion befindlicher sozialer Identitäten war, keinen subkulturellen Kitt, wie er etwa in Italien entstand und die so genannte 77er Bewegung trug. Obwohl die Zahlen der Studierenden seit 1945 ständig stiegen, betrugen sie 1968 bloß 508.000, das sind nicht einmal 1% der Bevölkerung[2]. Aber worauf sollte denn diese Einheit beruhen, was sollte das Gemeinsame sein, das als Grundlage für ein derartiges Bündnis dienen könnte? Vor allem: Wenn von „Bündnis“ gesprochen wird, so wird gleichzeitig Verbindendes aber auch Trennendes vorausgesetzt. Was trennte nun die revoltierenden ArbeiterInnen von den StudentInnen, abgesehen von der platt auf der Hand liegenden Tatsache, daß beide Gruppen soziologisch, kulturell und gesellschaftlich verschieden waren. Werden die StudentInnen und die ArbeiterInnen für einen Moment getrennt betrachtet, so zerrinnen die üblichen Erklärungen für Rebellionen. Gut, die Zahlen der Studierenden stiegen seit dem 2. Weltkrieg um das fünffache. Das Ministerium reagierte bürokratisch, repressiv und rein administrativ auf den neuen Ansturm auf die Universitäten. Der Fouchet Plan sah eine Trennung zwischen Kurz- und Langzeitstudien vor - wie originell! Aber seit 1968 ist die Zahl der Inskribierten nochmals um das











vierfache gestiegen. Und das unter verschärften sozialen Bedingungen.

Wie sah die Situation der ArbeiterInnen aus? Obwohl die Einkommen der französischen Mittelklassen nach 1945 stärker als jene der ArbeiterInnen stiegen, konnten auch diese Reallohnzuwächse verbuchen. Es gab zwar einen Anstieg der Arbeitslosigkeit von 480.000 auf 657.000 im Jahr 1968 (Quelle: Gilcher-Holtey 1995), aber gegenüber den über 5 Millionen Arbeitslosen der 90er Jahre, nehmen sich diese Zahlen recht bescheiden aus. Ich will abkürzen und auf eine Aussage von Claude Lefort verweisen, der kurz und bündig feststellte: *„Das, was der Historiker, sei er nun Marxist oder nicht, eine ökonomische oder politische Krise nennt, sagen wir es ohne Umschweife, wir finden davon keine Anzeichen im Frankreich von 1968."* (Zitiert nach Rauch/Schirmbeck 1968; 149)

Ich schlage vor, das Ereignis der Mai Revolte von ihrem ersten Höhepunkt ausgehend zu analysieren, der Barrikadennacht vom 10. auf den 11. Mai. *„Ohne daß irgendeine Person oder Gruppe mit Entwürfen und Plänen bereitgestanden hätte, waren Zehntausende plötzlich dabei, ein Viertel, ihr Viertel, in eine riesige Baustelle zu verwandeln. Auf diese Weise hatte innerhalb des Perimeters dieser „Kommune des 10. Mai" ein Leben begonnen, das die Reporter in ihren Übertragungswagen stets neu zu beschreiben suchten: ein kollektiver Enthusiasmus, ein lautlos sich kommunizierender Jubel."* (Rauch/Schirmbeck 1968; 75) Nach Augenzeugenberichten entstand spontan an den verschiedensten Orten die Idee, die Bodengitter, die die Bäume umgrenzen herauszunehmen, um damit das Pflaster aufzuschlagen. Obwohl die Brutalität der Pariser Polizei, die während der Demonstrationen gegen den Algerienkrieg 1961 hunderte Menschen algerischer Herkunft ermordet hatte, selbstverständlich bekannt war, breitete sich bei den BarrikadenerbauerInnen ein eigenartiges Hochgefühl aus. Das berichten nicht nur die eben zitierten Autoren, sondern ist übereinstimmend auch in anderen Quellen zulesen: *„Das subjektive Erleben hinter den Barrikaden schlägt um in Freude, eine Art Feststimmung kommt auf.(...) Einander Unbekannte umarmen sich, verstehen sich, verlieben sich in ein Gefühl der Exaltation. Es entsteht, wie Le Monde berichtet, ‚un enthousiasme communicatif', der die Bewegung eint und in ihrem Anliegen bestärkt."* (Gilcher-Holtey 1995; 245)

Ich sehe in der Erfahrung und im Erleben, daß die Mauern des kapitalistischen Systems ein Loch haben, daß es möglich ist, endlich Subjekt zu sein statt Empfänger von Befehlen und Fußvolk repressiver Hierarchien, den entscheidenden Schlüssel für die Ereignisse des Mai 1968 in Frankreich. Als das Odéon Theater besetzt wurde, wurde es sofort ein Ort des Sprechens. Ununterbrochen, Tag und Nacht, wurde geredet, diskutiert, berichtet. Wenn Pierre Bourdieu in seinem Werk „Was heißt sprechen?" die Mechanismen des Ausschlusses, der Kompetenzverweigerung, der Hierarchisierung von Sprechmöglichkeiten analysiert, so lag eine Triebkraft der Bewegung darin, diese Mechanismen außer Kraft zu setzen, die Orte der Macht und des Ausschlusses zu erobern und darin einen offenen Dialog zu beginnen. Hand in Hand ging damit eine scharfe Kritik am Promi-Kult. Sartre konnte nur deshalb im Odéon auftreten, weil er mit der Erklärung begann, er käme als Lernender, nicht als Lehrender und tatsächlich als Zuhörer agierte.

Aus allen Berichten, die ich zum Mai 1968 kenne, geht klar hervor, daß es kaum möglich war, klare Forderungen und Ziele der Streikenden zu erkennen. In den Betrieben tauchte die Formel der Autogestion auf, die mit Selbstverwaltung übersetzt wird. Aber Selbstverwaltung ist kein Streikziel. Es gab keinen zirkulierenden Forderungskatalog, es gab im Grund nichts, worüber zu verhandeln gewesen wäre. Kein Wunder, über die Umkehrung der Machtverhältnisse, über Revolte als Entfaltung der eigenen Subjektivität kann nicht verhandelt werden. Im Gegensatz zu Deutschland oder Österreich entstanden die linken Gruppen **nicht** als Folge der 68er Revolte, Ebenso wie die KPF existierten trotzkistische, maoistische und situationistische Gruppen schon vorher. Obwohl sich alles wie im Leninistischen Bilderbuch anzuspielen schien - eine kleine, intellektuelle Avantgarde motiviert die ArbeiterInnenmassen zum radikalen Kampf - paßte dieses Schema doch nur formal. Vor allem lehnte die Bewegung instinktiv jede Repräsentation ab. Befreiung kann nur ein Akt der Selbstbefreiung sein.

Aber nicht nur die KPF stand der Bewegung hilflos und ablehnend gegenüber. Ernest Mandels Aufsatz „Die Lehren vom Mai 1968“, ist ein Dokument des völligen Unverständnisses. Auf der allgemeinen Ebene bleibt der Text vage und unverbindlich. Der Ereignisse zeigten, daß der Neokapitalismus[3] die „Widersprüche[4]“ nicht beseitigen könne und daß eine *„tiefe und unausrottbare Unzufriedenheit bei den Arbeiter“* bestehen würde. Sobald der Text konkret wird, kippt er in eine strategische und taktische Anweisung zur Machtoptimierung. Im Gegensatz zum stupiden Mantra der KPF - StudentInnen sind KleinbürgerInnen, die Bewegung ist reaktionär - erkennt er die Möglichkeiten, die Bewegung im gesellschaftlichen Kräfteparallelogramm einzusetzen. Natürlich fällt es ihm leicht, gegenüber einer KPF zu punkten, die, von der Wucht er Ereignisse gelähmt, nur noch Reform oder ein Blutbad beschwören konnte, kurzum ahnte, daß sie knapp daran war, jeden Einfluß zu verlieren. Der Bewegung selbst steht Mandel mindestens so äußerlich und ohne Verständnis gegenüber wie die KPF. Bezeichnend ist, daß er für die rebellierenden StudentInnen die Rolle des *„Katalysators“* (Mandel 1969; 119) reserviert. In der Chemie wird unter Katalysator ein Stoff verstanden, der chemische Prozesse verursacht, ohne sich selbst dabei zu ändern. StudentInnen müssen (in ihrem gesellschaftlichen Sein) bleiben was sie sind, aber sie können auf andere gesellschaftlich revolutionär einwirken - das heißt Katalysator in der Sprache der Gesellschafspolitik. Wie wenig Mandel eigentlich die Bedürfnisse der Rebellierenden ahnt, wie wenig er das aufkeimende Erlebnis, daß die herrschende Gesellschaft, ihre Hierarchien und Werte, ihre Ziele und Methoden durch völlig andere ersetzt werden können, begreift, zeigt sich in den staubtrockenen Vorschlägen (aus einem Text von Trotzki aus dem Jahre 1938, dem so genannten „Übergangsprogramm“, abgeschrieben), die er den rebellierenden ArbeiterInnen vorträgt, genauer, die die Katalysatoren den ArbeiterInnen nahelegen sollten: *„Mit anderen Worten, die Arbeiter müssen die Buchhaltung der Unternehmer offenlegen und die wirklichen Selbstkostenpreise und Gewinnspannen nachrechnen.“* (Mandel 1969; 145) Es mag ja spezifische Situationen geben, bei denen solche Forderungen sinnvoll sind. An den Ereignissen des Mai 68 zielen sie aber vollkommen vorbei. Nicht zufällig ignorierten die Streikenden die Anweisungen von Mandel, und ließen ihre Rechenschieber und Buchhaltungstabellen zu Hause.

Mit der Ankündigung von Neuwahlen setzt auch innerhalb der Linken das Rollback ein. Nun sind es wieder die traditionellen Apparate, die vernünftigen Forderungskataloge und die konstruktiven Wahlversprechen, die die Bewegung von innen aushöhlen. Die führende Kraft der Niederwerfung war zweifellos die KPF. Gilcher-Holtey arbeitet sehr deutlich die Kumpanei zwischen den Machthabern und der kommunistischen Partei Frankreichs heraus. Beide waren in ihrem Monopol bedroht und hatten es zu verteidigen, De Gaulle das Monopol der Staatsmacht, Marchais das Monopol der Opposition. *„Die Kommunistische Partei sah sich durch die antikommunistischen Attacken der Rede de Gaulles (vom 30. Mai K.R.) in ihrer Selbstwahrnehmung als einzige, wirklich revolutionäre Kraft bestätigt. Tatsächlich war die Diskrepanz zwischen Worten und Taten bei keiner der linken Oppositionsparteien so groß wie bei ihr. Sie wurde erst durch die vereinfachende Polarisierung der Rede de Gaulles zum Drahtzieher der Bewegung gemacht, die in Wirklichkeit nicht nur ohne sie gewachsen, sondern weitgehend auch gegen sie gerichtet war.“* (Gilcher-Holtey 1995; 416)

Bundesrepublik Deutschland

Der Ablauf der Ereignisse in der Bundesrepublik war durch zwei Zentren und zwei Themen gekennzeichnet. Obwohl die Revolte an vielen Orten aufflackerte, wurde ihr Rhythmus durch die spezifische Situation in Berlin und in zweiter Linie durch die Verhältnisse in Frankfurt bestimmt. Das politische Tagesgeschehen kreiste um die Themen „Internationale Solidarität“ und „Kampf gegen die politische Repression“. Nicht, daß es den kulturellen Flügel nicht gab. In München stand die Gruppe Amon Düül für Musik- und Drogenexperimente. In Hamburg organisierte sich die westdeutsche avantgardistische Filmszene, zu der anfänglich auch Jan Raspe gehörte. Aber die politische Strukturierung erfolgte an Hand der Themen Vietnam, Persien, dem Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung und der Hetze der Springer-Presse. Das erste, machtvolle Lebenszeichen des 1960 aus der SPD ausgeschlossenen SDS („Sozialistischer Deutscher Studentenverband“) war der in Frankfurt am 22. Mai 1966 abgehaltene Kongreß „Vietnam - Analyse eines Exempels“. Am 2. Juni 1967 demonstrierten rund 2000 gegen den Besuch des persischen Schahs in Berlin. Polizei und so genannte „Jubelperser“ gingen brutal gegen die DemonstrantInnen vor. Polizeiobermeister Kurras erschoß den unbewaffneten und flüchtenden Studenten Benno Ohnesorg[5]. Am 17/18 Februar 1968 fand in Berlin der „internationale Vietnamkongreß“ statt, diesmal demonstrierten 10.000 gegen den Krieg in Indochina. Am 11. April 1968 feuert ein aufgehetzter junger Arbeiter aus München, Josef Bachmann[6], drei Schüsse auf Rudi Dutschke ab. Und wieder stand das Thema Repression, Hetze und Solidarität im Mittelpunkt. Natürlich fehlte auch der 68er Bewegung in Westdeutschland nicht jene Tiefendimension, die

ich aus verschiedener Perspektive in diesem Artikel immer wieder zu beleuchten versuche. Aber wenn sie auf die Straße ging, wenn sie unmittelbar aktiv wurde, blieb sie auf der Ebene von Solidarität und Kampf gegen die Repression stehen.

Nirgendwo hat die These, die 68er Bewegung sei seine „StudentInnenrevolte" gewesen, so viel Berechtigung, wie im Fall der BRD. Soziologisch gesehen beteiligten sich nicht nur StudentInnen, sondern auch SchülerInnen, junge ArbeiterInnen und Personen, die traditionellerweise der Boheme zuzurechnen sind, an der Revolte. Doch das Rückgrat der Bewegung bildete von Anbeginn an der SDS, die Operationsbasis war fast immer die Universität. Vor allem: Die Bewegung war sofort mit einer aggressiven Repression konfrontiert, die nach einer besonderen Erklärung verlangt. Die vollkommen unangemessene und überzogene Reaktion des Establishments auf 68 war kein spezifisch deutsches Merkmal, aber insbesondere in Berlin war die Bewegung mit Reaktionen konfrontiert, die die Ereignisse eskalieren ließen und die AktivistInnen wohl rasch überforderten. Schon deshalb überfordern mußte, weil es keinen Brückenschlag zu den Arbeitenden in den Fabriken gab. Als im September 69 in den Stahlwerken und im Kohlenbergbau wilde Streiks ausbrachen, vernahm dies die 68er Bewegung wie eine Botschaft aus einer anderen Welt: „Und es gibt sie doch, die ArbeiterInnenklasse, und sie streikt, ist nicht, wie Professor Adorno erklärt, ins System integriert!" Doch die Wahrnehmung war reine Einbahnstraße, einen Brückenschlag zur Bewegung von Seiten der Belegschaften, wie in Frankreich, gab es nicht. Kurzum, die Streiks wurden zur Projektionsfläche von Fantasien, zu argumentativen Bausteinen in den abstrusesten Schlußfolgerungen. Ihnen wurde geschichtliche Bedeutung zugesprochen, die sie natürlich niemals hatten und gäbe es heute keine Debatte um 68, wir würden von ihnen nichts wissen.

Der Schlüssel für die Besonderheiten der deutschen 68er Bewegung lag also in Westberlin. Westberlin war buchstäblich ein Produkt des Kalten Kriegs, von den Mauern der DDR umgeben, von Bonn jährlich durch massive Geldzuwendungen wirtschaftlich am Leben gehalten. Viele junge Familien wanderten nach Westdeutschland ab. Es blieben einerseits Personen zurück, deren Mentalität von Fichter und Lönnendonker folgendermaßen beschrieben wird: *„Da war eine Bevölkerung, die durch Weltwirtschaftskrise, NS - Terror, Bombennächte im Keller, Demontage, Spaltung der Stadt und Mauerbau eine Durchhalte - Mentalität entwickelt hatte, die in ihrer Getto - Situation ein Rollenrepertoire entwickelte, das jede Kritik im Inneren als abweichendes Verhalten bestrafte."* (Fichter/Lönnendonker 1977; 88) Andererseits besaßen WestberlinerInnen einen diplomatischen Sonderstatus, d.h. wer in Westberlin lebte, mußte (und durfte) nicht zur Bundeswehr, ein Umstand, der viele de facto Wehrdienstverweigerer zum Umzug nach Berlin bewog. Und Westberlin strahlte auch etwas von jenem Schattenbereich aus, das offenbar nicht nur die Hippie-Szene, sondern die 68er Bewegung überhaupt anzog.

Für das westberliner Establishment war die Rhetorik des freien Westens keine bloßen Worte, sondern Basis für das Überleben der geteilten Stadt. Ausdruck fand diese Mentalität unter anderem in einer Aktion westberliner Zeitungen, die vorschlugen, aus Solidarität für jene in Vietnam gefallen amerikanischen Soldaten eine Glocke in die USA zu senden. Es gab wohl keine Stadt außerhalb der USA, in der sich so große Teile der Bevölkerung mit den Vereinigten Staaten als verbunden imaginierte, als wie in Berlin. Wer also dort „Solidarität mit dem Vietkong" skandierte, riskierte viel. Der Ausdruck Establishment war in Westberlin kein bloßes Wort. *„Der Senat, die Gewerkschaft ÖTV, die Springer-Presse und prominente Bürger riefen zu einer Gegenkundgebung* (gegen den Berliner Vietnam-Kongreß K.R.) *am 21. Februar* (1968 K.R.). *Der West-Berliner DGB-Chef Sickert sorgte dafür, daß die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes am Nachmittag dienstfrei bekamen, um an der Kundgebung teilzunehmen."* (G. Dutschke 1998; 188) Auf dieser Gegenkundgebung kam es zu folgendem, symptomatischen Vorfall. Ein junger Mann wurde für Rudi Dutschke gehalten: *„Da ist Rudi Dutschke!" Wie Lemminge drehte sich eine Menschengruppe um und rückte gegen den Mann vor. Er rief verzweifelt: „Ich bin Arbeiter wie ihr". Keiner hörte auf ihn. Als er stolperte, traten sie ihm mit Schuhen ins Gesicht. Jemand schlug mit einer Flasche auf ihn ein. Die Meute rief: „Schlagt ich tot! Hängt ihn auf!"* (G. Dutschke 1998; 189) Selbst als sich der Mann in ein Polizeiauto rettete, war die Pogromstimmung nicht zu Ende. Die Menge griff auch das Polizeifahrzeug an und die auf der Bühne versammelte Prominenz wurde Zeuge dieses Mordversuches.

Die westdeutsche 68er Bewegung konnte die Themen Repression und Solidarität niemals wirklich überwinden. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß nach dem Attentat auf Rudi Dutschke Frankfurt und damit der Kreis um Adorno, insbesondere Hans-Jürgen Krahl, an Bedeutung gewann. Krahl war wohl der bedeutendste Schüler von Adorno, aber er war kein Organisator wie Dutschke. Zudem stellt sich die Frage, ob die Orientierung an Adorno geeignet war, jene theoretischen Impulse zu entwickeln, die eine um ihr Selbstverständnis ringende Bewegung benötigt

hätte.[7] Adorno, ähnlich wie Habermas, vertrat die These *„vom Scheinrevolutionären und somit verwerflichen Charakter der Jugendrevolte.“* (Agnoli 1998; 57) Kurzum: der SDS zerfiel binnen Monaten. Die hektische Phase des Parteiaufbaus hatte begonnen.

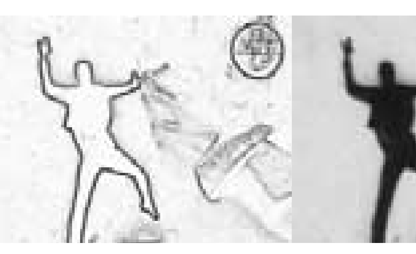
Österreich

Österreich unterschied sich von Frankreich und Deutschland durch die fehlende politische Zuspitzung, von Italien hinsichtlich der fehlenden Breite der Bewegung. 1970 kam mit Kreisky erstmals die SPÖ an die Alleinregierung, und der Sonnenkönig wußte geschickt mit Zuckerbrot und Peitsche die 68er Bewegung zu domestizieren. Aber an Vielfalt und Differenzierung fehlte es der Bewegung hierzulande keineswegs. Ein nicht unwesentlicher Teil entstammte dissidenten KPÖ Milieus. Um Robert Schindel versammelten sich regelmäßig im Cafe Hawelka die Kinder der KPÖ Emigration, zu denen sich der deutsche Wehrdienstverweigerer Günter Maschke[8] gesellte. Ebenfalls aus der KPÖ stammte die „Freie Jugend Österreichs“, die mehr einen reformkommunistischen Kurs einzuschlagen versuchte. Gewissermaßen aus dem Nirgendwo stammte die Gruppe um Genner, Stelzhammer und einem charismatischen Führer aus Frankreich „Rene“, die als „Heim-Spartakus“ Furore machte. Der Name ergab sich aus der durchaus wirkungsvollen Propagandatätigkeit, die diese Gruppe gegen skandalöse Zustände in Erziehungsheimen entfachte. Diese sehr informell organisierte Gruppe transformierte sich ab 1972 in die Kooperative Longo Mai und verließ fast geschlossen Österreich Richtung Frankreich und der Schweiz. Otto Mühl, der freilich schon damals in der Linken den Ruf hatte, autoritär und faschistoid zu sein, begann in seiner Wohnung im 2. Bezirk mit seinen als Aktions-Analysen bezeichneten Sexualakten auf Kommando. Einfluß hatte auch die aktive Wiener Aktionistenszene, die dem kurzlebigen SÖS die „Uniferkelei“[9] bescherte. Eine wichtige Rolle spielte auch der „Verband Sozialistischer Mittelschüler“ (VSM), der im Gegensatz zur Studentenorganisation der SPÖ in dauerndem Clinch mit der Parteiführung lag. Zu nennen ist weiters die Literaturgruppe um die Zeitschrift „Wespennest“ und auch im linkskatholischen Milieu gärte es. Zusammengefaßt: Auch in Österreich zeigte sich die 68er Bewegung in ihrer ganzen Bandbreite, von politischen, künstlerischen, aktionistischen, alternativen bis zu kulturellen Momenten, mit zahllosen personellen Überschneidungen, Kontakten und Querverbindungen. Die TeilnehmerInnenzahlen an den Demonstrationen schwankten zwischen 500 und 5000, öfters gab es Gerangel entweder mit der Polizei, hysterischen SPÖ Ordnern oder dem RFS, der damals eine beachtliche Stärke hatte. Es fehlte freilich ein wesentliches, herausragendes Ereignis, das die Bewegung inhaltlich und organisatorisch strukturiert hätte. Daraus darf jedoch nicht geschlossen werden, 68 hätte es in Österreich nicht gegeben oder die Szene sei wesentlich schwächer als etwa in München oder Hamburg gewesen.

Die Arena-Bewegung

Es gab mit einigen Jahren Verspätung eine genuine 68er Bewegung in Wien, die alle Zeichen einer fröhlichen Vermischung der inzwischen getrennt marschierenden Milieus zeigte. Wie bei allen realen politischen Ereignissen, gab es zwar auslösende Aktionen, doch die tatsächlichen Ereignisse hatte niemand geplant, geschweige denn, vorausgesehen. Die „Arena“ war ein riesiges Gelände. Erbaut 1915 bis 1926 diente sie jahrzehntelang als Schlachthof. 1976, längere Zeit nicht mehr im Betrieb, sollte sie abgerissen werden. Da es sich um ästhetisch einmalige Ziegelbauten handelte, setzte sich eine Gruppe von ArchitektInnen gegen die geplante Schleifung ein. Aus einem Solidaritätskonzert entwickelte sich rasch eine bedeutende Bewegung, das Areal wurde am 27. Juni 1976 besetzt, über 70.000 Unterschriften für die autonome Nutzung gesammelt. Was machte damals 68 wieder so lebendig? Einerseits verschmolzen die unterschiedlichsten politischen, kulturellen und sozialen Milieus nicht nur in proklamierter Solidarität, sondern auch im praktischen Gebrauch des Geländes. Andererseits - und das ist für mich der entscheidende Punkt - konnte und wollte niemand sagen, was denn die „Arena“ eigentlich bedeutete. Eine Möglichkeit, jenseits von kommerziellen Bedingungen Kunst, Kultur und Musik zu machen, einen Platz für die verschiedensten Versammlungen, ein Stützpunkt diverser Bewegungen, ein wenig „polizeifreier“ Raum, ein Ort für ungezwungene Kommunikation, das alles, und doch irgendwie noch mehr? Womit identifizierten sich eigentlich die Besetzer und Besucher, die zahllosen sich eifrig solidarisierenden Prominenten? Antworten gab es viele, Peter Brückner hielt ergrif-



fen eine Rede, die maoistischen und trotzkistischen Organisationen tüftelten ihre Strategien für die Verhandlungen mit der Gemeinde Wien aus, andere waren einfach dort und fühlten sich wohl. Es gab eine Arena-Zeitung und ein Arena-Lied - „Wir bleim, wir gengan nima furt", ein von den BesetzerInnen konzipiertes Arena-Theaterstück, - doch die eigentümliche Transzendenz des Projekts „Arena" blieb unfaßlich. (Am 11. Oktober ließ die Gemeinde Wien das Gelände bis auf einen kleinen Teil, den es heute noch gibt, räumen und in Folge abreißen.)

Italien

In keinem anderen Land zeigte sich die 68er Bewegung in einer derartigen Breite, Intensität, Dichte und Vielfalt wie in Italien. War es bei Frankreich, Deutschland und Österreich noch irgendwie möglich, einige wesentliche Züge der 68er Bewegung herauszuarbeiten, so scheint dieses Unternehmen bei Italien vollkommen tollkühn. Trotz dieser Probleme möchte ich drei Thesen vorstellen, die einen ersten Eindruck von 68 in Italien vermitteln sollten.

Erstens: Die ArbeiterInnenkämpfe, insbesondere bei Fiat, aber auch in anderen norditalienerischen Großbetrieben waren so intensiv, daß sich die Bewegung auf inhaltlichem Boden (jenseits von bloßer Solidarität und Kampf gegen die Repression) entwickeln konnte. Ebenso war die Rebellion der StudentInnen direkt auf ihre miserable Lebens- und Studiensituation bezogen. Ebenso wie die ArbeiterInnen die Fabrik als fremd und feindlich erführen und erkannten, erkannten die StudentInnen, daß die Universität keineswegs ein „Freiraum" oder seine „Spielwiese" ist. Diese von Haus aus praktische Wendung der Revolte ermögliche, so Guido Viale, die Basis für den tatsächlichen Kontakt zwischen ArbeiterInnen und StudentInnen: *„Nicht obwohl, sondern weil sie für ihre Interessen kämpfen, finden die Studenten Zugang zu den Arbeitern." (...) „Daß das Kapital nicht irgendwo, sondern in der Funktionsweise der Universität und im Alltag der Studenten aufzuspüren ist: diese Einsicht ist eine der wesentlichsten Lehren der 68er Bewegung."* (Viale 1977; 31) Die soziale und kulturelle Trennung, die es in der französischen Gesellschaft 1968 zwischen ArbeiterInnen und StudentInnen gegeben hat, scheint in dieser Schärfe in Italien nicht existiert zu haben. Über die damalige Situation in Neapel berichtet Viale etwa: *„In Schulen und Universitäten sind, unter elendesten Bedingungen, Massen von Jugendlichen konzentriert, oft Pendler und Auswärtige, Saison- oder Halbtagsarbeiter."* (Viale 1977; 32) Den StudentInnen war also „der Arbeiter" ökonomisch, kulturell, sozial und schlußendlich politisch zu nahe, als daß Mythen in einem solchen Ausmaß über das fremde und ferne Wesen „ArbeiterIn" entstehen konnten, wie etwa in der BRD um 1970. Die Formel der „Einheit zwischen ArbeiterInnen und StudentInnen" konnte teilweise realisiert werden, was der Bewegung einen klaren Sinn für Realitäten, trotz utopischer Momente, bescherte.

Zweitens: Das Verhältnis zwischen dem kulturellen und dem politischen Flügel entwickelte sich in Italien in eigentümlicher Form gegenläufig. *„In Italien entsteht der underground später als in anderen Ländern - und fällt dann bald der Studentenbewegung zum Opfer: auf Jahre hinweg werden die Interessen der Jugendlichen vollständig vom politischen Kampf und seinen Inhalten absorbiert werden."* (Viale 1977; 19) Allerdings sind keine Anzeichen einer Entwicklung in klaren Phasen zu finden. Obwohl irgendwie absorbiert, verschwindet das kulturelle Moment nicht, sondern taucht immer wieder, insbesondere auch in der 77er Bewegung, auf: *„Der Underground wird als parallele Strömung weitergehen, eigene Wege der Untersuchung einschlagen, aber in seinem Inneren hatte sich noch vor 1968 eine Abspaltung von bemerkenswerter Komplexität vollzogen, die sich auf die Erfahrung der französischen Situationisten bezog."* (Balestrini/Moroni 1994; 78) Gerade weil es keine klare, abgegrenzte Hippie-Phase und einen Hippieflügel gab, verschwanden diese Momente nicht, obwohl sie nie in Reinheit hervortraten, sondern wirkten unterirdisch weiter. *„Und doch stellt diese alternative Kultur eine der bedeutendsten und lebendigsten Komponenten der Bewegung dar - anders als z.B. in England, wo die politische Bewegung der Studenten und die kulturelle der drop-outs voneinander getrennt blieben und sich gegenseitig nicht beeinflußten."* (Viale 1977; 19)

Drittens: Gerade weil die Bewegung so viele reale Zentren und Brennpunkte hatte, folgte sie keinem linearen Schema, weder nach dem Muster der Kurve der Rebellion in Frankreich, noch nach klar überschaubaren Phasen wie in Deutschland. (Dazu mehr im nächsten Abschnitt) Vor allem: Italien scheint eines der wenigen Länder zu sein, in denen





der Feminismus innerhalb der 68er Bewegung wirksam wurde, und dadurch die Perspektive des politischen Handelns und der Rebellion nachhaltig veränderte. Während für andere Länder von einem klaren Ende der 68er Bewegung auszugehen ist, das etwa im Falle der BRD sehr leicht am Zerfall des SDS festgemacht werden kann, muß in Italien eher von verschiedenen Transformationen gesprochen werden.

Nach 68 (Deutschland und Österreich)

Lutz Schulenburg hat seiner Materialsammlung zu 68 den Titel gegeben: „Das Leben ändern, die Welt verändern!“ Die große Entmischung ließ die Bewegung in diese zwei Flügel zerfallen. Das eigene Leben zu ändern trat plötzlich in Gegensatz zur proklamierten Veränderung der Welt. Fast beiläufig formulierte Rudi Dutschke das unausgesprochene Programm der 68er: „*Weil uns diese Aktionen innerlich verändern, sind sie politisch. Politik ohne innere Veränderung der an ihr Beteiligten ist Manipulation von Eliten.*“ (R. Dutschke 1968; 76) Die Trennung dieser beiden Momente ließ beide Seiten nicht unberührt. Das Beharren auf der eigenen Subjektivität und der persönlichen Emanzipation nahm einen separatistischen Charakter an. Nun fühlte mensch sich nicht mehr als Teil einer umfassenden, weltumspannenden Revolte, sondern erkannte sich als besonderes Subjekt, das außerhalb, ja im Gegensatz zur Bewegung überhaupt stand. Während der gesamten 68er Entwicklung in den USA mißlang der Brückenschlag zur Black Panther Bewegung. Dies mit rein soziologischen Kriterien erklären zu wollen, weiße Mittelschicht da, schwarze Unterschicht dort, ist zu oberflächlich. Die Black Panthers waren zweifelsohne ein machtvolle Oppositionsbewegung, aber sie waren vom Geist der 68er nicht erfaßt.

Ebenso entstand die neue Frauenbewegung als Reaktion auf 68. Sie war die wichtigste Form der subjektiven Wende der Revolte, die nun auf Widersprüche innerhalb der Bewegung beharrte. Obwohl sich Frauen im selben Maße an der Revolte wie Männer beteiligten, konnten sie kaum in repräsentative Gremien vorstoßen. Der Aufstand der Frauen auf der Delegiertenkonferenz des SDS im September 1968 gegen die Dominanz der männlichen Genossen blieb letztlich eine Einzelaktion. Ein spezifisches Bewußtsein von der besonderen Unterdrückung der Frauen existierte in der 68er Bewegung ebensowenig, wie ein Bewußtsein über die massiven ökologischen Schäden der Industriegesellschaft oder die spezifische Besonderheit des deutschen Faschismus. Diese Tatsachen, die uns heute wohl als Defizite erscheinen, finden sich natürlich in zahllosen kritischen Arbeiten zu 1968. Allerdings, alle diese oft sehr harschen Rügen wurden allesamt Jahre, ja Jahrzehnte nach 68 verfaßt.

Spiegelbildlich entfaltete sich die Welt der K-Gruppen und der trotzkistischen Internationalen. An der Veränderung der Welt wurde festgehalten, doch hatte sich nun das Individuum als Werkzeug diesem Ziel unterzuordnen. Insbesondere Peter Brückner kritisierte das Ausblenden dieser Dimension und zwei seiner Schüler beklagten „*die totale Eliminierung der eigenen subjektiven Antriebe und Bedürfnisse aus der politischen Praxis.*“ (Eisenberg/Thiel 1975; 3) In den Kreisen der Parteigründer machte stets die Rede von den „objektiven Notwendigkeiten“ die Runde. Diese Notwendigkeiten sahen alle ein, alle waren bereit, sich ihnen unterzuordnen. Es ist daher unrichtig, diese Gruppen als besonders autoritär strukturiert zu bezeichnen. Es war eher Selbstdisziplin und freiwillige Bereitschaft zum Einsatz, die mit Notwendigkeit rigide innere Strukturen produzierte. Doch die Ablehnung der subjektiven Emanzipation - als bürgerlicher Individualismus gegeißelt - war nicht völlig aus der Luft gegriffen. Nach dem Verlöschen der eigentlichen 68er Bewegung trat die subjektive Seite und das Festhalten an einer weltumspannenden Perspektive tatsächlich in einen gewissen Gegensatz; das wurde durchaus erkannt. Diese Wende kann am veränderten Umgang mit Psychoanalyse illustriert werden. Wie die Liste der Raubdrucke ja plastisch zeigt, rezipierte die Bewegung intensiv die Schriften von Reich, Freud und Klein. Aber Psychoanalyse wurde als Gesellschaftstheorie verstanden, als Lehre von der gesellschaftlichen Unterdrückung der Triebe, Wünsche und der psychischen Struktur. Und diesen Deformationen konnte nur auf gesellschaftlicher oder zumindest politisch-kollektiver Ebene begegnet werden. Als therapeutische Praxis fungiere die Psychoanalyse im Sinne des Status Quo, repariere das Individuum im Sinne der herrschenden Nomen und Werte. Diese These, von Herbert Marcuse formuliert, wurde von der Bewegung mit fliegenden Fahnen übernommen. Erst der völlige Zusammenbruch der letzten Reste



der 68er ebnete der entpolitisierten Psychoszene und ihrem Flirt mit der Esoterik den Weg.

Aber nicht nur das Beharren auf einem allumfassenden Revolutionsanspruch wies die K-Gruppen als partielle Erben der 68er Bewegung aus. In verblüffender Homologie zur Hippie-Szene reproduzierten die ParteigründerInnen die strikte „Wir“ - „Sie“ Dichotomie der Welt. Die Elemente waren naturgemäß völlig verschieden. Bezogen die einen ihre radikale Weltsicht aus einem gut gefüllten Joint, so die anderen aus dem Studium marxistischer Schriften. Im Prinzip lebten beide Gruppen, im Gegensatz zu den „NormalbürgerInnen“ gleichermaßen in zwei völlig verschiedenen Welten. Auf der einen Seite gab es die Gesellschaft mit ihren falschen Werten, ihrem dummen Gerede und irrwitzigen Institutionen, auf der anderen Seite jener kleine, verschworene Kreis von Eingeweihten, der eine Totalität von Sinnbezügen und sozialen Beziehungen konstituierte.

Zusammenfassende Überlegungen

Ich möchte abschließend nochmals zwei Aspekte hervorheben, die mir nicht nur für das Verständnis der 68er Bewegung wesentlich erschienen, sondern auch gegenwärtig virulent sind. Das ist zum einen die Frage der sozialen Zusammensetzung der Bewegung und zum anderen der Typus von Politik, den 68 geprägt hat.

Nicht nur die Linke, auch die bürgerliche Soziologie hatte mit der sozialen Identität der 68er Bewegung ihre liebe Not. Ausdrücke wie „Jugendbewegung“, „StudentInnenbewegung“ oder das Bemühen des Generationsbegriffes von Karl Mannheim hatten zweifellos eine gewisse Berechtigung, nur ersetzen sie keine klassenmäßige Analyse. In einem interessanten Referat[10] vertrat Claus Leggewie die These, seit den 60er Jahren hätte sich das politische Verhalten der Arbeiter- bzw. Mittelstandsjugend reziprok verändert. Salopp gesagt, die Arbeiterjugend würde nach rechts, die Mittelstandsjugend nach links driften. So gesehen erscheint nicht nur die 68er Bewegung, sondern auch die gegenwärtigen, wie etwa die sogenannte Antiglobalisierungsbewegung oder die Bewegung gegen Schwarzblau, die unermüdlich jeden Donnerstag eine Demo durchführte, als „mittelständisch“.

Ich meine hingegen, daß die Charakterisierung der 68er, aber auch heutiger Bewegung als „mittelständisch“ oder gar „kleinbürgerlich“ eher soziologischen Kriterien, denn einer tatsächlichen Klassenbestimmung entspringt. Auch auf die Gefahr hin, daß nun auch ich etwas über das Ziel hinausschieße, möchte sich doch eine Gegenthese formulieren. Nicht die „Mittelschichten“ haben sich gewandelt, sondern neue soziale Schichten des Proletariats sind entstanden, Schichten, die allerdings keinen proletarischen Stallgeruch verströmen. Ich meine, daß die Linke unter dem Schlagwort „Proletarisierung“ völlig falsche Vorstellungen transportierte. Unter dem Begriff „Proletarisierung“ wurde fälschlich eine ökonomische, lebensweltliche, kulturelle und habituelle Annäherung an eine bestehende ArbeiterInnenklasse verstanden. Anders gesagt, „Proletarisierung“ meint, daß ehemalige Individuen aus Mittelschichten so zu leben, arbeiten, denken, handeln, zu wohnen und sich zu vergnügen beginnen wie das bestehende Proletariat in seiner auch soziologisch beschreibbaren Form, daß neue, abgesunkene Schichten gewissermaßen zur bestehenden ArbeiterInnenklasse dazu addiert werden und diese zahlenmäßig vermehren. Den Begriff „Arbeiterklasse“ definierte Jürgen Kuczinski in einer geradezu putzig naiven Form: *„Die Arbeiterklasse ist die Klasse der Industriearbeiter, der an Maschinen in Fabriken arbeitenden Proletarier“.*[11] Nicht ohne Süffisanz konnten bürgerliche Soziologen der Linken vorrechnen, daß die Anzahl der männlichen Industriearbeiter analog zum Rückgang dieses Sektors sinkt; ist die ArbeiterInnenklasse schlicht vom Aussterben bedroht? Diese Auffassung ist natürlich Unfug. Was sich meiner Ansicht nach 68 in Keimform ankündigte und seitdem massiv zugenommen hat, ist eine neue, dem Postfordismus entsprechende ArbeiterInnenklasse, die sich - und das ist der Punkt - kulturell, lebensweltlich, habituell und in den alltäglichen Lebensformen vom fordistischen Proletariat, genauer, vom imaginieren und idealisierten Bild des fordistischen Massenarbeiters, unterscheidet. Zu diesen Unterscheidungen zählt unter anderem auch das Niveau der Bildung, wenn wir einmal in unseren Breiten bleiben. Doch die Linke ist noch immer stark an rein soziologischen Merkmalen orientiert, auch wenn sie die Primitivität eines Kuczinski überwunden hat. Es ist leicht, hier die Probe aufs Exempel zu machen. Man höre sich einmal in der Linken um, ob eine Person, die Matura oder gar ein Studium abgeschlossen hat, zum Proletariat zähle. Natürlich ist die Frage schief gestellt, denn aus der Bildung allein resultiert mitnichten eine klassenmäßige Zuordnung. Das mag in der Zwischenkriegszeit so gewesen sein, gilt aber spätestens seit 68 nicht mehr. Ich könnte hier wirklich dutzende Biographien von Personen anführen, deren soziale Existenz, trotz Matura und Studium mit besten Willen nicht als „mittelständisch“ zu bezeichnen ist. Trotzdem, eine Hochschulabsolventin kann eine Proletarierin sein? Da zögert der linke Menschenverstand immer noch.

Noch ein zweites Bespiel für soziologische Befangenheit. Im Sommer dieses Jahres demonstrierten über 5000 Jugendliche in Wien unter dem

Motto „Hanffeuer“ für die Legalisierung von Cannabis. Ich verwette meine Incredible-String-Band Plattensammlung, daß ein großer Teil der Linken ferndiagnostisch - schließlich war man ja nicht anwesend - diese Demonstration als nicht proletarisch bezeichnen würde. So darf mensch sich die kämpferische Proletarierjugend nicht vorstellen! Wie dann? Im Sinne der soziologisch verengt definierten Arbeiterjugend sozialdemokratischer Jugendzentren, die imaginieren Jugendlichen der Gewerkschaft, die Jugend repräsentiert durch die „Roten Falken“?

Zusammenfassung: Ausdrücke wir „mittelständisch“ sind hilflose Rest- und Residualkategorien für Bewegungen, deren kultureller Habitus, Sprache und kulturellen Interessen veralteten Klischees „des Proletariers“ nicht entsprechen. Eine tatsächliche Klassenbestimmung müßte von den Lebens- und Arbeitsbedingungen ausgehen, wie sie der Postfordismus geschaffen hat. Die übliche Kennzeichnung der 68er Bewegung, aber auch vieler Bewegungen gegenwärtig als „irgendwie“ nicht „wirklich“ proletarisch entsprechen in der Regel einfach kulturalistisch und soziologistischen Abkürzungen.

Das ganze Leben

Der zweite Punkt, den ich abschließend nochmals betonen möchte, wurde im ersten Teil dieses Artikels mehrfach angesprochen. Ich will mich jetzt mit einer knappen Zusammenfassung begnügen. Sowohl im Bewußtsein als auch im praktischen Handeln verknüpfte die 68er Bewegung die Rebellion gegen die herrschende Vergesellschaftung mit der Emanzipation des eigenen Selbst. Politik bedeutet sowohl Veränderung des Gegebenen wie Selbstveränderung. Politik kann nicht (nur) Ausdruck von gegebenen Bedürfnissen und Interessen sein, sondern von Reflexion dieser Bedürfnisse, von der Schaffung neuer Bedürfnisse, die ihrerseits Resultat des erreichten Standes der Emanzipation darstellen. Wie kaum eine andere Bewegung beharrten die 68er auf Selbstreflexion, oft bis zur masochistischen Selbstanklage gesteigert. Die eigene Person, die konkreten sozialen Verhältnisse nicht zu thematisieren, das hieß in der Sprache der 68er schlicht bürgerliches Politikverständnis, mochten die Forderungen und Losungen noch so radikal und kapitalismuskritisch formuliert werden.

Auch wenn diese Gesinnung oftmals hölzern und schematisch proklamiert wurde, auch wenn mit sehr verkürzten Annahmen operiert wurde, etwa der These von Wilhelm Reich, sexuelle Freiheit würde mir nichts dir nichts den Kapitalismus zum Einsturz bringen, so wurde jedoch niemals der Zusammenhang zwischen der individuellen Emanzipation und der Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse aus den Augen verloren.

Das Auseinanderdriften dieser beiden Momente markiert das eigentliche, frühe Ende der 68er Bewegung. Aus einem sowohl als auch wurde ein entweder oder. Ironischerweise wurzelte die seltsame Karriere des Leninismus nach 1968 immer noch im Geist der Bewegung. Nach Lenin ist das Proletariat auch wenn es um seine Interessen kämpft, nur zu einem beschränkten Bewußtsein fähig. Streiks und Widerstand - so die Thesen des Leninismus - sollen aber das Proletariat für die Einsichten der Avantgarde empfänglich und aufnahmebereit machen. Nun, dieser Prozeß gab es nicht einmal in Ansätzen, weder in Frankreich, noch in Italien. Es gab in nur in den diversen Schriften trotzkistischer und maoistischer Organisationen. Tatsächlich erfolgreich angewandt wurde der Leninismus von den Protagonisten der 68er Bewegung nur auf sich selbst. Sie imaginieren sich selbst als ursprünglich rebellisch und radikal, aber eben im „bürgerlichen Bewußtsein“ befangen, um nun, während der Phase der Parteigründungen um 1970, zum „proletarischen Bewußtsein“ vorzudringen. Anstatt streikende ArbeiterInnen zu missionieren wurden jene Teile

der Bewegung, die sich dem Parteiaufbau verschreiben, zum Objekt des Hineintragens der wissenschaftlichen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft.

In der besonderen Form, mit den besonderen Einfärbungen ist dieses Politikverständnis sicher Geschichte, aber ich meine, daß ihr prinzipieller Gehalt mehr den je aktuell ist. Kritik und Widerstand gegen die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse vom Prozeß der Emanzipation zu trennen, ist immer unzureichend. In diesem Zusammenhang eine kleine Überlegung zu ATTAC und deren Konzept der Tobin-Tax[12]. Die Frage, ob die Tobin-Tax sinnvoll ist oder nicht, will ich hier ausklammern, das ist nicht das Thema dieses Artikels. Zumal es an Kritik von linker Seite nicht fehlt, aber ich kenne keinen Einwand, der auf die ungeheure Ferne zu den Bedürfnissen und Widerstandformen von Subjekten hinweist. Selbst solche simplen Forderungen wie Lohnerhöhungen oder die Abschaffung der Studiengebühren wirken sich in realen Bezügen unmittelbar aus, stärken die gesellschaftliche Situation der Betroffenen. Die Idee des Herrn Tobin jedoch hat nicht die leiseste Verknüpfung zu den Bedürfnissen revoltierender Subjekte. Daraus ist sicher nicht linear zu schließen, sie sei falsch und abzulehnen. Aber als rein technokratische Maßnahme steht sich außerhalb von Emanzipationsprozessen. Wenn wir heute von 1968 etwas lernen können dann dies: linke Politik muß von diesen Prozessen ausgehen, sie artikulieren, reflektieren und letztlich mit dem Prozeß der realen Befreiung verschmelzen.

Zitierte Literatur:

Agnoli, Johannes (1998) „1968 und die Folgen“, Freiburg
Balestrini, Nanni; Moroni, Primo (1994) „Die goldene Horde. Arbeiterbewegung, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien“, Berlin
Dutschke, Gretchen (1998) „Rudi Dutschke. Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben“, München
Dutschke, Rudi (1968) „Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt“, in: Bergmann, Dutschke, Lefèvre, Rabehl, „Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition“, Reinbek bei Hamburg
Eisenberg, Götz; Thiel Wolfgang (1975) „Flucht versuche. Über Genesis, Verlauf und schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung“, Gießen
Fichter, Tilman, Lönnendonker, Siegwart (1977) „Kleine Geschichte des SDS“, Berlin
Gilcher-Holtey, Ingrid (1995) „Die Phantasie an die Macht. Mai 68 in Frankreich“, Frankfurt am Main
Mandel, Ernest (1969) „Die Lehren vom Mai 1968“ In: A. Glucksmann, A. Gorz, E. Mandel, J.-
Rauch, Malte, J., Schirmbeck, H. Samuel (1968) „Die Barrikaden von Paris. Der Aufstand der französischen Arbeiter und Studenten“, Frankfurt am Main
Viale, Guido (1979) “Die Träume liegen wieder auf der Straße. Offene Fragen der deutschen und italienischen Linken nach 1968“, Berlin

Anmerkungen:

1 Quelle: Gilcher-Holtey. Andere Berichte sprechen von bis zu einer Million GegendemonstrantInnen
2 Folgende Zahlen habe ich aus den Arbeiten von Rauch/Schirmbeck (1968), Gilcher-Holtey (1995) und der Quelle: http://www.passe-partout.de/docs_fr/fakecof.htm#zahlen zusammengestellt. Studierende in Frankreich: 1946 - 123.000, 1963 - 383.500, 1966 - 395.000, 1968 - 508.000, 1969 - 587.000, 1972 - 910.000, 1980 - 1.176.000, 1993 - 2.064.000, 2002 - 2.126.000
3 „Neokapitalismus“ war damals ein beliebter Ausdruck. Über das „Neo“ konnte und wollte freilich niemand so recht Auskunft geben, manche sprachen lieber optimistisch vom „Spätkapitalismus“.
4 Allein der Ausdruck „Widersprüche“ wäre eine eigene Diskussion wert. Was unterschiedet Widersprüche von Gegensätzen und Verschiedenheit? Wieso ist Befreiung ein Ausdruck von Widersprüchen? Ist Befreiung nicht primär als Prozeß zu denken?
5 Nur sieben Tage nach den Todesschüssen auf Ohnesorg wirft Jürgen Habermas auf einem Kongreß in Hannover der Bewegung „Linksfaschismus“ vor. Es geht nichts über ein gewisses Fingerspitzengefühl.
6 Bachmann stand später mit Rudi Dutschke in Briefkontakt. Offenbar hatte er es nicht verkraftet, bloßes Werkzeug einer zynischen Presse gewesen zu sein. „In der Nacht vom 23. auf den 24 Februar 1970 beging Josef Bachmann Selbstmord.“ (G. Dutschke 1998; 244)
7 Habermas kam dafür so und so nicht in Frage: „Wir in Berlin betrachteten diesen großen deutschen Philosophen keineswegs als Mentor der Studentenbewegung, sondern eher als Gegner.“ (Agnoli 1998; 8)
8 Maschke war mit Gefängnis bedroht, sollte er an die BRD aufgeliefert werden. Schließlich fand er in Cuba Asyl, wandte sich aber dort nach und nach von der Linken ab.
9 Am 6.Juni 1968 zogen Günter Brus, Oswald Wiener und Otto Mühl alle Register, Brus ließ sich auspeitschen und sang dabei die Bundeshymne, Mühl verrichtete seine Notdurft. Die ganze Sache wäre benahe unbemerkt über die Bühne gegangen, hätte nicht ein gewisser Michael Jeannee am 10.6.1968 einen entsprechenden Artikel im „Express“ veröffentlicht. Offiziell trat als Veranstalter der sich gerade in Auflösung befindliche SÖS auf.
10 Gehalten im „Institut für die Wissenschaft vom Menschen“ in Wien vor zirka fünf, sechs Jahren
11 Gestner/Hajek, (Hg.) 1968 und dann?, Bremen 2002, Seite 187
12 Diese Steuer sieht vor, das auf dem Weltmarkt zirkulierende fiktive Kapital zu besteuerten, um dieses in seiner schrankenlosen Zirkulation zu behindern.

Roland Atzmüller
Wie macht man eine Arbeiterpartei?

1. Wie aus ArbeiterInnen und ModernisierungsverliererInnen der liberale Flügel der FPÖ wird, sobald die ÖVP von der FPÖ gewinnt

Die Wahlen 2002 sind vorbei und die ÖVP hat gewonnen. Sie hat gewonnen nicht einfach, weil sie die relative Mehrheit erstmals seit 36 Jahren errungen hat, sondern weil sie die hegemoniale Auseinandersetzung um die Führung im bürgerlichen Lager, wie sie sich seit 1986, also seit der Übernahme der Parteiführung der FPÖ durch Jörg Haider, entwickelt hatte, für sich entscheiden konnte - zumindest vorläufig. Damit wurde aber auch die politische Hegemoniekrise in Österreich, die 13 Jahre große Koalition und der Wunsch nach dem Beitritt zur EU überdeckt haben, beendet. Diese hatte spätestens 1986 als es der ÖVP - angetan vom Neoliberalismus dieser Tage - nicht gelungen war, die Sozialdemokratie an der Staatsspitze abzulösen, auch wenn sie in den folgenden Jahren wirtschaftspolitisch weitgehend bestimmend war.

Populistische Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat und die verstaatliche Industrie, Sozialschmarotzerkampagnen, Kritik am Gewerkschaftseinfluss und Budgetdefiziten, aber auch die Kulturkämpfe dieser Jahre (Tabori, Bernhard) und die zur Ursache von Drogensucht, Zerfall der Familie und Kriminalität hochstilisierte gesellschaftliche Liberalisierung formten Anfang der 80-er zentrale Pfeiler des Gegenentwurfs der ÖVP. In den Augen des sich reorganisierenden Konservatismus beruhte der gesellschaftliche Kompromiss der Zweiten Republik auf einer langfristig angelegten Strategie der gesellschaftlichen Transformation, die in den sozialdemokratisch geführten Regierungen, der gesellschaftspolitischen Liberalisierung nach 1968, der sozialpartnerschaftlichen Beschränkung unternehmerischer Führung und des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates mit seinen Egalitätsansprüchen - egal wie real diese tatsächlich waren- kulminierten.

In diesen Diskursen, die nicht zuletzt von den Boulevardmedien getragen wurden, artikulierte sich die zunehmend radikalisierende Gegnerschaft eines wachsenden Teils der Bevölkerung, die die durch die gesellschaftlichen Veränderungen der 70-er Jahre bewirkten Dynamiken nicht länger akzeptieren wollten und als Angriff auf ihre Machtpositionen in der patriarchalen und rassistischen Ordnung der Gesellschaft auffassten. Das Ressentiment für alle zahlen zu müssen, für Sozialschmarotzer, Drogensüchtige, Kriminelle, geschiedene Ehefrauen, StudentInnen und Scheinasylanten, die nichts arbeiten wollen, für Gewerkschaftsbonzen und korrupte Politiker und natürlich für die ‚nie Ruhe gebenden Juden', wurde zum ‚ideologischen Kitt' der Rechten. Dieser verdichtete sich in den Zielen der Budgetkonsolidierung in den 80-ern oder dem Nulldefizit - dem Eckpfeiler der Schwarz-Blauen Regierung zur Basis des Projekts der konservativen Wende, die in dieser Wahl in Schüssel und Grasser vereinigt wurde. Obwohl sich schon 1986 Schwarz-Blau ausgegangen wäre, hatte der großkoalitionäre Flügel der ÖVP - insbesondere der Wirtschaftsflügel - die Partei in eine große Koalition mit der SPÖ gezwungen, um nicht gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften den EU-Beitritt durchsetzen zu müssen. Das ließ aber nach 1995 das Ende dieser Regierungsform absehbar werden.

Wenn es in Österreich je eine sozialdemokratisch-reformerische, gesellschaftliche Hegemonie gegeben hat, dann wurde sie spätestens 1986 beendet, als mit der Großen Koalition Budgetkonsolidierung und Sozialabbau begannen. Dass sie beendet war, wurde aber auch in der Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten sichtbar[1]. Hier wurde nicht nur zum ersten Mal sei 1945 ein ÖVP-Kandidat Bundespräsident, von dem ein damaliger ÖVP-Politiker sagte, dass er vom Jüdischen Weltkongress verfolgt werde, wie Jesus von den Juden. Damit wurde vielmehr auch von einer Mehrheit der Bevölkerung das beanspruchte antifaschistische Selbstverständnis der Zweiten Republik offen in Frage gestellt. Man wollte sich nicht nur nicht erinnern, sondern wählte ‚jetzt erst recht', wen man wollte, solange nicht bewiesen war ‚dass Waldheim 6 Juden eigenhändig erwürgt hat', wie der damalige Generalsekretär der ÖVP, Michael Graff, die antifaschistische Grenze des christlichen Lagers definierte.

Da es jedoch nicht gelang, die SPÖ von der Staatsspitze zu stoßen und die Wende auch auf der symbolischen Ebene durchzusetzen, blieb das Ziel eines wachsenden Teils des rechten, konservativen Lagers nach einem Bruch mit der Nachkriegsordnung unerreicht. Da half alles nichts, auch nicht die rassistische Politik eines Löschnaks, Schlögls und anderer und auch kein Sozialabbau - ein ‚Sozialist' bleibt ein ‚rotes G'fries' und ein ‚vaterlandsloser Geselle', wie sich zu Zeiten der EU-Sanktionen ja wieder gezeigt hat. Der zu formulierende Bruch musste also tiefer gehen und nicht allein die als Übersozialisierung verstandenen gesellschaftlichen Dynamiken seit den 70-ern im Einklang mit dem internationalen Aufstieg des Neoliberalismus überwinden. Er musste mit der sogenannten ‚antifaschistischen Umerziehung' seit 1945 artikuliert und im Projekt der Dritten Republik verdichtet werden. Das war nach Waldheim möglich.

Der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider begann. Dass tatsächlich ein wachsender Teil der Bevölkerung - v.a. der ehemaligen ÖVP-Klientel - die sozialpartnerschaftliche, wohlfahrtsstaatliche Regulation des Kampfes zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht mehr mitragen wollte, zeigte sich in den folgenden Wahlen. So verlor 1990 die ÖVP etwa 10% ihrer Stimmen, während es zumindest damals der SPÖ noch gelang, ihre Wählerkoalition mehr oder weniger zusammenzuhalten. Nicht zuletzt durch die Artikulation des gesellschaftlichen Rassismus, der bis weit in die SPÖ hineinreicht, erfuhr die Reorganisation der Rechten in den 90-ern eine weitere Radikalisierung. So entstand mit dem Wachstum der FPÖ im Laufe der 90-er eine hegemoniale Konkurrenz zur ÖVP im bürgerlichen Lager, die Ende der 90-er drauf und dran war, die Konservativen zu überholen. 1999 hatte die ÖVP unter Schüssel, wollte sie nicht auf Dauer den Führungsanspruch aufgeben, tatsächlich nur noch die Möglichkeit, ihre Position durch den Bruch mit der Großen Koalition zu sichern und die offene Auseinandersetzung um die hegemoniale Führung Österreichs mit der FPÖ in Form der Schwarz-Blauen Koalition zu suchen. Aufgrund ihres Charakters als autoritäre Führerpartei geht der FPÖ ein tiefes Verständnis von politischen Machtverhältnissen unter bürgerlich-demokratischen Bedingungen (vgl. Jessop 1990), die sie zumindest weitgehend einschränken würde, wenn sie könnte, ab. Obwohl also, um Antonio Gramsci (vgl. ders. 1991ff) zu paraphrasieren, die ÖVP in den 90-er Jahren wankte, stellt die Parlamentspartei doch nur einen ‚vorgeschobenen Schützengraben' dar, hinter welchem sich eine ‚robuste Kette von Festungen und Kasematten' befindet. Obwohl die ÖVP 1999 auf parlamentarischer Ebene nur noch 20% aller Wahlberechtigten hinter sich hatte vereinigen können, war sie die Partei der Bürgermeister, Bezirkshauptmänner und Landeshauptleute geblieben, die die Interessensorganisationen der Wirtschaft dominierte, die Kirche und viele Medien hinter sich wusste und ihre VertreterInnen in vielen Institutionen der Gesellschaft im Proporz mit der Sozialdemokratie installiert hatte.

Um sich also aus der hegemonialen Krise zu befreien, musste die ÖVP mit dem letzten, durch die Politik der Schlögls ausgehöhlten, verbliebenen Rest sozialdemokratischer Hegemonie, nämlich der Ausgrenzung der FPÖ, brechen. Indem sie der FPÖ diesen Bruch anbot, konnte sie die Sozialdemokratie als führende Partei in der Regierung und in weiterer Folge stimmenstärkste Fraktion ablösen. Es ihr durch das Ende der Ausgrenzung gelungen, die Herausforderung durch die FPÖ abzuwehren. Auch wenn sich das Projekt der FPÖ vorwiegend an 30 Jahren sozialdemokratischer Regierungsdominanz und am symbolischen Scheitern der Wende in den 80-ern entzündet hatte, fand die tatsächliche gesellschaftliche Auseinandersetzung zwischen der ÖVP und der FPÖ statt. Das aber hatte die FPÖ mit ihrer Entscheidung 2000, in eine Regierung einzutreten nicht verstanden, das haben aber auch SPÖ und Grüne nicht verstanden. Umso größer das Rätselraten über die Ursachen des Wählerstromes zur ÖVP. Doch es fällt den WahlforscherInnen nicht schwer, Erklärungen anzubieten, und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse umzudeuten.

Die DemoskopInnen haben aus den zur FPÖ gewechselten WählerInnen zuerst mehr oder weniger frustrierte, ressentimentgeladene männliche Arbeiter und Modernisierungsverlierer gemacht. Nach der Wahl 2002 wird nun behauptet, mit Grasser und

den anderen zurückgetretenen FPÖ-PolitikerInnen habe sich der wirtschaftsliberale und vernünftige, weil regierungsfähige Teil der ÖVP zugewandt. Aus dem ‚Realignment der blue-collar worker' wurde die Verallgemeinerung des wirtschaftspolitischen Citoyens, der auf dem politischen Wettbewerbsraum (vgl. Plasser et al. 2000) seine Wahl trifft und sich für Stabilität, Sachlichkeit und stabilitätsorientierte Budgetpolitik entschieden habe. Dementsprechend seien die Arbeiter zuerst von der SPÖ zur FPÖ und nun zur ÖVP gewandert, wodurch sie in den Augen der liberalen Öffentlichkeit wieder rehabilitiert sind. Die ‚Normalisierung' wird gefeiert. Die SPÖ, so Leitartikler und politikwissenschaftliche Kommentatoren, hingegen hat den abwandernden FPÖ-Wählern kein Angebot gemacht, schon gar kein wirtschaftspolitisches.

Die politische Rolle der Demoskopie und Wählerforschung

Statistik und Demoskopie, die allwöchentlichen Wahlumfragen in den Illustrierten, aber auch ihre wissenschaftliche Unterfütterung sind zentrale ‚Sprachen' der Gesellschaft geworden (vgl. Miller-Rose 1994). Sie unterziehen soziale Verhältnisse bestimmten Deutungen, die aufgrund ihres wissenschaftlichen Anspruchs behaupten Wahrheit, zu sein. Sie werden damit aber zum Feld, auf dem um Hegemonie, also um moralische, politische und intellektuelle Führung (vgl. Jessop 1990), gerungen wird. Als Wissenschaft von der Bevölkerung macht Statistik diese zu Objekten des ‚Regierens', wodurch die alltäglichen Lebensverhältnisse den Gesetzen der statistischen Relevanz unterworfen, normalisiert und damit regel- und kontrollierbar werden. Sie kategorisiert die Bevölkerung in eine Vielzahl von Untergruppen, die sich aus in der Gesellschaft quasi naturhaft vorhandenen Bestimmungen ergeben. Gleichzeitig versuchen statistische Wissensformen die ‚Interessen', Stimmungen und Ansprüche der Kategorisierten zu erfassen. Sie tragen daher weitgehend zur Konstruktion gesellschaftlicher Gruppen und deren Interessen bei, insofern sie ihnen statistische Relevanz zuschreiben. Aus der Bevölkerung wird ein nationales (Staats)-Volk, das regiert werden kann und regiert werden will. Wie es das will, wird von den professionellen Intellektuellen jeglicher Couleur interpretiert und vorgegeben.

Das von den statistischen Apparaten kapitalistischer Gesellschaften produzierte Wissen unterstützt so einerseits die politisch-administrativen Systeme bei der Regierung der Widersprüche der Gesellschaft. Andererseits bilden Markt- und Meinungsforschung den Rahmen der Deutungskämpfe der Intellektuellen. Sie liefern dafür Material mit dem Anspruch empirischer Fundierung, mit dem Anspruch, realistische Stimmungsbilder wiederzugeben. Damit wird es gleichzeitig zu den Rahmenbedingungen und den Inhalten der Kämpfe um Hegemonie.

Nie ist das besser festzustellen als zu Zeiten von Wahlen und Wahlkämpfen. Wahlumfragen werden zu Aufhängern der Zeitungen und damit zur Grundlage der Interpretation der politischen Auseinandersetzungen der wahlwerbenden Parteien. Die politischen Entwicklungen in Österreich seit 1986, im besonderen aber seit dem Februar 2000, haben einen erheblichen Deutungsbedarf hervorgebracht, den anscheinend unfassbaren Bruchs mit dem Nachkriegskonsens zu erklären. Wer oder was bildete überhaupt die Basis für den Erfolg der FPÖ und Jörg Haider? Die hegemoniale Antwort nach der FP-Wählerbasis lässt sich folgendermaßen konzis zusammenfassen: „Charakteristisch für die österreichische Situation ist aber nicht nur die ausgeprägte Erosion des klassengebundenen Wählens - eine ‚class voting dealignement' (...) - sondern eine gleichzeitig stattfindende Neuorientierung des Wahlverhaltens der österreichischen Arbeiterschaft, die man ohne Übertreibung als ‚blue collar realignement' bezeichnen kann." (Plasser et al 2001: 81) In der Sprache der Illustrierten hieß das: ‚die neue Arbeiterpartei FPÖ'. Zwar widerspricht der erste Teil des Befundes dem zweiten, da nicht geklärt ist, warum die Erosion mehr oder weniger für alle sozialen Schichten gelten soll, nicht aber für die ArbeiterInnen. Es ist aber offensichtlich, dass sich an die These von der FPÖ als Arbeiterpartei eine Reihe politischer Schlussfolgerungen hingen.

So ging man etwa in der Öffentlichkeit wie auch in diesem Wahlkampf davon aus, dass die FPÖ in direkter Konkurrenz mit den traditionellen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung steht. Dies führte zur Interpretation, dass die FPÖ ein Problem des ‚Sozialismus' in Österreich ist - was immer letzterer je gewesen sein mag. Diese Interpretationslinie wurde gern aufgenommen, bot sie doch eine bequeme Erklärung für den Erfolg der FPÖ wie auch der Widersprüche der schwarz-blauen Koalition, zwischen neoliberalen und (national) sozialen Programmatiken.

Und auch Jörg Haider (vgl. ders. 2001) hat diese These gern akzeptiert und stellte zur Wahl 1999 fest: „Die FPÖ ist zur stärksten Arbeiterpartei geworden. (...) Opportunistisches Taktieren zwischen Schröder's Neoliberalismus und den altmarxistischen Klassenkampfparolen von ewiggestrigen Gewerkschaftsfunktionären wurde von der Arbeiterschaft durchschaut." Haider artikuliert im weiteren Argumentationsgang dieser Rede den Erfolg der

FPÖ mit Rassismus, Anti-Intellektualismus und der Gegenüberstellung der leistungswilligen ‚Arbeiterschaft' zur steuerlichen Belastungspolitik der Großen Koalition.

Mit Blick auf die bürgerlich-liberale Öffentlichkeit ist noch einmal daran zu erinnern, dass W.F. Haug vergleichbare Argumentationsfiguren bezüglich des Erfolges der NSDAP schon in den 60ern als hilflosen Antifaschismus charakterisiert hat. Daher ist zu vermuten, dass sich in der willigen Übernahme dieser Interpretationslinie, das Bedürfnis zur Entlastung des bürgerlichen, konservativ-katholischen Lagers und dessen Traditionslinien, mit moralischen Distinktionsstrategien, die sich aus der gern zur Schau gestellten Abscheu vor dem Populismus der FPÖ und Jörg Haiders speisen, paart. Dass die These von der FPÖ als Arbeiterpartei hegemonial geworden ist, zeigte sich aber auch daran, dass sie von weiten Teilen der Linken übernommen und akzeptiert wurde[2]. Dies gilt zum einen für eher traditionalistisch orientierte Organisationen [Sozialistische Offensive Vorwärts (vgl. Bonvalot 1997), Arbeitsgruppe Marxismus (vgl. dies., 1999)]. Diese gehen natürlich davon aus, dass es sich bei der FPÖ als Arbeiterpartei um einen ‚Mythos' handelt und dass es nicht um die sogenannten eigentlichen Interessen der Arbeiter, sondern nur um ihre Stimmen gehe. „Andererseits und vor allem macht eine elektorale Unterstützung durch erhebliche Teile der Arbeiterklasse, zu der für uns übrigens auch die meisten Angestellten und viele öffentliche Bedienstete gehören, eine Partei noch nicht zur Arbeiterpartei. Diese ArbeiterInnen machen ihr Kreuz nicht aus einem Klassenbewusstsein heraus, dass das Proletariat eine eigene Partei braucht. (...) Anders als tatsächliche Arbeiterparteien organisiert die FPÖ die Lohnabhängigen nicht als solche[3]." (Arbeitsgruppe Marxismus, 1999). Kurz gesagt, die Klasse an sich mag die FPÖ wählen, die Klasse für sich, würde das nicht tun.

Für die traditionalistische Linke sind auf der Basis einer marxistischen Kritik, die ‚Interessen' der ArbeiterInnenklasse quasi objektiv erkennbar bzw. durch die Organisation erkannt. Erlangen die ArbeiterInnen nicht das Bewusstsein davon, dann hat das eine Reihe von Ursachen. Diese reichen vom Verrat der reformistischen Organisationen bis zur Manipulation durch Überbauinstanzen der bürgerlichen Gesellschaft. In postmodernen wie werttheoretischen Zeiten ist es hingegen grundsätzlich nicht en vogue, sich über Klassenverhältnisse den Kopf zu zerbrechen und so wurde These von der FPÖ als Arbeiterpartei auch von diesen Strömungen der Linken angenommen, oft ohne die ÖVP auch nur wahrzunehmen. So ging etwa Heribert Schiedel von einer gemeinsamen Basis der FPÖ und der SPÖ aus. Ersterer sei es auf ideologischer Ebene gelungen, letztere als Vertretung der ‚kleinen Leute' abzulösen. „Während es die Sozialdemokratie in der fordistischen Blütezeit vermochte, die „kleinen Leute" vor allem über materielle Transferleistungen an sich und den Staat zu binden, erfolgt die Integration nunmehr in erster Linie ideologisch." „Diese Einigkeit (zwischen SPÖ und FPÖ, R.A.) hat ihre Ursache nicht zuletzt in der weitgehend gemeinsamen sozialen Basis der beiden Parteien, den ArbeiterInnen. (...) Ihr Überlaufen zur FPÖ, die mit 47 % in diesem Segment nun voran liegt, ist in erster Linie mit rassistischen Einstellungen zu erklären." (Schiedel, 2000)

Und auch Stephan Grigat stellte nach dem Zusammenbruch der scharz-blauen Regierung noch einmal fest: „Die Freiheitlichen müssen den Spagat hinbekommen, einerseits die Verschlankung des Staats voranzutreiben und dennoch die Bedürfnisse der eingeborenen Pauper zumindest propagandistisch nicht völlig zu vernachlässigen. Der Wahlerfolg bei den letzten Nationalratswahlen wurde vor allem dadurch möglich, daß die FPÖ ihren Stimmenanteil bei den Arbeitern und Arbeiterinnen von 4 Prozent in den achtziger Jahren auf 47 Prozent steigern konnte. (Grigat, 2002)

Und, um das Bild noch abzurunden, sei hier auch noch auf eine post-marxistische Interpretation von Sebastian Reinfeldt verwiesen: „Ende der 80er Jahre war die FPÖ - von ihrer Wählerstruktur her gesehen - eine Partei des militanten Mittelstands und Bürgertums. Binnen weniger Jahre hat sich diese Struktur verändert, und die FPÖ ist zu der Arbeiterpartei in Österreich geworden. Ein Wähleraustausch, über dessen Dynamik und Ursachen die Demoskopie bis heute rätselt. (...) Wo Arbeiter früher gezwungenermaßen in die SPÖ eingetreten sind, um dadurch einen Platz im sozialen Wohnungsbau zu ergattern, wählt man jetzt die FPÖ, weil man zwar eine solche Wohnung hat, der symbolische und tatsächliche Wert dieser Wohnung aber unklar geworden ist und die alte Arbeiterpartei SPÖ einen bei der Bewältigung der anderen Probleme des Lebens (z.B. am Arbeitsplatz) nicht mehr protegieren kann. „Schließlich hat man ja sowieso niemals wirklich an die Ideologie der SPÖ geglaubt." (Reinfeldt, 1998)

Erstaunlich ist, dass in beiden Interpretationen hervorgehoben wird, dass die Integration ideologisch oder diskursiv, als über Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus erfolgt. Das also beide davon ausgehen, dass ArbeiterInnen, eher als andere Schichten, sich dem anschließen. Insofern Diskurse keiner Klasse zugerechnet werden können und als frei flottierende Signifikanten erscheinen,

bzw. insofern sie allgemeine Bewusstseinsformen - ‚Basisideologien' - spätbürgerlicher Gesellschaften sind, die sich aus der Wertvergesellschaftung ergebeben, ist die soziale Basis der FPÖ und die Veränderung der Klassenstrukturen in Österreich, und damit die unterschiedliche materielle Wirksamkeit dieser Diskurse oder Basisideologien aber letztlich uninteressant. Demgegenüber muss betont werden, dass es nicht ausreicht, die Ergebnisse der politischen Soziologie in radikale theoretische Ansätze einzubetten und erstere gar zur Unterstützung der eigenen Thesen heranzuziehen. Eine halbierte Rationalität kann keine ganze werden, indem man daran kritische Theorien mit Wahrheitsanspruch heftet.

Dass gerade in den letztgenannten Positionen, die sowohl aus poststrukturalistischer Perspektive, wie auch aus der Beschäftigung mit Kritischer Theorie fähig sein müssten, zu einer kategorialen Kritik der der Demoskopie und ihrer Ergebnisse zu gelangen, eine Übernahme der Ergebnisse der Wahlforschung erfolgt, ist daher unverständlich.

Elemente einer Kritik der politischen Soziologie in Österreich

Wie bereits angeführt, ist die These von der FPÖ als Arbeiterpartei zweidimensional. Einerseits ist sie eine sozialstrukturell orientierte Aussage über das Wahlverhalten einer gesellschaftlichen Gruppe, andererseits verbindet sich damit eine Einschätzung der politischen Situation - v.a. im Hinblick auf die Krise der traditionellen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung, insbesondere der SPÖ. Das heißt, der in sogenannten repräsentativen Wahltagsbefragungen ausgewiesene hohe Anteil der FPÖ an ArbeiterInnen wird als Wählerstrom von der SPÖ zur FPÖ identifiziert. Dies wird außerdem durch Ergebnisse der sogenannten ‚ökologischen (also statistischen) Wählerstromanalysen' (vgl. Hofinger et al, 2000) unterstützt.

Im folgenden sollen Elemente einer Kritik wesentlicher Grundlagen der empirischen Analyse des Wahlverhaltens der ArbeiterInnen in Österreich zusammengetragen werden. Auf der einen Seite soll eine Kritik der den umfragegestützten Analysen zugrunde liegenden Kategorien und Kategorisierungen versucht werden. Da dieser Beitrag die Frage der FPÖ als Arbeiterpartei behandelt, möchte ich v.a. die Kategorie Arbeiter, wie sie in diesen Umfragen verwendet wird, hinterfragen. Auf der anderen Seite möchte ich zeigen, dass sich auch aus einer kritischen Verwendung des von den Analysen der statistischen Apparate gewonnen Materials Argumente zusammentragen lassen, die die These von der Arbeiterpartei und ihre expliziten und impliziten politischen Implikationen erschüttern können. Die zu entwickelnde Kritik der Methoden der Wählerforschung, wie auch die kritische Bezugnahme auf statistisches Material wird daher teilweise fast technisch erscheinen. Es ist jedoch festzuhalten: „The attempt to develop empirical research agendas firmly rooted within not only the categories, but the logic, of Marxist theory. Such an approach would reject the positivist premise that theory construction is simply a process of empirical generalization of law-like regularities, but would insist that Marxist theory should generate propositions about the real world which can be empirically studied." (Wright, 1979: 10) In Ermangelung empirisch fundierter kritischer Untersuchungen zu Wählerbewegungen und der bisherigen Basis der FPÖ kann jedoch keine alternative Interpretation angeboten werden. D.h. es kann hier nicht das Gegenteil, also dass die ArbeiterInnen progressiv oder gar antifaschistisch wählen würde, bewiesen werden. Die Kritik an der These, dass zwischen dem sozialen Status Arbeiter und die Entscheidung FPÖ zu wählen ein Zusammenhang besteht, kann nur zur Aussage führen, dass dieser Zusammenhang in Zweifel zu ziehen ist. Es geht daher nicht um eine Rettung und Entlastung der ArbeiterInnen, anstatt sie mit ihrem Rassismus und Antisemitismus zu konfrontieren, sondern vielmehr darum, aufzufordern, kritische Analysen zur WählerInnenbasis der FPÖ (vgl. Poglia et al 2002), wie auch der Klassenstruktur im allgemeinen zu versuchen.

Ausgangspunkt für diesen Artikel, stellte folgender Widerspruch dar. Auf der einen Seite behaupten politische Soziologie und Wahlforschung eine massive Auflösung der traditionellen Lagerbindungen und die Zunahme der WechselwählerInnen, die im sogenannten politischen Wettbewerbsraum wie KonsumentInnen Produkte (i.e. Parteien) auswählen. Die Pluralisierung des Parteiensystems- vom 2,5-Parteien-, zum 4(5)-Parteiensystem- scheint diese Annahme zu unterstützen. Auf der anderen Seite zeigt sich gerade auf der Ebene der Nationalratswahlen trotz dieser Pluralisierung eine relativ geringe Rechts-Links-Volatilität, wie das auf politikwissenschaftlich genannt wird. Dementsprechend hat sich bis Mitte der 90er Jahre das Verhältnis zwischen dem Mitte-Links Lager (SPÖ, Grüne und aufgrund seiner ursprünglich linksliberalen gesellschaftspolitischen Ausrichtung das LIF) und dem konservativen, rechten Lager (ÖVP und FPÖ) kaum verändert. Zwischen 1986 und 1995 lag letzteres konstant um 2-3% vorn (vgl. Schedler 1995, Plasser/Ulram, 2000). Dies drückte sich, trotz sinkender Wahlbeteiligung - bei steigender Zahl der Wahlberechtigten - in der relativ stabilen absoluten Stimmenanzahl für beide Lager aus.[4] Die sinkende Wahlbeteiligung lässt jedoch auf eine

wachsende Repräsentationskrise des politischen Systems schließen. Dies hat sich auch in der Wahl 2002 nicht geändert, auch wenn sich die Gewichte innerhalb der politischen Lager verschoben haben.

Versuch einer Kritik der ‚ökologischen' oder statistischen Wählerstromanalysen

„Wenn eine Partei bei der Wahl 1999 im Durchschnitt genau in jenen Gemeinden stark ist, wo eine andere Partei 1995 stark war, interpretieren wir das als einen Hinweis darauf, dass viele Wähler zwischen diesen Parteien gewechselt haben. Das Verfahren dazu heißt multiple Regression. ‚Regression', weil wir die Parteienergebnisse von 1999 auf die Parteienergebnisse von 1995 regredieren (zurückkommen) lassen, und ‚multipel', weil wir das Ergebnis bei der Wahl 1999 gleichzeitig mit allen Parteienergebnisse der Wahl 1999 in Beziehung setzen." (Hofinger et al, 2001: 118) Ökologische Wählerstromanalysen sind quasi rein statistisch, und erscheinen objektiver als Umfragen und Exit Polls. Nach Hofinger/Ogris (vgl. dies. 1996a: 315) gibt es keine Probleme der Datenerhebung per Survey, wie etwa Stichprobenfehler, Antwortverweigerung, falsche Angaben. Sie sind auch auf längst vergangene Wahlen anwendbar und immer wieder verbesserbar. Sie können Nichtwähler berücksichtigen und Ergebnisse nach regionalen oder politisch-strukturell ausgewählten Gemeindegruppen liefern. Außerdem ist die Datenbasis umfangreicher und das zu untersuchende Zielverhalten (Wahlentscheidung) klar erfasst. ‚Ökologische Wählerstromanalysen' operieren jedoch nur mit Aggregatdaten und Aussagen für Individuen und deren Motive sind daher unzulässig. Hofinger/Ogris verweisen außerdem darauf, dass demographische Veränderungen des Wahlkörpers, die sich aus Wanderungen der Bevölkerung, aber auch den Generationswechsel (Volljährigkeit, Todesfälle) ergeben, nicht berücksichtigt werden können.

Genau hier beginnt nun m.E. das Problem dieser Analysen. Es wurde meines Wissens nicht versucht, diese demographischen Veränderungen für eine Wahlperiode (also 4 Jahre) zu quantifizieren, wofür z.B. ein Blick in das Statistische Jahrbuch Österreichs (vgl. Statistik Austria 2001) genügen würde. Demographische Veränderungen ergeben sich einerseits aus dem Generationswechsel, andererseits aus den Wanderungsbewegungen der Bevölkerung. Auch die geografischen Wanderungsbewegungen betreffen v.a. jüngere Generationen, weswegen natürlich nicht ausgeschlossen ist, dass eine bestimmte Zahl von Personen in einer Wahlperiode mehrmals ihren Wohnort wechselt. Der Generationswechsel ist in den jährlichen Analysen der Todesfälle und Alterskohorten nachzulesen und beträgt demnach etwa 80.000 Personen. Die demographischen Dynamiken durch Veränderungen des Wohnorts sind in den Statistiken zu den *Wanderungsbewegungen über Gemeindegrenzen hinaus* zu finden. Im Schnitt findet eine jährliche Wanderungsbewegung über Gemeindegrenzen hinaus von etwa 230-240.000 Personen statt.

Die Einschränkung bezüglich der Wanderung ist wichtig, da das in weiterer Folge bedeutet, dass die Wanderungen in den Städten nicht berücksichtigt sind. Es gibt aber Analysen der Wanderungen über Bezirksgrenzen hinaus für Wien. So werden für das Jahr 1999 in Wien Wanderungen von mehr als 150.000 Personen errechnet. Würde man schon ohne die Wanderungen innerhalb der Städte einen Wert von 1,2 Mio erreichen[5], so erhöht sich diese Zahl alleine mit den Wanderungen in Wien um noch mal mehr als eine halbe Million. Man kann also alles in allem davon ausgehen, dass nach 4 Jahren an die 1,8 Mio Personen ihren Wohnort verändert haben. D.h. möglicherweise mehr als 30% (!) der Wahlberechtigten haben innerhalb einer Wahlperiode ihren Wohnort gewechselt. Wie auf dieser Basis eine auf Sprengelergebnissen - also relativ kleinen Einheiten - beruhende Analyse durchgeführt werden kann, ist mir schleierhaft.[6]

Versuch einer Kritik der politischen Umfrageforschung und ihrer Kategorien

Nach den Analysen von Fessel Gfk (vgl. Plasser et al 2000)) hatte sich der Anteil der FPÖ an der ArbeiterInnenschaft von 1983 bis 1999 von 3 % auf 47 % gesteigert. Der Anteil der SPÖ hingegen hatte sich von 61 % 1983 auf 35 % 1999 reduziert. Der Anteil der ÖVP an den ArbeiterInnen betrug 1983 28% und 1999 12%. Auch wenn die Daten insgesamt nicht ganz eindeutig sind - die addierten Prozentsätze der drei Parteien ergeben für 1983 nur 92%, 8% ArbeiterInnenwähler sind irgendwie abhanden gekommen - lässt sich daraus schließen, dass sich etwa ein Drittel der ArbeiterInnen traditionell der politischen Rechten zuordnete.[7]

Welche Kritikpunkte können nun vorgebracht werden? Neben Problemen der Stichprobenauswahl, Fragestellung, Antwortbereitschaft, Richtigkeit der Antworten (s.o.) ergeben sich, selbst wenn man innerhalb der Parameter der umfragegestützten Methoden verbleibt, eine Reihe von Fragen.[8] Die Umfragen erfragen zwar das gruppenspezifische Wahlverhalten, treffen jedoch keine Aussagen über die Wahlbeteiligung der verschiedenen sozialen Schichten. Einige Analysen lassen jedoch den Schluss zu, dass die Wahlenthaltungen bei ArbeiterInnen besonders groß sind (vgl. Hofinger/Ogris, 1996). Diese Gruppe fühlt sich also im politischen

System immer weniger repräsentiert, was sie aber noch nicht zur Basis der FPÖ macht. Würden Einschätzungen der Wahlbeteiligung vorliegen, dann könnten die Ergebnisse der Parteien in Relation zur Gesamtzahl der ArbeiterInnen gesetzt und damit festgestellt werden, ob die Rechte heute tatsächlich einen größeren Teil an sich ziehen kann. Dazu kommt noch, dass heute etwa 20% der ArbeiterInnen (in den Städten an die 30-35%) MigrantInnen sind und gar nicht wählen dürfen. Etwa 90% der MigrantInnen aus der Türkei und dem ehemaligen Yugoslawien sind als Arbeiter - überwiegend als un- und angelernte (vgl. Statistik Austria 2001) und kaum Facharbeiter - eingestuft. Versucht man aus dem Strukturprofil der Parteien, das Plasser et al angeben, an die Gesamtzahl der Arbeiterwähler für die Rechte ranzukommen, so kommt man auf grob 420.000 (340.000 für die FPÖ). Mit Blick darauf, dass bis zum Aufstieg der FPÖ meist ungefähr ein Drittel (oder mehr) der ArbeiterInnen für die Rechte gestimmt hat, so lässt dieses Ergebnis nicht die Schlussfolgerung zu, dass die Gesamtzahl dieser Stimmen etwa seit Ende der 70er absolut gewachsen ist. Es hat aber auf der einen Seite eine Radikalisierung von ArbeiterInnen nach rechts, auf der anderen eine Abwendung der ArbeiterInnen vom politischen System und den traditionellen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung gegeben.

Zielführender als eine differenziertere Interpretation scheint es, die sozialen Kategorien, die diesen Analysen zugrunde liegen, grundsätzlich zu hinterfragen. Plasser et al (vgl. dies. 2000) verwenden ein sehr grobes Raster sozialer Differenzierung in den Umfragen des Fessel-Gfk Instituts. Aufgrund der zentralen Bedeutung, die sie dem sogenannten ‚Working class realignment' zuschreiben, gehören ‚berufsspezifische' Kategorien wie Arbeiter(Innen) und Angestellte zu ihren wesentlichen Variablen. Diese können jedoch nur bedingt als sozialwissenschaftliche Kategorien zur Verortung bestimmter Personengruppen im gesellschaftlichen Gefüge angesehen werden. Einerseits ergibt sich die Zuordnung eines Befragten aus subjektiven Selbsteinstufungen im Erhebungsprozess. Es kann angenommen werden, dass dies ihrer Einstufung im Arbeitsrecht entspricht. Das heißt vereinfacht, dass sich die Kategorie Arbeiter (und andere Gruppen, wie Angestellte, Selbständige etc.) nach Plasser et al nur bedingt aus ihrer Position im Produktionsprozess ergibt. Daher hat diese Kategorisierung auch wenig zu tun mit kritischen klassentheoretischen Ansätzen oder auch elaborierteren sozialwissenschaftlichen Analysen.[9]

Das Rechtssystem im allgemeinen, wie das Arbeitsrecht im besonderen können als Ideologische Staatsapparate verstanden werden, die Personen ‚anrufen', ihnen damit eine bestimmte Identität geben und bestimmte Praktiken, zuschreiben, ermöglichen aber auch verwehren (vgl. Jessop 1990). In der österreichischen Gesellschaft ist die arbeitsrechtlich definierte Kategorie Arbeiter daher zuallererst eine historisch spezifische, ideologische Position. Es ist daher richtig, wenn Dimitz et al (vgl. 1995) hervorheben, dass das „Arbeitsrecht das Ergebnis eines historischen politischen Prozesses (...) in dem die Herausbildung kollektiver Akteure, deren Ziel und Durchsetzungsfähigkeit sowie insbesondere das Zusammenwirken von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und staatlichen Instanzen eine wesentliche Rolle spielen." (Dimitz et al 1995: 11)

Diese ins Juridische gegossenen Definitionen verschiedener Gruppen von ArbeitnehmerInnen sind Medium und Ergebnis der widersprüchlichen Verhältnisse zwischen Lohnarbeit und Kapital. Auf der deskriptiven Ebene kommt ihnen aber kein erklärender und analytischer Charakter zu. Eine klassentheoretisch fundierte Analyse muss vielmehr versuchen, diese Kategorien selbst als relevante Dimensionen im Prozess der Formierung einer Klassengesellschaft zu verstehen. Es ist absurd anzunehmen, dass im österreichischen Arbeitsrecht eine Kategorie von Lohnabhängigen kodifziert ist, der marxistisch orientierte Theorien einen potentiell systemtransformierenden Charakter zuschrieben.

ArbeiterInnen erscheinen im österreichischen Arbeitsrecht als ‚Restgröße', also als ArbeitnehmerInnen, die nicht Angestellte sind. Die Kodifizierung der Arbeiter- und Angestelltenpositionen erfolgte im Jahr 1859, die in der Fassung von 1973 Ende der 90er Jahre noch gültig war (vgl. Dimitz et al 1995). Aufgrund des Problems, Arbeiter- und Angestelltentätigkeiten zu unterscheiden, erwiesen sich die Definition nach Tätigkeitsmerkmalen als schwierig. In der Gewerbeordnung von 1859 erfolgte sie durch Aufzählung. Zu den ArbeiterInnen zählten demnach Handlungsgehilfen, Gesellen, Kellner, Kutscher, Fuhrgewerben, Fabriksarbeiter und Lehrlinge, sowie Hilfsarbeiter, worunter Personen zu verstehen sind, welche zu untergeordneten Hilfsdientsten' verwendet werden. Außerdem werden auch ArbeiterInnen dazugerechnet, die ‚Lohnarbeiten gemeinster Art' verrichten, außerdem Land-, Berg-, Bäckerei- und Bauarbeiter, sowie fallweise Hausgehilfen. „Einen positiven Arbeiterbegriff kennt das österreichische Arbeitsrecht nicht, Arbeiter ist vielmehr jener Arbeitnehmer, der nicht Angestellter ist. Angestellter hingegen ist, wer kaufmännische, höhere nichtkaufmännische und Kanzleidienste leistet. Eine eindeutige Abgrenzung ist damit (...) kaum zu leisten." (Dimitz et al., 1995: 20)

Der Angestelltenbegriff im österreichischen Rechtssystem erleichtert daher die Analyse nicht, da er in teils deskriptiven und teils wertenden Einschätzungen kodifiziert ist. In der Abgrenzung etwa zu den ArbeiterInnen scheint die überkommene Unterscheidung von Hand- und Kopfarbeit durch, die nicht zuletzt durch eine Reihe von ökonomischen Veränderungen (neue Technologien, Wachstum des Dienstleistungssektors) hinfällig geworden ist, durch.

Schlussfolgerungen

Der Erfolg der FPÖ in den 90ern und in weiterer Folge die Rekonstituierung der Hegemonie der ÖVP bei den Wahlen 2002 werfen daher ein grundlegendes Problem für eine klassentheoretische Analyse der österreichischen Gesellschaft und der politischen Entwicklungen auf. Die klassentheoretischen Debatten der letzten Jahre haben gezeigt, dass es nicht ausreicht, Klassen allein über das (juristische) Eigentum an den Produktionsmitteln und die Aneignung von Mehrarbeit/Mehrwert zu definieren (vgl. Lipietz, 1992). Zwar kaufen ArbeitgeberInnen am Arbeitsmarkt die Arbeitskraft als Potential, diese realisiert sich jedoch nicht von selbst in lebendiger Arbeit. Die Kapitalseite steht daher vor dem vordergründig banalen Problem, wie sie die ArbeiterInnen zum Arbeiten bringen soll. Dies ist Grundlage des sogenannten ‚Kontrollproblems' und der damit verbundenen Spaltung des Produktionsprozesses in planende und ausführende Tätigkeiten, also den Kampf um das Kommando in der Fabrik. Es geht also darum, wer in welchem Ausmaß über die eigene, wie auch die Arbeit anderer entscheiden kann. Dieser Prozess ist als sozialer Konflikt aufzufassen und führt zu einer relationalen Klassentheorie, der natürlich die Frage der Eigentumsverhältnisse, wie auch der Wertförmigkeit der Arbeit umfasst.

Der Kampf um den kapitalistischen Arbeitsprozess und die Kontrolle der Produktion durch das Management, also die planende Seite, macht daher die sogenannte Polarisierungsthese der Klassentheorie, wonach in der Entwicklung des Kapitalismus sich die Klassengegensätze vereinfachen, bis sich schließlich nur noch Bourgeoisie und Proletariat gegenüberstehen, hinfällig. Insofern die Spaltung des Produktionsprozesses in planende und ausführende Tätigkeiten nie vollständig ist und jede Arbeitstätigkeit, wie vereinfacht und dequalifiziert sie auch sein mag, zumindest minimale intellektuelle Anteile hat (vgl. Gramsci, 1991ff), ist jede Klassenposition nur als widersprüchliche denkbar (vgl. Wright 1979) und erscheinen Klassenstrukturen eher als Kontinuum. Das heißt, neben dem Eigentum an den Produktionsmitteln sind die Verhältnisse der Lohnabhängigen untereinander zentral für eine kritische Theorie der Klassenverhältnisse. Das Klassenkontinuum wird erst durch staatliche (Arbeitsrecht, Parteien) und ideologische (Berufsausbildung, Nation etc.) Prozesse und Institutionen in unterscheidbare Großgruppen (soziale Schichten) strukturiert, die dadurch bspw. bestimmte Identitäten, Funktionen und Handlungsmöglichkeiten bekommen. In der sozialen Konstruktion der Lohnarbeit wird aber auch die veränderbare Grenze zur nicht-wertförmigen Arbeit, als zur Sphäre der Reproduktion aber auch Nichtarbeit gezogen. D.h. eine Analyse der Klassenverhältnisse muss die Familienstrukturen, wie auch die Übernahme reproduktiver Funktionen durch den Wohlfahrtsstaat, in dem sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft der Kampf um Nichtarbeit verdichtet, in die Analyse miteinbeziehen.

Die relative historische Beständigkeit dieser Institutionen steht nun der permanenten Restrukturierung der Klassenverhältnisse im Prozess der kapitalistischen Verwertung gegenüber und versucht, deren Widersprüchlichkeit zu regulieren. Soll der Frage nachgegangen werden, welche Auswirkungen und Zusammenhänge es zwischen der Neuzusammensetzung der Klassen in der Krise des Fordismus und den politischen Verhältnissen gibt, so wären gegenwärtige Veränderungstendenzen der Klassenstrukturen zu berücksichtigen. Diese müssten die sogenannte Feminisierung der Arbeitswelt, also die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit, die in Österreich vorwiegend als Angestellte eingesetzt werden, erfassen. Weiters wäre auf die Arbeitsmigration zu verweisen, die wie gezeigt wurde, gerade mit Blick auf die Frage der Arbeiter in Österreich zentral ist. Auch die Zunahme sogenannter atypischer oder prekärer Beschäftigungsverhältnisse stellt einen wesentlichen Aspekt der Dynamik der Klassenverhältnisse dar. Außerdem ist auf die Erhöhung der Bildungs- und Qualifikationsgrade weiter Teile der Bevölkerung zu verweisen, die natürlich die Frage, wieweit jemand über seine Arbeit entscheiden kann, massiv beeinflussen.

Grundsätzlich gilt daher, dass die umfassende Veränderung der Arbeitsprozesse und damit der Klassenstruktur die Ablösung des auf Schwerindustrie und tayloristischer Fließbandarbeit beruhenden fordistischen Produktionsparadigmas bewirkt. Neue Technologien und Arbeitsformen und das Wachstum des Dienstleistungssektors tragen zu den umfassenden Veränderungsprozessen der Arbeit bei, die etwa in zunehmenden Maß immateriell und abstrakt wird. Das kann bspw. zu erhöhten Anforderungen an die Selbststeuerung der Lohnabhängigen etwa als Arbeitskraftunternehmer führen.

Wenn von einer immensen Variabilität und Widersprüchlichkeit der Klassenpositionen im Kapitalismus ausgegangen wird, dann wird etwa die Vorstellung eigentlicher Interessen der Lohnabhängigen, die sich direkt in politische Organisierung ausdrücken müssten, inadäquat. Ohne Bezugnahme auf diese Variabilität und permanente Neuzusammensetzung kann daher m.E. die politische Entwicklung in Österreich, die schließlich zum Wahlerfolg der ÖVP geführt hat, nicht verstanden werden.

E-mail: rolandatzmuller@hotmail.com

Aus Platzgünden findet ihr die Literaturangabe zu diesem Artikel auf unserer homepage!

Anmerkungen:

1 Waldheim erreicht 53,9% oder 2,46 Millionen der abgegebenen Stimmen, also nur knapp weniger, als Schwarz-Blau bei den Wahlen 1986 oder 1999 bzw. 2002 (s.u.).

2 Es wäre einen weiteren Artikel wert, der Frage nachzugehen, inwieweit SPÖ und Gewerkschaften...

3 Nicht zuletzt hier liegt der Irrtum dieser Position. Insofern die FPÖ Lohnabhängige ansprechen konnte, tat sie dies genau indem sie sie als solche, also über ihre Lohnarbeit, ansprach. ‚Lohnabhängige als solche' gibt es nur als Ergebnis einer sozialen Konstruktion nationaler, staatlicher, patriarchaler, rassistischer, klassenspezifischer und mit Blick auf die Österreichische Situation auch antisemitischer Überdeterminierungen.

4 Wobei festzustellen ist, dass das Mitte-Links-Lager zwischen 1995 und 1999 in absoluten Zahlen 13% an Stimmen verloren hat. Schwarz-Blau hingegen soviele Stimmen erreichte wie1986.

5 Strenggenommen handelt es sich bei der Summierung dieser Daten um Höchstwerte, die auf der Annahme beruht, dass keine Person in einer Wahlperiode mehr als einmal wandert. Die spiegelbildliche Extremannahme würde behaupten, dass stets die gleiche Gruppe von Personen wandert.

6 D.h. übrigens, dass die Wählerstrom-Analysen für die Veränderungen zwischen der Wahl 1994 und 1995 vergleichsweise aussagekräftig sind. Während die umfragegestützten Verfahren etwa von Fessel-Gfk hier von einem Verlust von 110.000 der SPÖ an die FPÖ ausgehen, errechnen die statistischen Methoden einen Gewinn von 45.000 (vgl. Hofinger/Ogris).

7 Es sei hier auf interessante Analysen zur Wahl 1995 verwiesen (Hofinger/Ogris, 1995). Auf der Basis von Erhebungen des IFES-Institut, lässt sich ein großer Erfolg der FPÖ v.a. bei jüngeren ArbeiterInnen unter 45 Jahre erkennen (die Fallzahlen sind aber relativ gering). Die FPÖ erreichte aber schon damals mit 46% die relative Mehrheit bei den männlichen Arbeitern.

8 Dass übrigens das Problem der Antwortbereitschaft und Richtigkeit zentral ist, hat sich an den Problemen der Umfragen in diesem Wahlkampf gezeigt. Um auf aussagekräftige Ergebnisse zu kommen, werden fehlende Daten in verschiedenen Modellen, die auf Erfahrungen bezüglich des Antwortverhaltens der befragten und der tatsächlichen Wahlergebnisse beruhen, hochgerechnet. Das kann jedoch kaum politische Stimmungen, aber auch die Veränderung der subjektiven Antwortbereitschaft verschiedener Gruppen berücksichtigen.

9 Die Analysen der Statistik Austria sind differenzierter. Hier finden sich ‚un- und angelernte' Arbeiter und Facharbeiter, die Kategorisierung zielt also stärker auf die Tätigkeit im Produktionsprozess im engeren Sinn ab, als dies für die Kategorie Arbeiter gilt.

Steve Wright: Storming Heaven

Class composition and struggle in Italian Autonomist Marxism. Pluto Press, London - Sterling, Virginia 2002

Im deutschsprachigen Raum gelten „die Autonomen" als eher theoriefeindliche Strömung der radikalen Linken. Dass dies in Italien hingegen keineswegs der Fall war, zeigt diese englischsprachige Gesamtdarstellung der Theorie des italienischen autonomen Marxismus. Ausgehend von der Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis der etablierten Parteien der Linken (SozialistInnen und KommunistInnen) sowie von der Frage nach der Möglichkeit einer marxistischen Soziologie (Stichwort: ArbeiterInnenuntersuchungen), entwickelte sich in Italien in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts die wohl europaweit bedeutendste Strömung links des Parteienmarxismus. Diese Auseinandersetzung war immer auch eine mit der Marxschen Theorie bzw. mit deren kanonisierter Form. Von den Quaderni Rossi („Rote Hefte") der späten 50er und frühen 60er-Jahre über den „Operaismus" bis hin zur „eigentlichen" Autonomia-Bewegung Mitte der 70er zieht sich eine Frage der theoretischen Auseinandersetzung wie ein roter Faden durch die Geschichte: Welhe Rolle spielt die Klassenzusammensetzung des Proletariats bzw. dessen Subjektivität im Prozess der Kapitalakkumulation und der Kämpfe dagegen?

Der kleinste gemeinsame Nenner der OperaistInnen war eine - durch die neuerliche Lektüre des Marxschen „Kapital" bzw. der „Grundrisse" ausgelöste - zentrale Wendung eines bis dato unumstößlichen Dogmas: nicht mehr eine ökonomische Selbstbewegung des Kapitals, zu welchem die lebendige Arbeit in einem äußeren Verhältnis steht ist Ansatzpunkt der Gesellschaftsanalyse, sondern der Klassenkampf selbst ist das zentrale Element der kapitalistischen Vergesellschaftung.

Der „subjektive Faktor" war nicht länger alleine die „Avantgardepartei" mit ihrer „Aufgabe" der Verwandlung der berühmten „Klasse an sich" in die sich

ihrer welthistorischen Aufgabe bewussten „Klasse für sich", sondern die Bedürfnisse und Kämpfe der ProletarierInnen selbst, ihre Subjektivität. Dem entsprechend waren die sozialen Kämpfe - auch in den Fabriken - nicht nur „ökonomische", sondern richteten sich ebenso gegen die disziplinierenden Formen (Fließbandarbeit, rigides Zeitregime) der fordistischen Arbeit, was zu neuen, kreativen Methoden des Arbeitskampfes führte (z.B. autonom koordinierte Bummel- oder Minutenstreiks).

Im Gefolge von 68 gab es nicht nur massenhafte militante Arbeitskämpfe, sondern auch die Auseinandersetzung mit den Anliegen der Frauenbewegung, mit jugendlichen Subkulturen und den strategischen Wendungen der Kommunistischen Partei („Historischer Kompromiss"). Die äußerst konfliktreich ablaufenden Diskussionen über die Transformationen der Klassenzusammensetzung führte zu zahlreichen Spaltungen der operaistischen Strömungen. Nicht zuletzt die oben erwähnte Hinwendung zu sogenannten „Nebenwidersprüchen" führte zur Krise und in Folge zur Auflösung der großen linksradikalen Organisationen - allen voran Potere Operaio („Arbeitermacht"). Die bewusste Dezentralisierung der Bewegung, die Auflösung in die Area („Gebiet") begann 1973 und gilt als die Geburtsstunde der „Autonomia". Theoretischer Ausdruck dieser Veränderung war die von Toni Negri konstatierte Ablöse des fordistischen „Massenarbeiters" durch den „Operaio Sociale", den *gesellschaftlichen Gesamtarbeiter.* Parallel zur zunehmenden Militarisierung der Bewegung begann aber auch das Kapital neue Strategien zu entwickeln. Die Dezentralisierung von Massenproduktionsstätten, die Veränderung von Arbeitsabläufen und nicht zuletzt staatlich finanzierte Entlassungen wurden benützt, um die Kampfkraft der ArbeiterInnen zu schwächen bzw. deren militanteste Teile loszuwerden. Nach der Ermordung des christdemokratischen Politikers Aldo Moro im Gefolge einer Entführung durch die Roten Brigaden - als Antwort auf den Historischen Kompromiss - verschärfte sich das innenpolitische Klima zusehends. 1977 flammte die Bewegung ein letztes Mal auf um durch eine anschließende massive staatliche Repressionswelle entgültig zerschlagen zu werden. Hunderte AktivistInnen verschwanden hinter Gefängnismauern, hunderte verließen das Land. Die Auseinandersetzung Wrights mit den theoretischen Grundlegungen des autonomen Marxismus in Italien bietet eine höchst notwendige Ergänzung zu den zahlreichen politischen Geschichten des Operaismus und der Autonomia und deckt nicht zuletzt die Wurzeln der Diskussionen auf, die im Gefolge von Hardt´s und Negri´s „Empire" wieder auf der Tagesordnung stehen. Dabei mimt Wright nicht den stillen Beobachter, sondern weist immer wieder pointiert auf falsche oder verkürzte Sichtweisen einzelner theoretischer (und praktischer) Aspekte hin.

pyrx

Andrea Truman: Feministische Theorie

Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus. Schmetterling Verlag. Stuttgart 2002.

Mit der globalen Protestbewegung ist auch das Interesse gewachsen, mehr über Bewegungen zu erfahren, die direkt oder indirekt mit den neuen politischen Aktivitäten zu tun haben könnten. So hat es sich der Schmetterling Verlag unter dem Titel „theorie.org" zur Aufgabe gemacht, linke und emanzipatorische Debatten kritisch aufzuarbeiten, aber auch Überblickswissen anzubieten. In dieser Reihe ist die „Feministische Theorie" von Andrea Truman erschienen. Nach der Beschreibung der „Studentenbewegung" als patriachale Antiinstitution, gegen die die Frauen rebellieren, geht es um die sexuelle Befreiung der Frauen. Die genitale (schwanzfixierte) Sexualität der studentischen Männer wird in Richtung Klitoris verschoben. Es bleibt aber die leistungsorienterite Fixiertheit auf den Orgasmus. Im Zusammenhang mit der „Studentenbewegung" sind auch die Kinderläden zu sehen. Sie sind zwar ein kollektives Projekt, aber auch ein erster Schritt in Richtung der flexiblen postfordistischen Gesellschaft. Parallel zu den marxistisch-sektiererischen Ausflügen der Linken setzte sich auch der Feminismus mit dem Subjektbegriff auseinander. Die Anerkennung als Mensch, aber auch als Frau wurde ins Zentrum gerückt. Diese existenzialistisch beeinflußte Individualisierung ging parallel mit dem Kampf um die Freigabe der Abtreibung. In diesem Zusammenhang zeigt Truman auf, daß die kapitalistische Gesellschaft den Wunsch nach Selbstbestimmung der Frauen für ihre Bevölkerungspolitik nutzbar machen konnte. So wird z.B. Abtreibung von internationalen Organisationen im Trikont als günstig für die Bevölkerungsentwicklung propagiert.

Die weitere Entwicklung in berechtigter Separation von den Männern führte den Feminismus dazu, sich die „eigene Natur" wieder anzueignen. Das bedeutete die Bestätigung von Weiblichkeitsbildern

wie sie von der bürgerlichen Gesellschaft produziert wurden und werden. Truman vergleicht diese Sichtweise mit dem Romantizismus des Aufklärers Jean-Jacques Rousseau. Die gesellschaftlich bedingte Aufspaltung in Kultur und Natur wird nur umgedreht, indem das Natürliche (Weibliche) im Gegensatz zum Abstrakten-Kulturellem als positiv gesehen wird. Aus diesen Strukturen ist die Institutionalisierung der Frauenbewegung entstanden, Dekonstruktion und Queer-Theorie wird als Kritik daran gesehen. Ausgehend von der Kritik migrantischer Frauen wird die Verallgemeinerung der Identität „Frau" als Sichtweise der weißen, mittelständischen Frau dekonstruiert. Anschließend kritisiert Truman an der Queertheorie, daß deise an neuen, allerdings vielfältigeren Identitätskonstruktionen basteln würde und dadurch die flexiblen Identitäten für den postfordistischen Kapitalismus erzeuge und bereitstelle. Truman sieht es auch nicht als zufällig an, daß die Theorien zur Dekonstruktion der Natur genau jetzt entstehen, wo die Natur auch durch die Gentechnologie in Frage gestellt wird.

In diesem Text wird der Feminismus in seinen gesellschaftlichen Zusammenhängen dargestellt, nicht allein als Aufzählung von Ereignissen und Texten, die nur für sich selbst sprechen. Die verschiedenen Phasen der Entwicklung sind detailiert dargestellt und an Hand wichtiger Diskussionen nachgezeichnet. Mancher Aktivistin werden einige Diskussionen fehlen, z.B. die Subsistenzdebatte der Bielefelderinnen, manches wird auch anders gewichtet sein als in ihrer Vorstellung, z.B. daß die Mittäterinnen-Debatte nur im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus dargestellt wird. Insgesamt ist dieses Büchlein eine ausgezeichnete Zusammenstellung der wichtigsten feministischen Strömungen, auch wenn es sehr stark auf die Bundesrepublik bezogen ist.

In manchen Teilen zeigt sich die Autorin als Anhängerin der kritischen Theorie ein bißchen arrogant gegenüber den konkreten Bewegungen, wenn sie einerseits die Funktion der Feminismen für die Modernisierung des Kapitalismus betont, andererseits aber selbst die Benutzung der bürgerlichen Wissenschaft positiv sieht. Außerdem ist es erstaunlich, daß sie Michel Foucault in Zusammenhang mit der disziplinierenden Funktion der Sexualität so positiv rezipiert, während sie die Theorie Judith Butlers nur als Ausdrucksform des flexibiliserten und liberalisierten Kapitalismus sieht. In ihrer Kritik am Feminismus will Truman natürlich nicht zurück in die Zeiten vor der zweiten feministischen Welle, trotzdem sieht sie die Strömungen der Frauenbewegungen hauptsächlich aus dem Blickwinkel ihrer Funktion für den Kapitalismus. Ich würde vorschlagen, die Sichtweise umzudrehen, die Integration feministischer Elemente in den Kapitalismus als Antwort auf die Rebellion der weiblichen Subjektivität und die Radikalität des Feminismus zu sehen. Und als Ansporn, weiter für eine befreite Gesellschaft ohne geschlechtliche Unterdückung zu kämpfen.

Robert Foltin

Wie abonniere ich die grundrisse?

In Österreich einfach Euro 18,- mit Zahlschein auf das BAWAG Konto Nr. 03010324172, Bankleitzahl 14000, lautend auf K. Reitter einzahlen und in der Rubrik „Verwendungszweck" angeben, ab welcher Ausgabe das Abo zulaufen beginnen soll. Mehr ist nicht notwendig, da wir deinen Namen und Adresse - so sie leserlich geschrieben sind - dem Bankauszug entnehmen können. Ach ja, wer in unseren mail-verteiler will: mailadresse angeben! Unter grundrisse@gmx.net kann natürlich auch mit der tollen elektronischen Post ein Abo angefordert werden.

In Deutschland einfach Euro 18,- auf das Deutsche Bank 24 Konto Nr. 5057120, Bankleitzahl 100 700 24, lautend auf K. Reitter einzahlen. Leider sehen wir nur deinen Namen, nicht aber deine Zustelladresse auf unserem Internetzugang zu diesem Konto. Daher bitte ein kurzes Mail an grundrisse@gmx.net oder schriftlich an „grundrisse" c/o K. Reitter, Antonigasse 100/8, A-1180 Wien, mit Adressangabe und erster bestellter Nummer.

Sonstiges Ausland: Wir wissen, dass die Überweisungsspesen nach wie vor enorm sind. Ein Brief mit Barem an die Grundrisse - Adresse wäre eine Möglichkeit.

Jedes Abo gilt für 4 Nummern, inklusive Porto! Wir haben wirklich mehr als knapp kalkuliert, über Förderabos freuen wir uns besonders! Gleichzeitig mit der letzten Nummer des Abos bekommt ihr ein Brieflein, in dem wir euch ersuchen, das Abo zu verlängern. Extra abbestellen ist nicht notwendig, wer nicht verlängert, bekommt, wenn wir Zeit und Muße haben, noch die eine oder andere freundliche Aufforderung, das wars dann.

Alles hat ein Ende auch die grundrisse

Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von
Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen hi
Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen historischen V
waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen historischen Veränderungen u
stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen historischen Veränderungen und Verlagerungen in
Schachfiguren, von übermächtigen historischen Veränderungen und Verlagerungen in der Erdri
übermächtigen historischen Veränderungen und Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerliche
historischen Veränderungen und Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft g
Veränderungen und Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Di
und Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Die sogenannten L
in der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsge
bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesm
Gesellschaft geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets,
geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachf
sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von über
Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen hi
Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen historischen V
waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen historischen Veränderungen u
stets, nur Schachfiguren, von übermächtigen historischen Veränderungen und Verlagerungen in
Schachfiguren, von übermächtigen historischen Veränderungen und Verlagerungen in der Erdri
übermächtigen historischen Veränderungen und Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerliche
historischen Veränderungen und Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft g
Veränderungen und Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Di
und Verlagerungen in der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Die sogenannten L
in der Erdrinde der bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsge
bürgerlichen Gesellschaft geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesm
Gesellschaft geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets,
geschoben. Die sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachf
sogenannten Lenker der Staatsgeschicke waren diesmal, wie stets, nur Schachfiguren, von über